



Telephon Nr. 2325.

Der

Scheckkonto 38.415.

Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft Fernen:
Dass Brot und Arbeit uns gerührt seien,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
G. Herwegh.



Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Jed jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2-88
Ganzjährlich 5-76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 1

Wien, den 1. Jänner 1912.

20. Jahrg.

Neujahr.

Die Glocke schlägt. Durch ungeheure Weiten
Dröhnt stahlhart, rücksichtslos ihr lauter Schall
Und zeichnet einen Punkt ins Buch der Zeiten,
Besiegelnd eines kurzen Jahres Fall.
Vollbracht der Lauf, des Daseins Pflicht beendet —
So scheidet es wie alles, was erstand;
Mit kurzem Griffes wird ein Blatt gewendet
Und weiter rinnt in Chronos' Uhr der Sand.

Schon steigt aus dunklen, unerforschten Tiefen
Das Neugeborne rätselhaft empor;
Die Stunden, die im Schoß der Zukunft schliefen,
Erscheinen, pochend an des Lebens Thor.
Und fragend heften Menschen ihre Blicke,
Erklärung heischend, auf den neuen Gast,
Dem Bringer der verschleierte[n] Geschehnisse,
Und forschen, wie er liebt und wie er haßt.

Sein Mund bleibet stumm, sein Auge ohne Sprache,
Der Menschen wehe Sehnsucht rührt ihn nicht;
Am Zeitgeheimnis hält er strenge Wache,
In seiner Nacht entzündet er kein Licht.
„Ich bin die Zukunft“ — spricht sein kaltes Schweigen,
„Mich zu erschauen lebt unter euch kein Gott.“
Und wie sie mutlos ihre Häupter neigen,
Fährt er ins Land mit lautem Hü! und Gott!

Das Leben schweigt. Da wird es laut im Grabe;
Es spricht das eingefargte alte Jahr
Und Hohn zieht leis' durch seiner Worte Gabe,
Das letzte Opfer auf der Zeit Altar:
„Das Jahr ist neu, ihr aber seid die Alten;
Unwandelbar scheint eures Geistes Gang,
Wie Erz der Glaube an geheimes Walten,
Unheilbar zum Unmenschlichen der Gang.“

Wohl dünkt ihr euch, im Mittelpunkt zu stehen,
Um welchen das Geschehen wehrlos kreist,
Und glaubt, daß euer Glück und Wohlergehen
Den ew'gen Welten ihre Pfade weist;
Ihr pocht voll Stolz auf euren klugen Willen
Und schwungvoll redet ihr von Zweck und Ziel,
In allen Himmeln fängt ihr tolle Grillen
Und lähn geformt ist eures Schiffes Kiel.

Doch, kommt ein Jahr, ist eure Kraft verschwunden
Und euer Stolz wird kläglich, schwach und klein.
Dem Zeitenkinde wird ein Kranz gewunden,
Ihr deklamiert von Glück und Sonnenschein,
Sprecht Wünsche, fordert von der Zeit Erfüllung,
Von ihrer Gnade hofft ihr allerlei
Und bringt sie nicht für alle Schmerzen Stillung,
Dann macht die Bahn sich euer Anmut frei.

So habt ihr mir einst Grüße zugewunken,
So sendet ihr jetzt euren Fluch mir nach;
Wart ihr zu Neujahr aller Freuden trunken,
Liegt eurer Seele Feld jetzt wüst und brach.
Doch rasch ist eure Hoffnung zugewendet
Dem jungen Jahre, welches eben kam;
Was an Erkenntnis euch die Zeit gesendet,
Liegt auf dem Boden, matt und flügelarm.

Ihr dünkt euch hochmütswoll der Schöpfung Zierde
Und wagt nicht, Schöpfer einmal selbst zu sein;
Es winkt aus Höhen euch der Gottheit Würde,
Doch eurer Herzen Mut ist schwach und klein.
Nicht Herren, Helden seid ihr, sondern Knechte,
Und von der Zeiten Gnade lebt ihr bloß;
Schlägt euch der Zeit erbarmungslose Rechte,
Ist euer Wehe wohlverdientes Los . . .“

Der Hohn verstummt und ringsum lagert Schweigen,
Kalt leuchtet in der Höhe Stern bei Stern,
Die Parzen tanzen ihren nächt'gen Reigen,
Die Nacht durchflutet Gleichmut nah und fern.
Der Stille Frieden legt sich auf die Erde
Wie eine unerträglich schwere Last;
Unheimlich wird es um das Herz der Herde
Und bange Furcht hemmt der Gedanken Gast.

Da — plötzlich bricht ein Laut die starre Stille,
Ein donnerstarker Laut, gar rau und hart;
Sein Quell ist ein unbeugsam fester Wille
Und des Gewitters Wucht ist seine Art.
Ist's Stahlklang? Ist es eines Menschen Stimme?
Es klingt, wie wenn ein schwerer Hammer fällt,
Wie wenn ein Göttermund in jähem Grimme
Des Hornes Worte in das Weltall gellt.

Der Laut erklingt aus einer Welt der Leiden,
In welche sich kein Glück die Wege bahnt,
Die Sonnenschein und Freudenlichter meiden,
Wo man die Schönheit und die Lust nur ahnt.
Dort fließt der Schweiß und schwere Wunden bluten,
Maschinen poltern, zornig zischt der Dampf,
In Frost, im Nebel und bei roten Gluten
Kämpft ein Geschlecht daselbst der Arbeit Kampf.

Aus jenen Welten hallt des Donners Sprache,
Ein Echo weckend bis zum fernsten Pol:
Wir sind des Lebens und der Menschheit Wache,
Uns zengt der Völker Sehnsucht und ihr Groll.
Wir graben Gold und Erz, wir schürfen Kohle,
Wir hämmern Eisen, schmieden Pflug und Schwert,
Das brache Feld tritt unsre schwere Sohle,
Die Schwielenhand häuft mühsam Wert auf Wert.

So bauen rüstig wir ein Weltgebäude
Und tragen allen Reichtum in das Haus;
Was auch dabei das Volk der Arbeit leide,
Stolz blickt es dennoch in die Zukunft aus.
Nicht knien vor Chronos wir mit Klag' und Zähren,
Den Tagen weisen mutig wir den Pfad;
Die Zeit ist unser — wir sind ihre Herren
Und unsre Kraft bewegt der Zukunft Rad . . .“

Und wieder Stille — ringsum heil'ge Stille.
Kein Lüftchen regt sich und kein leiser Laut,
Als sei erstarrt des Lebens heiße Fülle
Vor einem Wunder, seltsam, nie geschaut.
Nur in den Seelen zuckt es wie in Blüten,
Wenn sie gestreift ein milder Sonnenstrahl;
Ein Staunen geht durch Burgen und durch Hütten,
Ein Raunen hebt sich über Berg und Tal.

Das Flüstern kündigt aus der Zeiten Wunde
Mit sanftem Zephyrhauche weit und breit:
Nun schlägt wohl bald des Neuen Jahres Stunde
Und stolzen Einzug hält der Menschheit Zeit.
So wird sich des Befehles Wort erfüllen,
Kein Hasten kennt der Ewigkeiten Flucht;
Erstarrte Kraft sprengt jeder Enge Hüllen,
Der unscheinbare Keim reißt aus zur Frucht.

Der Zeiten Kinder wurden schwach geboren,
Behutsam führte sie der Mutter Hand;
Erwachsen pochen nun sie an den Toren
Und heißen Eingang ins gelobte Land.
Herbei, ihr Starke, die ihr längst erwartet!
Greift mutig zu und bildet eure Zeit.
Wie ihr es wollt, so ist die Welt geartet —
So haltet euch zum Götterwerk bereit . . .“

Edin Krizan.

Die Herrenhäusler gegen die Eisenbahner.

Mein Gott, die Ritter sind immer noch hier!
Und mancher der adeligen Wäucher,
Die spindebürr gekommen ins Land,
Die haben jetzt dicke Wäucher.

Drei alte Herren, die sich hoffentlich bei der ungewohnten Anstrengung nicht verfühlt haben, bliesen vor ein paar Tagen im österreichischen Herrenhause die Kriegstrompete gegen die Eisenbahner. Das österreichische Herrenhaus ist sonst nicht der Ort, an welchem temperamentvolle Heißblütigkeit kriegerische Gelüste hervorbringt. Die wohltemperierte Besonnenheit eines gichtischen Alters schützt dort zumeist die auserwählten Edelsten und Besten der Nation vor unbedachten Ausbrüchen der Leidenschaft. Aber vielleicht gerade deshalb muß man die Worte, die dort gefallen sind, als Ausflüsse einer kühlen und nüchternen Ueberlegung ernst nehmen und sie als Symptome deuten für die Sehnsucht, von der jene einflussreichen Kreise beseelt sind, als deren Resonanzboden das parlamentarische Oberhaus dieses Landes angesehen werden muß.

Seit den Tagen, da die österreichische Eisenbahnerschaft in ihrer so viel angefeindeten Organisation einen Rückhalt besitzt, der es ihr ermöglicht hat, Schritt für Schritt Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage durchzusetzen, kann die herrschende Klasse nicht mehr ruhig schlafen. Der Staat, der den Ruhmgebern fremder Arbeitskraft nie etwas anderes war als die Melkkuh, an deren vollem Euter sie sich gütlich taten, von ihm verlangen sie bei jeder Gelegenheit, daß er seine Autorität wahren solle, mit der es nicht zu vereinbaren sei, daß die Eisenbahner immer wieder mit dem Pressionsmittel der passiven Resistenz ein größeres Stück Brot erzwingen wollen. Deshalb müsse gegen die „Expresverbande im Eisenbahnerrod“, wie sich seinerzeit ein Scharfmacherorgan geschmackvoll ausdrückte, einmal ganz energisch vorgegangen werden, indem man das Uebel an der Wurzel faßt, und das Koalitionsrecht, gleich wie man es schon in anderen Staaten versucht hat, einfach beschneidet. Wir haben diese Ankenrufe nicht einmal, sondern wiederholt schon aus den verschiedenen Tagungen der Unternehmer und aus deren Presse in der jüngsten Zeit vernommen. Und wo sich so das heisere Getöse der Feinde zu einem lieblichen Chor vereint hat, ist es nur begreiflich, daß auch die Mummelkreise des Herrenhauses nicht länger schweigen konnten.

Zunächst war es der Freiherr v. Skene, der in die Arena stieg. Mit Bitterkeit erklärte er gelegentlich der im Herrenhause abgeführten Budgetdebatte, daß „in den Zeitschriften der Beamenschaft und in deren Versammlungen ein geradezu unerhörtes Ton angeschlagen werde, und daß, wenn der Weg, durch Drohungen etwas zu erreichen, weiter eingeschlagen werde, unbedingt die Anarchie kommen müsse“. Sodann kam Graf Goeß, der Kautelen gegen die passive Resistenz wünscht, die er als eine Erpressung bezeichnete. Am klarsten sprach dann darüber, wohin die Reise gehen soll, der einstige Führer des österreichischen freisinnigen Bürgertums Baron Plener. „Mit allerstrengster Hand,“ meinte er, „solle dafür

geforcht werden, daß dieses ständige Drohen mit Eisenbahnerstreiks, passiver Resistenz oder Sabotage in unseren Staatsbetrieben einmal aufhöre, denn das seien Dinge, die ein moderner Staat im 20. Jahrhundert absolut nicht verträgt.“ Und so verlangt Herr v. Plener „eine gesetzliche Garantie“, gleich wie man sich schon in anderen Staaten dazu aufgerafft habe.

Man sieht, es geht den Herren sehr nahe, daß die Eisenbahner und Staatsangestellten nicht mehr los dem kapitalistischen Staat als Unternehmer gegenüberstehen. Und die knieschlotternde Angst vor den Eisenbahnern, von denen der einstige „Helmbrüchler“ des abgedankten österreichischen Liberalismus weiß, daß sie nicht mehr auf die Brosamen bloßer Gnade gesetzt sein wollen, treibt ihn sogar zu der verstockten Anspielung, als ob man auch in Oesterreich irgendwo schon mit Sabotageakten gedroht hätte. Man sieht, auch auf Uebertreibungen — um bei einem gelinden Worte zu bleiben — kommt es den Herren nicht an, wenn es gilt, für ihre Absichten die entsprechende Stimmung zu machen.

Man könnte über die giftgeschwollenen Auslassungen stillschweigend hinweggehen, wenn man wüßte, daß sich darin lediglich die private Meinung des Freiherrn v. Skene, des Grafen Goeß und des Herrn v. Plener offenbart. Allein, so sehr man vielleicht geneigt ist, die Lebensäußerungen unserer Herrenhäusler, die fern von den lebendigen Kräften des Volkslebens ihre privilegierten Rechte genießen, mit kühlem Gleichmut hinzunehmen, so wenig dürfen gerade jetzt solche Erscheinungen unterschätzt werden. Reden, wie die, die wir im österreichischen Herrenhause gehört haben, sind nur der Niederschlag einer Stimmung, von der das Denken und Streben der herrschenden Klasse erfüllt ist. Und man muß vielleicht gerade bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß im Schoße der Regierung der Vorentwurf zu einer Reform des Strafgesetzes fertiggestellt ist, dessen gefährliche Bestimmungen für den Krisenkampf der Eisenbahner wir schon bei einer früheren Gelegenheit aufgezeigt haben. Dieser Vorentwurf ist erst vor einigen Tagen im Justizministerium als fertiger Gesetzentwurf für die nächste parlamentarische Frühjahrsession zur Beratung und Begutachtung gelangt, und es scheint, daß man in gewissen Kreisen schon den Zeitpunkt nicht erwarten kann, wo die Probe auf's Exempel gemacht werden soll, ob es gelingt, einen eventuellen Lohnkampf der Eisenbahner ein für allemal zu unterbinden, indem man kurzerhand seine Vorbereitungen dazu als Verbrechen stigmatisiert. Man braucht ja nicht zu erschrecken, wenn die Ritter des Herrenhauses einmal mit dem Säbel rasseln. Aber wer die systematischen Treibereien in den Scharfmacherorganisationen der Unternehmer verfolgt hat, wer die Reden noch nicht vergessenen, die in jüngster Zeit von der Regierungsbank aus gehalten wurden, und wer schließlich gesehen hat, wie man in einzelnen Auslandsstaaten das Koalitionsrecht für alle Verkehrsbediensteten zu strangulieren versucht hat, der wird das begreifliche Gefühl nimmer los werden, daß eine gewitterschwüle Atmosphäre sich immer drohender verdichtet. Das Geleise zur freien Ausfahrt soll verlegt werden. Aber wir sehen die Warnungssignale blinken. Und wir wären schlechte und pflicht-

vergeffene Eisenbahner, wenn wir sie nicht beachten würden. Schärfer als je muß in diesen Tagen jeder demagogische Versuch und jedes verantwortungslose Treiben zurückgewiesen werden, das die Eisenbahner unzeitgemäß zum Einsatz ihrer vollen Kraft bewegen könnte, die vielleicht auch wir noch in gleichen Abwehrkämpfen zu erproben haben werden, wie sie anderen aufstrebenden Arbeiterschichten nicht erspart geblieben sind. Keine Abbröckelung, keine Zerspaltung, keine Laune und Kleinliche Nörgelsucht, Mann für Mann in einer großen zentralen Organisation — das ist es, was uns nottut. Hannibal anti portas!

Eine Herrenhausdebatte über die Eisenbahner und Staatsangestellten.

Bei der am 21. Dezember v. J. im Herrenhause abgeführten Budgetdebatte kam es zu einigen bemerkenswerten Ausfällen gegen die Eisenbahner und Staatsangestellten. Zunächst beklagte es Freiherr v. Skene, „daß das Abgeordnetenhaus für diese Stände mehr bewillige, als die Staatsfinanzen ertragen“, und schimpfte über den Ton, der in den Zeitschriften der Beamten und in deren Versammlungen angeschlagen werde. Dann kam Graf Goeß an die Reihe, der ausführte:

Kautelen gegen die passive Resistenz.

In einem Ort der Monarchie habe die Beamenschaft zur Durchsetzung ihrer Wünsche zur passiven Resistenz gegriffen. Es werde daher notwendig sein, im Gesetz über die Dienstpragmatik Kautelen zu schaffen, die die passive Resistenz, die nichts anderes als eine Erpressung sei, unmöglich machen. Nur unter diesem Vorbehalt werde das Herrenhaus in die Beratung über die Dienstpragmatik eingehen können. Das Bild, das über das Steigen der Kosten der Verwaltung in dem Bericht der Kommission gegeben worden sei, sei wahrlich erschreckend. Die Privatbetriebe seien vor allem auf eine Herabsetzung der Regiekosten bedacht, in diesem Sinne müsse auch die Staatsverwaltung arbeiten. Redner hoffe, daß es der Regierung gelingen werde, der genannten Progression ein Ziel zu setzen.

Ein Gesetz gegen die Eisenbahner

berlangte sodann Herr v. Plener in folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

Ich gebe zu, so sehr ich auch die populäre Agitation in gewissen Teilen dieser Kreise der Beamten und Eisenbahner mißbillige, daß für die untersten Stufen dieser Angestellten irgend etwas Erhebliches getan werden muß. Ich glaube selbst, daß die Lohnverhältnisse, namentlich des Eisenbahnpersonals, der Eisenbahnarbeiter, so, wie sie heute sind, eigentlich mit den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen nicht mehr in Uebereinstimmung sind und daß man hier mit einer gewissen Freigebigkeit eine Aufbesserung dieser Bezüge gewähren sollte. Man soll aber diese Bezüge lange bemessen, man soll das Personal, das einen schweren, verantwortungsvollen Dienst hat, gut bezahlen; aber auf der anderen Seite hat die bürgerliche Gesellschaft, der allgemeine Verkehr das Recht, in dem Moment, wo diese Angestellten auf ein besseres Lohnniveau gestellt werden, zu verlangen, daß mit allerstrengster Hand dafür gesorgt werde, daß dieses ständige Drohen, das über dem Verkehr schwebt, dieses Drohen von Eisenbahnstreiks oder passiver Resistenz oder Sabotage in unseren Staatsbetrieben einmal aufhöre; denn das sind Dinge, die ein moderner Staat im 20. Jahrhundert, wo alles auf die Kommunikationsverhältnisse ankommt, absolut nicht verträgt. Unsere bürgerliche Gesellschaft, unsere großen Produktionsverhältnisse, die Konsumtion aller Großstädte und überhaupt aller lokalen Zentren beruhen auf dem Verkehr der Eisenbahnen und es ist direkt eine Lahmlegung des ganzen wirtschaftlichen Lebens eines Volkes und einer ganzen Gesellschaft, wenn das Eisenbahnwesen durch den Willen oder Eigensinn des Personals gestört oder beeinträchtigt

Feuilleton.

Die Lokomotive.

Von Heinrich Bertelmann.

Welch Brausen bricht durch sternstille Nacht,
Die todeschreden aus dem Traum erwacht?
Die Erde zittert bang, da raumgeralmend
Ein Ungeheuer herrast, leuchend, qualmend,
In stieren Augen zornverhalt'ne Wut,
In Riesengliedern ungezähmten Mut.
Und dies Gefolge — endlos — willenlos —
Ein kreischender, unbänd'ger, toller Troß,
Quersfeld durch Korn und grünes Waldgeheg,
Unfehlbar sicher doch, gewiesnen Weg. —
Horch, fern, wie's klappert, plappert noch und schreit!
Hi, grüß' dich Gott, du Wunder unsrer Zeit!
Dich, stolzes Kind, an Flammenbrust gesäugt,
Das uns den Gottesfimm der Welt bezeugt.
Nun reicht der Nord dem Süden rasch die Hand,
Und Gaben gehen reich von Land zu Land.
Frohheimlich jubelst du durch Busch und Ried
Der Welt ins Ohr das heil'ge Friedenslied.
Und wie die Blut dein Innerstes bewegt,
Der Gottesfunte sich im Menschen regt.
Durch dein Bemüh'n ward Ungeahntes kund:
Die Menschheit träumt vom großen Bruderbund.
Durch Felsen, Wästen, über Berg und Tal,
Vom Morgentau zum letzten Abendstrahl,
Durch Mittagsgluten, schwarze Witternacht
Bist du die Welt, die ewig wandernd wacht.
Du bist der Wille, Arbeit bist du, Rat,
Du bist Gedanke, bist Gesetz und Tat.
Und unter deinem eisenstarken Kleid
Hegst du die Güte, die Warmherzigkeit.
Wo Not die Völker lüdtisch überfällt,
Bist du der Vöte aus der Liebeswelt.
Drum alle, die in deinen Diensten steh'n,
Verknüpft ein heilig göttliches Gescheh'n.
Ja, Göttliches verwehrt dein Sein und Sinn,
Du ungetrönte Weltkönigin.

Ein Ritter der Industrie.

Unsere erste Bekanntschaft fand statt, als er aus einem Fenster des zweiten Stockes hinausgeworfen wurde, an meinem Fenster, welches im ersten Stock lag, vorbeiflog und aufs Straßenpflaster fiel. Ich schaute zum Fenster hinaus und wandte mich mittelidig an den fremden Mann, der seinen beschädigten Rücken rieb:

„Kann ich Ihnen nicht irgendwie nützlich sein?“

„Warum denn nicht?“ nickte er mir gutmütig zu, indem er den Finger drohend gegen den zweiten Stock hob. „Natürlich können Sie.“

„So kommen Sie zu mir hinauf,“ sagte ich, und trat vom Fenster zurück.

In bester Laune, lächelnd, kam er herein, reichte mir die Hand und sagte:

„Zaglin.“

„Freut mich sehr. Haben Sie sich nicht weh getan?“

„Ach wo! Es ist nicht der Rede wert.“

„Wohl wegen eines schönen Frauenzimmers?“ fragte ich. „Haha!“

„Haha! Sie sind wohl ein Liebhaber solcher Sujets? Da könnte ich Ihnen eine Serie recht interessanter Ansichtskarten anbieten! Deutschen Genres! Kenner halten es für besser als das französische.“

„Nein, wozu denn?“ fragte ich verwundert. „Hören Sie mal... Sie kommen mir bekannt vor. Sind Sie es nicht gewesen, der gestern von einem Herrn aus der Elektrischen herausgeworfen wurde?“

„Ach wo! Das war ja vorgestern. Gestern wurde ich aus einem in Ihrer Straße gelegenen Hause durch die Hintertreppe herausgeschmissen. Was war das übrigens für eine Treppe? Es waren ja bloß sieben lumpige Stufen.“

Herr Zaglin bemerkte, daß ich ihn recht erstaunt ansah; er wurde verlegen und sagte: „Das kommt alles daher, weil ich den Leuten das Leben versichern will. Ein nettes Volk... ich sorge für ihr Leben, und sie wollen meinen Tod.“

„Also sind Sie Agent einer Lebensversicherung?“ sagte ich trocken. „Womit kann ich Ihnen denn dienen?“

„Sie können mir durch eine kleine Antwort auf eine ebenso kleine Frage nützlich sein. Wie wollen Sie sich bei uns versichern lassen? Für den Lebensfall oder auf Auszahlung der Prämie an Ihre Angehörigen nach Ihrem Tode? — Gott erhalte Sie gesund.“

„Ich will mich überhaupt nicht versichern lassen,“ protestierte ich energisch. „Weder für den Lebensfall noch sonst wie. Auch habe ich keine Angehörigen... Ich bin alleinstehend.“

„Und Ihre Frau?“

„Ich bin Junggeselle.“

„Dann müssen Sie heiraten ganz einfach! Ich kann Ihnen ein Mädchen vorschlagen — Sie werden die Finger leden! Zwölftausend Mitgift, ihr Vater besitzt zwei Häden! Ihr Bruder ist zwar ein Lump, aber sie selbst ist eine Brinette von wunderbarer Schönheit. Sind Sie morgen frei? Dann fahren wir hin, um sie uns anzusehen. Geschrod, weiße Weste... Wenn Sie keine besitzen — kaufen wir sie fertig. Adresse — Kaufhaus Umsatz... Unsere Firma...“

„Herr Zaglin,“ entgegnete ich, „ich schwöre Ihnen, ich will nicht, ich kann nicht heiraten! Ich bin nicht für das Eheleben geschaffen...“

„Oh! Nicht geschaffen? Weshalb denn? Vielleicht haben Sie zu flott gefehlt? Fürchten Sie nicht... Das ist leicht gut zu machen. Ich kann Ihnen ein Mittel empfehlen, welches jeden melancholischen Mann freudig stimmt. Sechstausend Bücher unentgeltlich. Wir besitzen eine Menge Dankbriefe. Ein Probefläschchen...“

„Behalten Sie ihre Probefläschchen,“ sagte ich gereizt. „Ich kann sie nicht brauchen. Ich besitze nicht das nötige Neufere, um Liebe zu erwecken. Ich habe eine Glaze, absteigende Ohren, Runzeln, bin klein von Wuchs...“

„Was — eine Glaze? Wenn Sie sich mit einem Haarmuchsmittel einreiben, dessen Vertretung ich habe, so wird sie sich wie eine Kokosnuß mit Haaren bedecken! Was die Runzeln anbetrifft und die Ohren? Gebrauchen Sie doch unseren vervollkommenen Apparat, den man zur Nacht anlegt... Es wird keine Spur von Ihren Ohren übrig bleiben! Ihr Wuchs? Unser Turnapparat vergrößert den Wuchs jede sechs Wochen um 17 Zentimeter. Nach zwei Jahren können Sie schon heiraten, und nach fünf Jahren wird man Sie für Geld zeigen können! Und Sie sprechen noch von Wuchs?...“

wird. (Zustimmung.) Hier eine gesetzliche Garantie zu schaffen und sie zugleich zu verbinden mit einer Maßregel zu einer ausgiebigen Aufbesserung der Bezüge, das halte ich für eine Aufgabe der Gesetzgebung.

Kein Gesetzgeber in Europa kann sich dieser Aufgabe mehr ganz entziehen. Mehrere Staaten haben schon solche strenge Gesetze gegen derartige Streiks gemacht. Selbst die radikalsten Regierungen in Frankreich, die so sehr unter diesen Eisenbahnerstreiks der letzten Jahre zu leiden hatten, trotz der doch immer sehr populäre schimmernden Haltung ihrer maßgebenden Politiker haben sich für verpflichtet gehalten, strenge Gesetze in der französischen Kammer gegen Sabotage oder Streiks der Eisenbahngestellten einzubringen. Denn die Fälle der sogenannten Sabotage — unter „Sabotage“ versteht man nämlich in Frankreich nicht bloß passive Resistenz und kleine Behinderungen, sondern auch direkte Beschädigungen von Zugmaterialien, Telegraphen, Signalarbeiten u. s. w. — nehmen in einer Weise zu, daß in jeder französischen Zeitung die Aufzählung der Sabotageakte des letzten Tages eine ständige Rubrik ist. Dagegen muß sich jede bürgerliche Gesellschaft und jede Wirtschaft wehren. Ich gebe ja vollkommen zu, daß zu unserer Befriedigung die Zustände bei uns in Österreich noch lange nicht einen derart bedrohlichen Charakter angenommen haben, wie es heute in Frankreich der Fall ist; aber die Dinge gehen in Europa ihren Weg — darüber dürfen wir uns nicht täuschen — und eine etwas voraussehende Gesetzgebung hat heutzutage mit einer gewissen Strenge und Energie einzuschreiten. Es ist zwar unpopulär, aber eine gewisse Ordnung, eine gewisse Erhaltung der Autorität und eine gewisse feste Hand braucht der Staat noch mehr wegen der Vielgestaltigkeit seiner Interessen, wegen der stützierenden Konflikte in seiner eigenen Wirtschaft, um überhaupt die Ordnung zu erhalten, und er sichert damit auch zugleich die materiellen Interessen seiner Bevölkerung.

Es geht nicht an, daß eine Rechtsanschauung — ich spreche jetzt nicht von den Eisenbahnern speziell — in unserer Beamtenkreise einzieht, welche die Stellung des Staatsbeamten als gleichbedeutend mit einem auf einem freien zweifelhafte Dienstvertrag beruhenden Verhältnis beurteilen will. In der Natur des Verhältnisses des Staatsbeamten liegt eine, ich möchte sagen, sui generis Verschiedenheit von dem freien Dienstvertrag des Arbeiters mit seinem Unternehmer, der kündigen und den Dienst verlassen kann, wann er will, und sonst eigentlich ein freier Kompagnist ist mit einem anderen wirtschaftlichen Rechtsobjekt, wie er selbst ist. Der Beamte erreicht eine öffentlich-rechtliche Stellung, er hat materielle Vorteile, die weit höher sind als die anderer Leute in ähnlichen Stellungen und Bezügen, die bloß in Privatdiensten stehen; er hat eine ausgiebige Alters- und Rentenversorgung und alle weiteren Vorzügen und hat zugleich die gewisse Autorität eines Beamten, die ihm eben die taylorische Ernennung oder die Regierungsdelegation gibt und ihn auf ein höheres allgemeines Niveau bringt als den gewöhnlichen vertragsmäßig angestellten Diener oder Arbeiter. Darum darf man das nicht aufkommen lassen und es müssen auch bezüglich der Vereinfachung der Befähigung der Beamten gewisse Beschränkungen aufgenommen werden; denn das können wir nicht zugeben, daß zum Beispiel einmal eine unzufriedene Masse durch eine große Masse von Postbeamten hindurchgeht und unser ganzer Postverkehr am Ende wegen einer passiven Resistenz eingestellt oder wenigstens suspendiert wird.

Mit mehr Deutlichkeit ist wohl noch nie ein Ausnahmsgesetz verlangt worden!

Zur Bewegung der Staatsbahner.

Die deutschnationale „Reichsbund“demagogie in Aktion.

Wie wir es vorausgesagt haben, so fängt auch jetzt die bewährte deutschnationale Demagogie wieder pünktlich dort an, wo sie regelmäßig nach einer Lohnbewegung aufgehört hatte. Nachdem man erst durch gute drei Monate aller Welt die Ohren vollgeackert hatte, daß jeder Schritt, der in der gegenwärtigen Bewegung unternommen wurde, von der reichsbündlerischen „Koalition“ eingeleitet wurde, beginnt man jetzt schon wieder mit der von früher her genugsam bekannten Hanswurstaube, daß „alles viel anders

„Ich brauche nichts!“ sagte ich, indem ich mir die Schläfen hielt. „Entschuldigen Sie, aber Sie machen mich nervös.“

„Nervös? Aber Mensch, warum schweigen Sie denn? Patentierte kalte Daunen, die man zusammenklappen und auseinandernehmen kann! Es gibt welche mit Kran und mit Bestäuber. Sie sind ein intelligenter Mann und mir sehr sympathisch, deshalb empfehle ich Ihnen den Bestäuber. Er ist teurer, aber...“

Ich ergreife meinen Kopf.

„Was machen Sie? Haben Sie Kopfschmerzen? Sagen Sie nur, wieviel Tuben unserer Pasta „Migränin“ Sie haben wollen. Die Firma stellt sie Ihnen ins Haus zu.“

„Entschuldigen Sie,“ sagte ich, „aber ich bitte Sie, mich zu verlassen. Ich habe keine Zeit. Ich bin sehr müde und es steht mir noch eine ermüdende Arbeit bevor. Ich muß einen Artikel schreiben.“

„Ermüdend?“ fragte er mitfühlend. „Ich werde Ihnen was sagen. Sie sind nur deshalb ermüdet, weil Sie bis jetzt nicht unser auseinanderlegbares Pult zum Lesen und Schreiben besitzen. Normale Haltung, bequeme Stellung. Das Paar kostet sieben Rubel. Dreizehn...“

„Heraus!“ schrie ich vor Wut, „oder ich zerschmettere Ihnen den Kopf mit diesem Briefbeschwerer!“

„Mit diesem Briefbeschwerer?“ sagte er spöttisch und betrachtete den Briefbeschwerer, der auf meinem Schreibtisch stand. „Mit diesem Briefbeschwerer... pusten Sie und er fliegt fort! Nein, wenn Sie einen richtigen schweren Briefbeschwerer haben wollen, so kann ich Ihnen eine ganze Schreibisgarantur aus Malachit...“

Ich läutete.

„Sogleich wird mein Diener kommen. — Er wird Sie hinauswerfen!“

Herr Bazkin ließ traurig den Kopf hängen und sah schweigend da, als ob er die Erfüllung meines Versprechens erwartete.

Es vergingen ein paar Minuten. Ich läutete wieder.

„Schöne Gloden,“ sagte Herr Bazkin kopfschüttelnd. „Wie kann man nur solche schreckliche Gloden haben, die nicht

und besser geworden wäre“, wenn die Sozialdemokraten eine andere Taktik an den Tag gelegt hätten.

Man könnte über diese billige Methode, mit der sich alle ohnmächtigen Narren, die ihren Haß nicht anders befähigen können, an dem Geaner reiben, stillschweigend hinweggehen, wenn es sich nicht verlohnen würde, wieder einmal die Verlogenheit dieses Rocks aufzuweisen. Der „Deutsche Eisenbahner“ veröffentlicht nämlich in seiner Ausgabe vom 29. vorigen Monats, in der er zugleich den Beschluß des Abgeordnetenhauses seinen Lesern an leitender Stelle, ohne ein Wort einer obfälligen Kritik, mitteilt, an zweiter Stelle einen Aufruf, in der die Auffassung vertreten wird, die nationalen Eisenbahner haben es gleich gemacht, daß ohne Parlament mehr zu erreichen sei, daß sich aber die Sozialdemokraten dem Man, „durch eigene Kraft etwas zu erreichen“, wieder als „Verräter“ in den Weg stellten.

Wer nun die einzelnen Phasen der ganzen Bewegung, über die wir mit erschöpfender Ausführlichkeit berichtet, verfolgt hat, der wird allerdings gefunden haben, daß die Deutschnationalen selbst von allem Anfang erklärten, der Deutsche Nationalverband werde dafür sorgen, daß die Eisenbahnerfrage parlamentarisch geregelt werde. Als die Reichsbündler, in der Sucht, von sich reden zu machen, trotzdem jede Woche mindestens zwei Ultimatus stellten, die immer am nächsten Tage ebenso prompt wieder abgefragt wurden, verließen wir darauf, daß eine solche lächerliche Spielerei mit einer ersten Sache höchstens diese selbst diskreditieren kann, daß aber auch weiter der Eindruck der Fein müße, die nationale Koalition traue ihren eigenen Abgeordneten nicht, da diese doch als Parlamentsmehrheit die Möglichkeit besitzen, die Frage parlamentarisch zu lösen, ohne daß die Eisenbahner selbst einen für jeden einzelnen schweren Kampf führen müßten. Heute erklärt das Reichsbundblatt, die nationalen Eisenbahner wollten von einer parlamentarischen Erledigung überhaupt nichts wissen.

Wären die Herren während der ganzen Bewegung wirklich auf diesem Standpunkt gestanden, so würde diesen Standpunkt zwar kein Vernünftiger begreifen, aber es hätte wenigstens einen Sinn, wenn man anderen heute vorwerfen würde, daß sie die parlamentarische Behandlung der Eisenbahnerforderungen allein gewollt haben. In Wirklichkeit aber schrieb der „Deutsche Eisenbahner“ am 10. September auf Seite 1, Spalte 3, wörtlich:

Kameraden! Noch geben wir die Hoffnung nicht auf, daß alle maßgebenden Parteien geschlossen hinter den zugehörigen Eisenbahnern stehen, und daß die parlamentarische Aktion uns den Erfolg bringen wird. Vom Deutschen Nationalverband sind wir überzeugt, daß er ebenso geschlossen, wie im Dezember 1910 für uns eintreten wird, und die mit uns koalitierten tschechischen, polnischen und südslawischen Organisationen sind der politischen Nachhilfe auch sicher. Wir zweifeln auch nicht an der Mithilfe der anderen Parteien.

Und bei der am 13. Oktober in der Volkshalle durch die nationale Koalition einberufenen Eisenbahnerversammlung erklärte Herr Ertl nach einem Bericht des „Deutschen Eisenbahner“ vom 1. November 1911 folgendes:

Der Nationalverband habe mit den tschechischen, polnischen und südslawischen Klubs Fühlung genommen, er habe der Regierung gegenüber alle Hebel in Bewegung

läuten? Darf ich Ihnen vielleicht Gloden anbieten, die mit Einrichtung und Elementen nur 7 Rubel 60 Kopeten kosten? Sehr geschmackvolle Druckvorrichtung.“

Ich sprang auf, ergriff Herrn Bazkin am Kermel und schleppte ihn zum Ausgang.

„Gehen Sie oder mich trifft der Schlag.“

„Gott behüte Sie dafür, aber seien Sie ganz unbesorgt! Wir werden Ihnen ein ganz anständiges Begräbnis zweiter Klasse zuteil werden lassen. Es wird zwar nicht so pompös sein wie erster, aber der Katastroph...“

Ich warf die Tür hinter Herrn Bazkin zu, riegelte sie ab und kehrte zum Schreibtisch zurück.

Im nächsten Augenblick merkte ich, daß die Türklinke sich bewegte, die Tür ging langsam auf und — Herr Bazkin trat schüchtern ein. Er sagte, indem er die Augen zutunnt:

„Ich muß Ihnen wenigstens noch mitteilen, daß Ihre Türschlüssel nichts taugen und sich mittels einfachen Deuts —! Durch mich können Sie gute englische Schlüssel kaufen — das Stück 2 Rubel 40 Kopeten, drei Stück 6 Rubel 50 Kopeten, fünf Stück...“

Ich zog aus der Schublade meines Schreibtisches einen Revolver und schrie zähneknirschend:

„Gleich schieße ich!“

Mit vergnügter Miene lächelte Herr Bazkin und sagte: „Das wird mich ungemein freuen, denn Sie werden dann Gelegenheit haben, sich von der großartigen Qualität des Panzers, den ich zur Probe trage, zu überzeugen. Ich kann Ihnen denselben sehr empfehlen. Das Stück kostet 18 Rubel, zwei kosten bedeutend weniger und drei noch weniger. Bitte überzeugen Sie sich!“

Ich legte den Revolver beiseite, ergriff Herrn Bazkin und warf ihn mit wütendem Gebrüll zum Fenster hinaus.

Beim Fallen hatte er noch Zeit, mir zuzurufen:

„Sie haben recht unpraktische Manschettenknöpfe! Schärfe Geden, die die Kleider gerreizen und mir die Wangen zerkratzen haben. Ich kann Ihnen welche aus afrikanischem Golde mit Inkrustation anbieten, das Paar 2 Rubel, 3 Paar...“

Ich schlug das Fenster zu.

„aeseht und sei, trotz der schlechten Finanzlage des Staates, bei ruhiger, sachlicher und zielbewusster Arbeit auf parlamentarischen Wege ein Erfolg zu erhoffen. Es müsse getrachtet werden, Konflikte mit den übrigen Volksschichten tunlichst zu vermeiden, und wenn möglich, ohne Kampf durch die gewählten Volksvertreter, ohne Verlust aller Sympathien der Öffentlichkeit, das Bestmögliche zu erreichen. Es seien Schritte unternommen worden, welche den Eisenbahnern den Erfolg verbürgen, und zugleich die Bevölkerung vor den unter den heutigen Umständen unabsehbaren Folgen der passiven Resistenz bewahren werden.“

Zum ganz besonderen Beweis, wie vollständig die Reichsbündler unsere Taktik während des Verlaufes der ganzen Bewegung billigten, sei nur noch weiters angeführt, daß der „Deutsche Eisenbahner“ in derselben Ausgabe am 1. November wörtlich schrieb:

Die Sozialdemokraten treten bedingungslos in die Bewegung ein, falls die nationale Koalition beginnt, und diese wird es ebenso halten.

Wie man sieht, war die nationale Koalition mit uns ganz ausgezeichnet zufrieden.

Daß der „Deutsche Eisenbahner“ trotz dieser klaren Stellungnahme heute den dreisten Mut aufbringt, zu behaupten, „die deutschnationalen Eisenbahner hätten von allem Anfang erklärt, sie brauchen das Parlament nicht“, zeigt so recht, welche Virtuosität diese Gesellschaft in der Verlogenheit erreicht hat. Diesmal freilich wird die Demagogie noch durch die in demselben reichsbündlerischen Artikel an den Tag gelegte bodenlose Dummheit übertroffen. In demselben Artikel wird nämlich das parlamentarische Vorgehen der Sozialdemokraten in der Teuerungsrage als die „Rolle des Kasperls“ bezeichnet, da die „Sozi“ jeden mit dem Maul oder mit der Zeitungsfeder totschlagen, der nicht in ihr rotes Judenthorn bläht. Denn so sagte der „Deutsche Eisenbahner“ wörtlich:

Damit ist uns Eisenbahnern absolut nicht gedient, wenn Abgeordnete, wie es die Sozi tun, stets auf die anderen schimpfen. Der ist uns der wertvollste Abgeordnete, dem es gelingt, seine Kollegen für uns zu gewinnen! Die Sozi kommen immer nur mit der Nachspeisende: Na, wartet nur, wenn die nächsten Wahlen kommen! Wie wollen wir Eisenbahner an einem nationalen Agrarier Märkten oder gar an einem christlichsozialen Bauernvertreter Tirols oder Oberösterreichs Nahe nehmen? Die haben unter den 10.000 Wählern kaum 50 Eisenbahner. Diesen Abgeordneten kann man nur beikommen, wenn man andererseits auch die Interessen ihrer Wähler, der Agrarier, wahr!

Damit verhöhnt also der „Deutsche Eisenbahner“ die sozialdemokratischen Teuerungsanträge auf unbeschränkte Fleischeinfuhr, und wünscht, daß auch die Interessen der Agrarier gewahrt werden. Daß in einem Blatte, das angeblich für die Eisenbahner geschrieben wird, den agrarischen Interessen das Wort geredet wird, das läßt sich höchstens durch die bodenlose Unfähigkeit erklären, mit der dieses alberne Schundblatt mühsam zusammengeklebt wird! Die Reichsbundmitglieder können wirklich an der Art, wie ihre Interessen vertreten werden, eine Freude haben!

Die Aufbesserungen der Bezüge des Personals bei den t. t. Staatsbahnen.

Im nachstehenden bringen wir die im Amtsblatt des Eisenbahnministeriums vom 28. Dezember 1911 für die Arbeiter, Diener und Unterbeamten enthaltenen Erlasse betreffend die Durchführung der Aufbesserungen der Bezüge des Personals, die ab 1. Jänner 1912 in Kraft treten, zum Abdruck. Wie in den Tagesblättern verlautbart wurde, und der Eisenbahnminister im Parlament ausführte, erfordern diese Maßnahmen Mehrausgaben von rund 21 Millionen Kronen jährlich. So groß die Summe in ihrer Größe erscheinen mag, umso kleiner und wirkungsloser erscheint sie für den einzelnen Bediensteten. Diese Behauptung soll keine Verkennung der Tatsachen sein. Aber man vergegenwärtige sich nur die durch die Teuerung geschaffene Lage jedes einzelnen Bediensteten. Tatsache ist, daß die Mietzinserhöhungen allein, die in den letzten Jahren in fast allen Orten der Monarchie nicht einmal, sondern wiederholt vorgekommen sind, im Jahresdurchschnitt den Minimalbetrag von 150 Kr. erreichen. Dazu die Erhöhung der Lebensmittelpreise, der Preise für Schuhe und Kleider und aller anderer Lebensbedürfnisse. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet erscheinen die gewährten Verbesserungen als eine kleine Abschlagszahlung, als ein unzulänglicher Vorschuß auf jenen ebenfalls geringen Betrag, den das Parlament für die Eisenbahner beschlossen hat. Die Regierung wird sich daher schon recht bald dazu bequemen müssen, die noch fehlenden Verbesserungen durchzuführen, soll das Personal jene Ruhe im Dienst zeigen, die eben nur von einem entsprechend entlohnten Personal verlangt werden kann. Das ist der wahre Effekt dieser Verbesserungen. Hoffentlich hält der Minister sein im Parlament gegebenes Wort. Dann ist zu erwarten, daß auf diese Abschlagszahlung etwas fühlbarere Verbesserungen folgen.

Was nun die in Rede stehenden Verbesserungen anbelangt, und zwar hauptsächlich

die Quartiergelderhöhung,

so muß konstatiert werden, daß das Eisenbahnministerium trotz aller gegenteiligen Versicherungen seiner Repräsentanten noch immer nicht jenes Maß von Klugheit und sozialpolitischer Einsicht aufzubringen vermag, das man im gegenwärtigen Zeitpunkt billigerweise voraussetzen kann. Es ist tief bedauerlich, daß dieser Greislerstandpunkt bei unseren Behörden nicht zu be-

seitigen ist. Ein vernünftiger und kluger Unternehmer würde in dem Falle, als er schon einmal in den Sad greifen muß, sich sagen, auf die paar Groschen kommts mir auch nicht an und warum soll ich meine Leute noch mehr verbittern. Er weiß genau, daß ihm die paar Groschen mehr Zinsen tragen, als er durch die Nichtgewährung hereinzubringen vermag. Aber zu dem logischen Schluß vermögen sich die Repräsentanten der Staatsbahnverwaltung und ihre Unterläufer nicht aufzuschwingen. Verweis dafür die Verordnung über die Quartiergelderhöhung. Im Punkt 2 derselben wird bestimmt, daß für die Berechnung der in die Pensions-, beziehungsweise Provisionsbemessungsgrundlage einzubeziehenden Quartiergeldquote künftighin auch jenes Ausmaß des Wiener Quartiergeldes zugrunde zu legen ist, welches bisher maßgebend war. Das heißt also, daß das bisherige niedere Wiener Quartiergeld für die Umrechnung in die Pension, beziehungsweise Provision maßgebend ist. Ein unbegreiflich kleinlicher Standpunkt. Es wird Sache der Organisation sein müssen, diese Bestimmung baldmöglichst auszumergen.

Was die Erhöhung der Quartiergelder anbelangt, so erhalten die in Wien stationierten Bediensteten, die bisher das Wiener Quartiergeld bezogen, Diener und Unterbeamte, eine Erhöhung um 100 Kr. in allen Quartiergeldstufen, während die in den Provinzorten stationierten Bediensteten, und zwar:

- die mit 50 Prozent des Wiener Quartiergeldes eine Erhöhung um 50 Kr. jährlich;
- die mit 60 Prozent des Wiener Quartiergeldes eine Erhöhung um Kr. jährlich;
- die mit 70 Prozent des Wiener Quartiergeldes eine Erhöhung um 70 Kr. jährlich;
- die mit 80 Prozent des Wiener Quartiergeldes eine Erhöhung um 80 Kr. jährlich erhalten. Die Erhöhungen der Quartiergelder kommen in folgender Darstellung zum Ausdruck:

Unterbeamte:

Gehaltsstufe	Quartiergeld		Quartiergeld in der Provinz in Prozenten des Wiener Quartiergeldes												
	In Wien		bei 50%			bei 60%			bei 70%			bei 80%			
	früher	jetzt	früher	jetzt	Erhöhung	früher	jetzt	Erhöhung	früher	jetzt	Erhöhung	früher	jetzt	Erhöhung	
1200	400	500	100	200	250	50	240	300	60	280	350	70	320	400	80
1300	500	600	100	250	300	50	300	360	60	350	420	70	400	480	80
1400	500	600	100	250	300	50	300	360	60	350	420	70	400	480	80
1600	600	700	100	300	350	50	360	420	60	420	490	70	480	560	80
1800	600	700	100	300	350	50	360	420	60	420	490	70	480	560	80
2000	700	800	100	350	400	50	420	480	60	490	560	70	560	640	80
2200	700	800	100	350	400	50	420	480	60	490	560	70	560	640	80
2400	800	900	100	400	450	50	480	540	60	560	630	70	640	720	80
2600	800	900	100	400	450	50	480	540	60	560	630	70	640	720	80
2800	1000	1100	100	500	550	50	600	660	60	700	770	70	800	880	80
3000	1000	1100	100	500	550	50	600	660	60	700	770	70	800	880	80
3200	1000	1100	100	500	550	50	600	660	60	700	770	70	800	880	80
3400	1000	1100	100	500	550	50	600	660	60	700	770	70	800	880	80

Diener:

Gehaltsstufe	Quartiergeld		Quartiergeld in der Provinz in Prozenten des Wiener Quartiergeldes												
	In Wien		bei 50%			bei 60%			bei 70%			bei 80%			
	früher	jetzt	früher	jetzt	Erhöhung	früher	jetzt	Erhöhung	früher	jetzt	Erhöhung	früher	jetzt	Erhöhung	
900	350	450	100	175	225	50	210	270	60	245	315	70	280	360	80
1000	350	450	100	175	225	50	210	270	60	245	315	70	280	360	80
1100	400	500	100	200	250	50	240	300	60	280	350	70	320	400	80
1200	400	500	100	200	250	50	240	300	60	280	350	70	320	400	80
1300	500	600	100	250	300	50	300	360	60	350	420	70	400	480	80
1400	500	600	100	250	300	50	300	360	60	350	420	70	400	480	80
1500	600	700	100	300	350	50	360	420	60	420	490	70	480	560	80
1600	600	700	100	300	350	50	360	420	60	420	490	70	480	560	80
1700	600	700	100	300	350	50	360	420	60	420	490	70	480	560	80
1800	600	700	100	300	350	50	360	420	60	420	490	70	480	560	80

Punkt 4 der Verordnung über die erhöhten Quartiergelder bestimmt, daß einem Bediensteten, der eine Naturalwohnung inne hat, deren Wert höher bemessen ist, als das ihm zutreffende Quartiergeld, nach dem 1. Jänner 1912 nicht der Betrag des neuen Quartiergeldes, sondern höchstens der Betrag des bisherigen Quartiergeldes in Abzug gebracht werden darf. Das ist eine sehr wichtige und für die in Betracht kommenden Bediensteten günstige Bestimmung, weil sie eine zungunsten des Personals zutreffende niedere Bewertung der Naturalwohnungen enthält. Leider sind es nur wenige Bedienstete, die dieser Begünstigung teilhaftig werden. Wir wollen zum klaren Verständnis dieser Bestimmung folgendes Beispiel anführen:

Der Pumpenwärter N. in Saalfelden hatte bisher ein Quartiergeld von beispielsweise jährlich 280 Kr. Er bezog dieses Quartiergeld nicht, weil er eine Naturalwohnung zugewiesen hatte, die mit 300 Kr. jährlich, also mit mehr als dem vollen Quartiergeldbetrag bewertet war, ihm aber nur das Quartiergeld von 280 Kr. in Abzug gebracht werden konnte. Nach dem neuen Quartiergeld bekommt er nun 350 Kr. Auf Grund der zitierten Bestimmung darf ihm nunmehr dieselbe Naturalwohnung, so lange er sie inne hat, nicht höher bewertet werden, sondern es müssen ihm die 70 Kr. jährliche Quartiergelderhöhung ausbezahlt werden. Erst wenn der Pumpenwärter versetzt werden sollte, beziehungsweise überhaupt ein anderer Bediensteter dieselbe Wohnung zugewiesen erhält, tritt laut Punkt 5 der Verordnung die entsprechend höhere Bewertung der Naturalwohnung ein. Diese letztere Bestimmung im Punkt 5 ist auch ein bezeichnendes Stück. Durch diese Bestimmung ist eigentlich der Verwaltung jederzeit die Möglichkeit geboten, die für das Personal günstige Be-

stimmung im Punkt 4 unwirksam zu machen, und dadurch „sogenannte Ersparnisse“ zu erzielen. Die Mittel, die hiezu angewendet werden, kennt man ja. Sckänen und Sckaturen kleinlichster Art reichen stets hin, einen Bediensteten zu zwingen, daß er um seine Versekung ansucht. Dem Ansuchen wird ohne Vergütung der Ueberfiedlungskosten stattgegeben, der Mann bekommt eine teurere Naturalwohnung, die, die er verlassen hat, wird ebenfalls verteuert und die Staatsbahndirektion hat Mehreinnahmen, wofür in einem anderen Zweige — „wo es etwas trägt“ — mehr gespart wird, und das Eisenbahnministerium zahlt schließlich die „erhöhten Ersparnisprämien. Abgesehen von dem Umstand, daß der Wert der Wohnung durch die Abnützung derselben u. s. w. sinken sollte, wird er durch diese Manipulation willkürlich erhöht und es muß gesagt werden, daß auch in dieser Frage eine entsprechende Aenderung unter allen Umständen erfolgen muß. Diese willkürliche Handhabung bestehender, dem Personal Begünstigungen gewährenden Vorschriften muß endlich einmal aufhören.

Zur Quartiergelderhöhung sei schließlich noch bemerkt, daß der Punkt 8 des Erlasses bestimmt, daß der für den Monat Jänner 1912 entfallende Teilbetrag des erhöhten Quartiergeldes im Anfang des laufenden Monats auszubahlen ist. Bei der Durchführung dieser Bestimmung wird jedem einzelnen Bediensteten so recht drastisch vor Augen geführt werden, wie „groß“ das „Wohlwollen“ und wie „tiefgehend“ die „Aufmerksamkeit“ des Staates bezüglich der Lage seines Personals ist. Hätte das Eisenbahnministerium entsprechend dem Beschluß des Parlaments die Quartiergelderhöhung mit Rückwirkung auf den 1. Oktober 1911, zumindest aber, wie es die von „Wohlwollen“ tiefenden Reden des Ministers hoffen ließen, mit Rückwirkung auf den Beginn des laufenden Quartals, das ist auf den 1. November 1911, gewährt, so wären wenigstens einem Teil des Personals nennenswerte Beträge zugekommen. Nun möge sich der Minister einmal selbst die Mühe nehmen und bei der Auszahlung der Jännerquote des erhöhten Quartiergeldes mit eigenen Ohren hören, wie das Personal über sein „Wohlwollen“ und seine „Aufmerksamkeit“ denkt.

Der nächste Erlass betrifft

den Gärtenausgleich für die Diener.

Auch diese Verbesserung entspricht nicht den Beschlüssen des Parlaments. Das Parlament hat in dem 38 Millionen-Antrag beschlossen, daß für die Diener und Unterbeamten, deren gegenwärtige Gehalte gegenüber ihrem jetzigen Vorrichtungsschema um mindestens fünf beziehungsweise zehn Jahre zurückstehen, die bei den nächsten Vorrichtungsfristen um je ein Jahr zu kurz sind, wobei die provisorische Dienstzeit zu berücksichtigen ist. Hiesfür wurde der geringe Betrag von 1.300.000 Kr. festgesetzt. Diesen Betrag hätte das Eisenbahnministerium schon zur Durchführung bringen können. Statt dem wird im zitierten Erlass nur den Dienern und ohne Einrechnung der provisorischen Dienstzeit, wenn sie mit ihrem gegenwärtigen Gehalt gegenüber ihrem jetzigen Vorrichtungsschema um mindestens fünf Jahre zurückstehen, ein Jahr für die nächste Vorrichtung, und wenn sie mit ihrem gegenwärtigen Gehalt gegenüber ihrem jetzigen Vorrichtungsschema um mindestens zehn Jahre zurückstehen, ein zweites Jahr für die zweitnächste Vorrichtung gutgebracht. Wir wollen auch hierfür ein Beispiel hersehen.

Der Kondukteur A. wurde am 1. Jänner 1901 mit 700 Kr. angestellt und rückte in folgender Weise vor, beziehungsweise würde noch vorrücken:

- Anstellung am 1. Jänner 1901 mit 700 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1903 auf 800 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1905 auf 900 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1907 auf 1000 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1910 auf 1100 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1913 auf 1200 Kr.

Nach dem gegenwärtig geltenden Schema würde er vorgerückt sein, beziehungsweise vorrücken:

- Anstellung am 1. Jänner 1901 mit 900 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1903 auf 1000 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1905 auf 1100 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1908 auf 1200 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1911 auf 1300 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1914 auf 1400 Kr.

Der Kondukteur B. erreichte also am 1. Jänner 1910 die Gehaltsstufe von 1100 Kr.; er hätte aber die Gehaltsstufe von 1100 Kr. bereits am 1. Jänner 1905 erreichen müssen, wenn das gegenwärtig geltende Gehaltsschema seit der Zeit seiner Anstellung, oder früher (was für andere Fälle gilt) in Geltung wäre. Er hat also in seinem gegenwärtigen Gehalt gegenüber seinem gegenwärtigen Gehaltsschema eine Differenz von fünf Jahren. Er wird ein Gutjahr erhalten, das heißt er wird die gegenwärtige Vorrichtungsfrist um ein Jahr gekürzt erhalten. Er wird daher statt am 1. Jänner 1913 bereits am 1. Jänner 1912 die Gehaltsstufe von 1200 Kr. erreichen.

Ein zweites Beispiel für einen Diener mit zehn Differenzjahren:

Der Verschieber B. wurde am 1. Jänner 1893 mit 600 Kr. angestellt und rückte seither in folgender Weise vor, beziehungsweise würde noch vorrücken:

- Anstellung am 1. Jänner 1893 mit 600 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1895 auf 700 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1899 auf 800 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1901 auf 900 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1904 auf 1000 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1907 auf 1100 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1910 auf 1200 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1913 auf 1300 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1916 auf 1400 Kr.

Nach dem gegenwärtig geltenden Schema würde er aber vorgerückt sein, beziehungsweise vorrücken:

- Anstellung am 1. Jänner 1893 mit 900 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1895 auf 1000 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1898 auf 1100 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1901 auf 1200 Kr.
- Vorrückung am 1. Jänner 1904 auf 1300 Kr.

Der Verschieber B erreichte daher am 1. Jänner 1910 die Gehaltsstufe von 1200 Kr., er hätte aber, wenn das gegenwärtige Gehaltsschema früher schon bestanden hätte, bereits am 1. Jänner 1901 die Gehaltsstufe von 1200 Kr. erreicht. Der Mann hat also zehn Differenzjahre und es wird ihm daher in der gegenwärtigen und in der folgenden Vorrichtungsfrist je ein Jahr gutgebracht, das heißt er wird statt am 1. Jänner 1913 bereits am 1. Jänner 1912, beziehungsweise mit Rückwirkung auf diesen Zeitpunkt die Gehaltsstufe von 1300 Kr. und in weiterer Folge statt am 1. Jänner 1916 bereits am 1. Jänner 1914 die Gehaltsstufe von 1400 Kr. erreichen.

Die vorstehenden Beispiele müssen natürlich in der Praxis nicht stimmen. Das ist auch nicht ihr Zweck. Es handelt sich darum, aufzuzeigen, wie jeder einzelne Bedienstete in der Lage ist, zu konstatieren, ob er an diesem Gärtenausgleich Anteil habe oder nicht. Auf Grund dieser Gegenüberstellung soll sich also jeder ältere Diener selbst überlegen, ob er am Gärtenausgleich Anteil habe oder nicht. Die grundlegenden Fragen für die Ermittlung des Anspruches sind: In welcher Gehaltsstufe befindet sich ein Bediensteter am 1. Jänner 1912? In welcher Gehaltsstufe würde er sich am 1. Jänner 1912 befinden, wenn das gegenwärtige Vorrichtungsschema stets in Geltung gewesen wäre? Wie groß ist die Differenz an Jahren? In Betracht kommen selbstverständlich nur fünf beziehungsweise zehn Differenzjahre.

Der nächste Erlass gewährt den Professionisten einige

Verbesserungen der Stabilisierungsnormen.

Auch in dieser Hinsicht sind nicht alle Wünsche des Werkstättenpersonals erfüllt worden, wenn auch zugegeben werden muß, daß sich die Organisation mit dieser Errungenschaft immerhin sehen lassen kann. Diese Verbesserungen sind, abgesehen von den zahlreichen Aktionen, die unsere Organisation seit einer ganzen Reihe von Jahren wegen der Verbesserung der Stabilisierungsnormen für alle Werkstättenarbeiter, also auch für die Professionisten durchgeführt hat, dem besonderen Eintreten des Abgeordneten Genossen Tomjchik im Staatsangestelltenausschuß, zuzuschreiben. Abgeordneter Genosse Tomjchik brachte im Staatsangestelltenausschuß die dringende Notwendigkeit der Verbesserung der Stabilisierungsnormen zur Sprache. (Siehe „Eisenbahner“ Nr. 33/1911.) Auf Grund des energischen Eintretens des Abgeordneten Tomjchik erklärte dann der Eisenbahnminister, daß er ebenfalls zu der Ansicht gelangt sei, daß die Verschiedenheiten der Stabilisierungen und die Schädigungen aufgehoben werden müssen, und daß die Professionisten in Zukunft mit dem Anfangsgehalt von 1000 Kr. angestellt werden sollen. Dieses Versprechen des Ministers ist in dem Erlass nicht ganz eingehalten worden. Im Erlass wird verfügt:

1. Daß künftighin Professionisten grundsätzlich mit dem Anfangsgehalt von 1000 Kr. angestellt werden, jedoch ohne die Ueberstellung in die Gruppe A der Diener.

2. Daß künftighin bei Differenzbeträgen von 100 und mehr Kronen, die sich zwischen dem Jahresarbeitsverdienst und Gehalt und Quartiergeld zusammengenommen ergeben, die Stabilisierung in der nächst höheren Gehaltsstufe zu erfolgen hat, dagegen eine Aufrundung der Differenzbeträge über 50 Kr. zur Stabilisierung in der nächst höheren Gehaltsstufe nicht mehr stattfinden darf.

3. Daß die sich ergebenden Differenzbeträge unter 100 Kr. durch die Gewährung für in die Provision nicht anrechenbarer Zulagen auszugleichen sind.

4. Daß der Wert der Dienstkleider nicht mehr anzurechnen ist.

5. Daß die derzeit noch in der Gehaltsstufe von 900 Kr. stehenden Professionisten mit 1. Jänner 1912 in die Gehaltsstufe von 1000 Kr. überstellt werden, jedoch ohne Anrechnung der in der Gehaltsstufe von 900 Kr. zugebrachten Dienstzeit.

Wie man auf den ersten Blick erkennt: neben den Verbesserungen, die zu begrüßen sind, einige Verschlechterungen, und bei jeder Verbesserung eine Pille zur Schaffung neuer Härten und Ungerechtigkeiten. Dem Eisenbahnministerium hätte es derzeit keinen Heller, sondern nur ein paar Federstriche gekostet, die Professionisten gleichzeitig mit der Erhöhung des Anfangsgehaltes auf 1000 Kr. in die Gruppe A der Diener zu überstellen. Aber das darf nicht sein. Warum, wissen die Götter. Unbegreiflicherweise hat dann das Eisenbahnministerium weiter an Stelle der bisher maßgebenden 50 Kr. für die Stabilisierung in die nächst höhere Gehaltsstufe 100 Kr. festgesetzt, wahrscheinlich deshalb, damit die Bäume der Professionisten nicht in den Himmel wachsen. Eine kleinliche Taktik, die des Arbeitgebers Staat wirklich unwürdig ist. — Differenzbeträge unter 100 Kr. werden durch Gewährung von Zulagen ausgeglichen. Schön, aber die Freude darf nicht zu groß werden. Diese Zulagen dürfen in die Provisionsbemessung nicht eingerechnet werden und sie werden bei der nächsten Vorrichtung eingestellt. Die derzeit in der Gehaltsstufe von 900 Kr. stehenden Professionisten werden am 1. Jänner 1912 in die 1000 Kr. überstellt, aber die in den 900 Kr. zugebrachten Dienstjahre werden ihnen nicht angerechnet. Es werden also neue Härten geschaffen. Denn der Professionist, der an Dienstjahren jünger ist und beispielsweise am 1. Jänner 1912 nach der neuen Norm mit 1000 Kr. Anfangsgehalt stabilisiert wurde, wird dem älteren Professionisten, der bereits, sagen wir, zwei Jahre in der Gehaltsstufe von 900 Kr. zugebracht hat, im Gehalt und in der Vorrichtung gleichgestellt. Das hätte vermieden werden können, wenn den Professionisten, die am 1. Jänner 1912 von 900 Kr. auf 1000 Kr. überstellt wurden, die in der niederen Gehaltsstufe zugebrachte Zeit angerechnet worden wäre. Alle diese Halbheiten hätten leicht vermieden werden können, wenn nicht der kleinliche Standpunkt wäre.

Es wird wohl noch vieler und gründlicher Arbeit bedürfen, um die Herren im Eisenbahnministerium eines Besseren zu belehren. In allen diesen Fragen kommt nicht so sehr die finanzielle Seite in Betracht — von diesem Gesichtspunkt aus wären schließlich die Halb-

heiten begreiflich — als vielmehr der kleinliche Standpunkt, der sich leider in jeder Hinsicht immer wieder bemerkbar macht.

Ebenso kleinlich und vor allem ungerecht ist der Standpunkt des Ministeriums in der Hinsicht, daß die Werkgehilfen in der Verbesserung der Stabilisierungsnormen nicht miteinbezogen wurden. Wir wollen vorläufig annehmen, daß das Eisenbahnministerium im Drange der Geschäfte darauf vergessen hat, die Werkgehilfen in die Aktion miteinzubeziehen. Aber klar ist, daß auch den Werkgehilfen künstlich nicht mehr die Minder für die Stabilisierung angerechnet werden kann, daß ihnen ebenfalls die Differenzbeträge analog den Professionsisten durch Zulagen ausgeglichen werden. Der durch die einseitige Verfügung geschaffene Zustand ist unhaltbar und wir wollen hoffen, daß das Eisenbahnministerium das Versäumte schleunigst nachholt.

Im letzten Erlaß werden in allgemeinen Umrissen die Maßnahmen skizziert, die zur Verbesserung der Lage der Arbeiter durchzuführen werden sollen. Nachdem die gedachten Verbesserungen im Erlaß nicht näher ausgeführt erschienen, die Durchführung dieser Verbesserungen den einzelnen Direktionen überwiesen wurde, sind wir leider heute noch nicht in der Lage, auch diese Maßnahmen ausführlich zu besprechen. Wir haben aber bereits an unsere Vertrauensmänner die nötigen Weisungen hinausgegeben und werden wir in den nächsten Nummern unseres Blattes ausführlich auf die betreffenden Verordnungen, welche die Durchführung der Verbesserungen für die Arbeiter beinhalten werden, zu sprechen kommen.

Im nachstehenden veröffentlichen wir die amtlichen Erlässe:

Erlaß des Eisenbahnministeriums vom 19. Dezember 1911, Z. 58.519, betreffend die Erhöhung des Quartiergeldausmaßes für die Beamten, Unterbeamten und Diener der Oesterreichischen Staatsbahnen.

1.

Am Grunde der Bestimmungen der §§ 6 (Punkt 2) und 19 des Organisationsstatuts für die staatliche Eisenbahnverwaltung wird nach gepflogener Einberufung mit dem 1. J. Finanzministerium mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1912 das Ausmaß des Wiener Quartiergeldes für die Beamten, Unterbeamten und Diener der Oesterreichischen Staatsbahnen festgesetzt wie folgt:

a) Für die Beamten:

- der V. Dienstklasse mit 2050 Kr.;
der VI. Dienstklasse mit 1850 Kr.;
der VII. Dienstklasse mit 1700 Kr.;
der VIII. Dienstklasse mit 1500 Kr.;
der IX. Dienstklasse mit 1200 Kr.;
der X. Dienstklasse mit 950 Kr.

b) Für die Unterbeamten:

- in den Gehaltsstufen von 3400, 3200, 3000 und 2800 Kr. mit 1100 Kr.;
in den Gehaltsstufen von 2600 und 2400 Kr. mit 900 Kr.;
in den Gehaltsstufen von 2200 und 2000 Kr. mit 800 Kr.;
in den Gehaltsstufen von 1800 und 1600 Kr. mit 700 Kr.;
in den Gehaltsstufen von 1400 und 1300 Kr. mit 600 Kr.;
in der Gehaltsstufe von 1200 Kr. mit 500 Kr.

c) Für die Diener:

- in den Gehaltsstufen von 1800, 1700, 1600 und 1500 Kr. mit 700 Kr.;
in den Gehaltsstufen von 1400 und 1300 Kr. mit 600 Kr.;
in den Gehaltsstufen von 1200 und 1100 Kr. mit 500 Kr.;
in den Gehaltsstufen von 1000 und 900 Kr. mit 450 Kr.

2.

Der Berechnung der in die Pensions-, beziehungsweise Provisionsbemessungsgrundlage einzubeziehenden Quartiergeldquote ist auch künftighin jenes Ausmaß des Wiener Quartiergeldes zugrunde zu legen, welches bis zum Eintritt der Wirksamkeit der nunmehrigen Quartiergelderhöhung diesbezüglich maßgebend war.

3.

Die Bemessung des Quartiergeldes für die außerhalb Wiens stationierten Beamten, Unterbeamten und Diener hat nach den bisher diesbezüglich geltenden Prozentsätzen unter Zugrundelegung des im Punkt 1 festgesetzten neuen Ausmaßes des Wiener Quartiergeldes im Sinne des § 1 der Verordnung betreffend das Ausmaß der Quartiergelder und die Bewertung der Naturalwohnungen zu erfolgen.

4.

In Fällen, in denen der Wert der einem Beamten, Unterbeamten und Diener zugewiesenen Naturalwohnung die Höhe des von ihm bis 1. Jänner 1912 bezogenen Quartiergeldes übersteigt, darf nach diesem Termin für die Benützung einer solchen Wohnung höchstens das von dem betreffenden Bediensteten vor dem 1. Jänner 1912 bezogene Quartiergeld in Abzug gebracht werden.

5.

Tritt nach dem 1. Jänner 1912 ein Wechsel in der Person des Inhabers einer Naturalwohnung ein oder wird eine Naturalwohnung neu zugewiesen, so ist der Mißlaß für die Benützung derselben im Sinne der Bestimmungen der Verordnung „betreffend das Ausmaß und die Bewertung der Naturalwohnungen“ ohne die im Punkt 4 zugestandene Beschränkung, eventuell bis zur vollen Inanspruchnahme des mit 1. Jänner 1912 erhöhten Quartiergeldes zu bemessen.

6.

Die Bestimmung im Punkt 5 ist auch im Falle einer nach dem 1. Jänner 1912 stattfindenden Versetzung eines Ortes in eine höhere Quartiergeldklasse anzuwenden.

7.

Wenn Bedienstete, die am 1. Jänner 1912 eine über das Ausmaß des bisherigen Quartiergeldes bewertete Naturalwohnung innehaben, befristet werden oder in eine Gehaltsstufe vorrücken, mit welcher der Bezug eines höheren Quartiergeldes verbunden ist, so wird ihnen während der Dauer der Benützung einer solchen Wohnung mindestens die Differenz zwischen dem für die höhere Dienstklasse, beziehungsweise Gehaltsstufe vor dem 1. Jänner 1912 festgesetzten und dem neuen Quartiergeldausmaß ausbezahlt.

8.

Die per Jänner 1912 entfallende Quote des aus obiger Verfügung resultierenden Quartiergeldmehrbezuges ist zu Beginn des vorgedachten Monats abgefordert flüssig zu machen. Forster.

Erlaß des Eisenbahnministeriums vom 19. Dezember 1911, Z. 58.518, betreffend die Gewährung von Borrückungsbegünstigungen für Diener der Oesterreichischen Staatsbahnen.

Das Eisenbahnministerium findet nach gepflogener Einberufung mit dem 1. J. Finanzministerium mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1912 zu verfügen, daß jedem Diener, dessen gegenwärtiger Gehalt gegenüber seinem jetzigen Borrückungsschema um mindestens fünf Jahre zurücksteht, ein Jahr für die nächste Borrückungsfrist und jedem Diener, dessen gegenwärtiger Gehalt gegenüber diesem Schema um mindestens zehn Jahre zurücksteht, auch ein Jahr für die zweitnächste Borrückungsfrist gutzubringen ist.

Die auf diese Weise gekürzte Borrückungsfrist ist als normale Borrückungsfrist anzusehen und kann daher beim Zutreffen der hierfür nach den bestehenden Vorschriften erforderlichen Voraussetzungen gleich der normalen Borrückungsfrist gekürzt oder verlängert werden.

Forster.

Erlaß des Eisenbahnministeriums vom 19. Dezember 1911, Z. 58.516, betreffend Normen für die Stabilisierung der bei den k. k. Oesterreichischen Staatsbahnen verwendeten Professionsisten.

In teilweiser Abänderung der mit Erlaß vom 12. Juli 1898, Z. 29.221, und vom 5. April 1911, Z. 1224, hinausgegebenen Normen haben in Zukunft für die definitive Anstellung von Professionsisten nachstehende Grundsätze Anwendung zu finden:

1. Professionsisten, das heißt Handwerker, welche ihre Befähigung im Sinne des § 14 der Gewerbeordnung mittels eines Lehrbriefes nachzuweisen vermögen, sind bei einer ihrer Profession entsprechenden Verwendung grundsätzlich mit dem Anfangsgehalt von 1000 Kr. und dem systemisierten Quartiergeld anzustellen.

Eine Aenderung in der Einteilung der Diener in die einzelnen Gruppen des Gehaltsschemas findet hiedurch nicht statt.

Wenn der auf Grund des zuletzt bezogenen Taglohnes ermittelte Taglohnjahresverdienst die Höhe der nach vorstehendem entfallenden definitiven Bezüge (Gehalt und Quartiergeld) um mehr als 100 Kr. übersteigt, so hat — wie bisher — die definitive Anstellung in der entsprechenden höheren Gehaltsstufe zu erfolgen.

2. Differenzbeträge unter 100 Kr. sind bei den Stabilisierungen von Professionsisten durch nicht anrechenbare Zulagen in der Höhe des Differenzbetrages auszugleichen.

Diese Zulagen haben bei der nächsten Borrückung des betreffenden Bediensteten zur Einstellung zu gelangen. Die bisher gepflogene Aufrundung von Differenzbeträgen über 50 Kr. zur nächsthöheren Gehaltsstufe hat hingegen zu unterbleiben.

Der Wert der Dienstkleider ist künftighin bei der gedachten Gegenüberstellung nicht in die definitiven Bezüge einzuzurechnen.

Die derzeit noch in der Gehaltsstufe von 900 Kr. stehenden Professionsisten sind mit 1. Jänner 1912 in die Gehaltsstufe von 1000 Kr. zu überstellen, wobei jedoch eine Anrechnung der in der Gehaltsstufe von 900 Kr. zugebrachten Dienstzeit nicht platzzugreifen hat.

Forster.

Erlaß des Eisenbahnministeriums vom 19. Dezember 1911, Z. 58.636, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter der Oesterreichischen Staatsbahnen.

Im Zusammenhang mit den unter einem zugunsten des definitiven Personals der Oesterreichischen Staatsbahnen getroffenen Maßnahmen findet sich das Eisenbahnministerium bestimmt, auch eine Verbesserung der Lage der bei den Oesterreichischen Staatsbahnen verwendeten Arbeiter herbeizuführen. Hierbei kommt vor allem eine den örtlichen Verhältnissen angepaßte Regelung der Grundlöhne, sowie eine angemessene Aufbesserung der übrigen Löhne unter entsprechender Berücksichtigung länger im Dienste der Oesterreichischen Staatsbahnen stehender Arbeiter in Betracht. Außerdem werden die Lohnvorrückungen tunlichst einheitlich für den ganzen Bereich der Staatsbahnen gestaltet werden.

Die allgemeinen Lohnaufbesserungen werden mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1912 durchgeführt werden.

Für jene Dienstzweige, für welche Arbeitsordnungen bisher noch nicht aufgelegt wurden, werden demnächst solche nach erfolgter Anhörung des Arbeitszentralausschusses herausgegeben und entsprechende Ergänzungen der bereits bestehenden Arbeitsordnungen vorgenommen werden.

Bei Hinausgabe der Arbeitsordnungen wird die Arbeitsstundenentlohnung sowie die Frage der Gewährung bezahlter Urlaube geregelt werden.

Unter einem ergeben auf Grund der bereits gepflogenen Erhebungen an die Staatsbahndirektionen die erforderlichen Durchführungsverfügungen hinsichtlich der künftigen Regelung der Lohnverhältnisse.

Forster.

Vorsprache der koalitierten Vereine im Eisenbahnministerium.

Am 19. Dezember 1911 sprachen die Mitglieder der koalitierten Vereine, und zwar die Genossen Schwab, Wabitsch und Kneidinger (Gewerkschaft), Brell und Steppert (Zentralverein der österreichischen Eisenbahner), Kuhn (Lokomotivführerverein in Wien), Nucera (Lokomotivführerverein in Prag), Tögel (Kondukteurverein), Brandl und Brückner (Bahnmeisterverein), Höfer und Kratochwill (Werkmeisterverein), beim Eisenbahnminister Dr. von Forster im Auftrage des am 17. d. M. in Wien tagenden Eisenbahneraktionskomitees vor.

Die Deputation ersuchte den Minister, den im Staatsangelegenheitsausschuß und im Plenum des Abgeordnetenhauses angenommenen 38 Millionen Antrag ganz durchzuführen. Ferner wurden die Details zur derzeitigen Verbesserung von 21 Millionen verlangt, da die Eisenbahner Klarheit über die Aufteilung des Betrages haben möchten. Schließlich wurden dem Minister alle noch unberücksichtigten oder nur teilweise berücksichtigten Punkte des genehmigten Antrages nochmals zur ehesten Durchführung an das Herz gelegt.

Minister v. Forster bedauerte in äußerst lebenswürdiger Weise, daß nicht alle Wünsche des Eisenbahnerpersonals befriedigt werden könnten. Er habe allen seinen Einfluß bei der Regierung geltend gemacht und sich mit aller Kraft bemüht, für die Eisenbahner möglichst viel herauszuschlagen, jedoch sei es ihm nicht ganz gelungen. Es machen ihm die Einnahmestellen für die

21 Millionen große Schwierigkeiten, da der Finanzminister für jede Ausgabe eine Einnahme verlangt.

Der Minister erklärte, die Aufregung des Eisenbahnerpersonals sei mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Umstände erklärlich; es liege ja in der Natur des Menschen, unzufrieden zu sein, er selbst sei auch unzufrieden, jedoch möge die Unzufriedenheit nicht chronisch werden.

Schließlich ersuchte der Minister die Vertrauensmänner der koalitierten Eisenbahnerorganisation, sie mögen beruhigend wirken auf das Personale, was im allseitigen Interesse ist. Die Details zu den gegebenen 21 Millionen kommen zuverlässig am 23. d. M. in das Amtsblatt zur Verlautbarung.

Die Eisenbahnerbewegung und die Südbahner.

Der Generaldirektor der Südbahn hat der bei ihm am Mittwoch den 20. Dezember 1911 erschienenen Personalkommission für Beamte mitgeteilt, daß er dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom Dienstag den 19. Dezember 1911 noch keine bestimmten Vorschläge zur Verbesserung der Bezüge des Personals zu stellen in der Lage war, weil die bezüglichen Absichten der Staatseisenbahnverwaltung und insbesondere die Aufteilung des von ihr in Aussicht genommenen Mehraufwandes auf die einzelnen Kategorien der Staatseisenbahnbediensteten noch nicht ausreichend genau bekannt waren.

Doch hat der Verwaltungsrat den Generaldirektor ermächtigt, dem Personal mitzuteilen, daß es unter allen Umständen darauf rechnen kann, daß die Gesellschaft die neuen Quartiergeldbeträge der Staatsbahnen mit dem gleichen Termin übernehmen werde, in welchem die Staatsbahnen die neuen Quartiergelder einführen. Die sich hienach für die Zeit von diesem Termin ergebenden Mehrbeträge werden nachgezahlt werden.

Den am Mittwoch den 20. Dezember 1911 ebenfalls beim Generaldirektor der Südbahn erschienenen Vertretern der Gewerkschaftsorganisation Genossen Rudolf Weigl und Abgeordneten Tomisch wurde hinsichtlich der Verbesserung der Bezüge des Personals vom Generaldirektor betreffend die Unterbeamten und Diener die gleiche Erklärung abgegeben, wie sie an die Personalkommissionsmitglieder der Beamten erfolgt ist.

Bezüglich des Gartenausgleiches wird die Personalkommissionsvertretung der Unterbeamten und Diener, sobald die für die nächsten Tage erwartete Verlautbarung des Eisenbahnministeriums erfolgt sein wird, neuerlich beim Generaldirektor intervenieren.

Sichtlich der Arbeiter wurde vom Generaldirektor in Aussicht gestellt, daß Lohnaufbesserungen unter Berücksichtigung der bei der Südbahn bezüglich der Entlohnung der Arbeiter bestehenden besonderen Verhältnisse, und zwar mit Wirkung von demjenigen Termin an erfolgen werden, an welchem die von den Staatsbahnen geplanten Lohnaufbesserungen in Wirksamkeit treten werden. Vor der Durchführung wird noch das Botum des Zentralarbeiterausschusses eingeholt werden.

Mittlerweile ist, wie wir an anderer Stelle unseres Blattes berichten, die Verlautbarung der Aufbesserungen für die Diener und Unterbeamten sowie Arbeiter auf den k. k. Staatsbahnen erfolgt und werden die organisierten Vertreter der Unterbeamten, Diener und Arbeiter der Südbahn sofort nach Rückkunft des Generaldirektors der Südbahn bei demselben wegen der analogen Durchführungen auf der Südbahn vorsprechen. Wir werden über diese Vorreden und über eventuelle Erledigungen in der nächsten Nummer unseres Blattes berichten.

Erfolgreicher Abschluß der Bewegung bei der Salzkammergut-Lokalbahn.

Nach langer, zäher Arbeit ist es nun endlich gelungen, auch für das Personal der Salzkammergut-Lokalbahn nennenswerte Erfolge durchzusetzen. Die Erfolge sind um so höher zu werten, wenn man weiß, welcher mühevollen Arbeit es bedurfte, um die maßgebenden Faktoren in der Verwaltung von der Notwendigkeit der Durchführung entsprechender Reformen zu überzeugen. Dazu kam der Umstand, daß verantwortungs- und gewissenlose Leute, die Anhänger des Reichsvereines sind, an dessen Spitze der aus unserer Organisation hinausgeworfene Unterbeamte König von der k. k. St. E. G. steht, kein Mittel unversucht ließen, die Bewegung zu ungunsten des Personals und im Interesse der Unternehmung durch die Zerstückelung der Einigkeit der Bediensteten zu beeinflussen. Aber trotz aller Machinationen dieser traurigen Kreaturen und der sonstigen zahlreichen Schwierigkeiten gelang es den Vertrauensmännern unserer Organisation geradezu meisterhaft, der Situation Herr zu bleiben und schließlich Erfolge heimzubringen, die sich, wie man ruhig sagen kann, schon sehen lassen können. Selbstverständlich trug zu diesem guten Gelingen der Aktion auch die bräunliche Haltung der Mehrheit des Personals wesentlich bei. Es muß gesagt werden, daß der gesunde Sinn dieses Personals nicht empfänglich ist für die allzu deutlichen Absichten und Gauklereien dieses genannten Königs und seiner Anhänger. Die Mehrheit des Personals steht in unserer Organisation und sind die Elemente, die nach dem Rezept König's Zwietsch und Uneinigkeit im Personal zu säen versuchten, meist Leute, die ihre abgetafelten anarchistischen Theorien nur im Munde führen, sonst aber in ihrer Eigenschaft als Knechtbedienstete und in ähnlichen Verwendungsorten selbstverständlich keine Möglichkeit finden, sich irgend im Interesse der Gesamtheit mutig und unerschrocken auch praktisch zu betätigen. Die große Mehrheit des Personals hat diese armen Wäckerl rechtzeitig durchschaut und hat aus ihrem Verhalten rechtzeitig die Lehre gezogen, daß alle Erfolge als Voransetzung eine gesunde und kräftige Organisation haben müssen. In diesem Sinne wird sich das Personal nach dem jetzigen Erfolg gewiß weiter betätigen und daselbe wird dann auch später wieder die Früchte seiner eigenen Arbeit einheimen.

Vor wir zur Besprechung der erreichten Erfolge schreiten, wollen wir kurz skizzieren, wie die Verhältnisse ehemals waren. Die Zentrale unserer Organisation hat auf Grund der Beschlüsse der Reichskonferenz der Lokalbahnbediensteten im Jahre 1910 an sämtliche Lokalbahn-Prä-

Vorgen hinausgegeben und über die bei einzelnen Lokalbahnen bestehenden Entlohnungs- und Dienstverhältnisse genaue Erhebungen gepflogen. So auch bei den Salzammergut-Lokalbahnen. Aus den vom Personal ausgefüllten Fragebogen ging nun hervor, daß die Verhältnisse der Unterbeamten und Diener und auch der Arbeiter bei den Salzburger Lokalbahnen unerträglich waren. Hier von nur einige Beispiele:

- Ein Lokomotivführer mit 16 Dienstjahren hatte an Gehalt 1140 Kr., an Quartiergeld 250 Kr.
- Ein Heizer mit 11 Dienstjahren hatte an Gehalt 1050 Kr., an Quartiergeld 150 Kr.
- Ein Kondukteur mit 13 Dienstjahren hatte an Gehalt 1040 Kr.
- Ein Stationsdiener mit 15 Dienstjahren hatte an Gehalt 1140 Kr.
- Dagegen gab es wieder Bevorzugte, zum Beispiel: Ein Lokomotivführer mit 10 Dienstjahren hatte an Gehalt 1100 Kr., an Quartiergeld 250 Kr.
- Ein Heizer mit 8 Dienstjahren hatte an Gehalt 1100 Kr., an Quartiergeld 150 Kr.
- Ein Kondukteur mit 7 Dienstjahren hatte an Gehalt 1200 Kr., an Quartiergeld 200 Kr.
- Ein Stationsdiener mit 7 Dienstjahren hatte an Gehalt 1100 Kr., an Quartiergeld 150 Kr.

Das sind nur wenige Beispiele. Gleiche und ähnliche Fälle ließen sich noch viele anführen. Diese Klassen Ungerechtigkeiten waren naturgemäß nur möglich, weil sich die Unternehmung äußerst selten an das bestehende Gehalts- und Vorrückungsschema hielt. Dieses existierte nur für die Aufsichtsbehörde, in der Praxis bekamen die meisten Bediensteten davon nichts zu spüren. Im Vorrückungsschema waren für alle Kategorien 2-, beziehungsweise 3-jährige Vorrückungsfristen festgesetzt, in Wirklichkeit rückte die Mehrzahl der Bediensteten in 4-, 5-, 6-, 7- und sogar 10-jährigen Vorrückungsfristen vor. Diesen Verhältnissen gegenüber erscheint das neue nunmehr tatsächlich gültige Gehalts- und Vorrückungsschema als eine weitgreifende Verbesserung, deren Hauptwert vor allem darin liegt, daß den Bediensteten dieses neue Schema nicht nur am Papier, sondern auch faktisch gewährleistet erscheint. Betont soll werden, daß die festgesetzten Gehaltsstufen in automatischen 2- und 3-jährigen Vorrückungsfristen erreichbar sind.

Die erreichten Verbesserungen an Gehalt und Vorrückung, sowie die erreichten Quartiergelderhöhungen sind folgende:

A. Unterbeamte.

Gruppe I: Stationsleiter I. Klasse, Kanzlisten, Bahnmeister I. Klasse, Lokomotivführer, Schiffsmaschinenisten I. Klasse und Schiffsführer II. Klasse.

Für diese Kategorien wurde der Endgehalt von 2000 Kr. auf 2600 Kr. erhöht. Die Vorrückungsfristen sind in allen Gehaltsstufen mit Ausnahme der Gehaltsstufen von 1200 und 1300 Kr. mit drei Jahren festgesetzt. In diesen beiden Gehaltsstufen wurde die Vorrückungsfrist von drei auf zwei Jahre herabgesetzt.

Die Quartiergelder wurden für die in Salzburg stationierten Bediensteten in den einzelnen Gehaltsstufen um 50, beziehungsweise 100 Kr. erhöht; für die auf der Strecke stationierten Bediensteten beträgt die Quartiergelderhöhung in den einzelnen Gehaltsstufen 10, 20, 30, 50, 60 und 80 Kr. per Jahr.

Die Gesamtwirkung der erreichten Verbesserungen an Gehalt, Vorrückung und Quartiergelderhöhung kommt in folgender Darstellung für die Gruppe I der Unterbeamten zum Ausdruck:

Die Bediensteten in der Gruppe I der Unterbeamten bezogen vor der Regulierung:

- In 30 Dienstjahren: An Gehalt 50.000 Kr.
- In 30 Dienstjahren: In Salzburg an Quartiergeld 10.800 Kr.
- In 30 Dienstjahren: Auf der Strecke an Quartiergeld 8800 Kr.

Dieselben Bediensteten beziehen jetzt:

- In 30 Dienstjahren: An Gehalt 54.500 Kr.
- In 30 Dienstjahren: In Salzburg an Quartiergeld 12.550 Kr.
- In 30 Dienstjahren: Auf der Strecke an Quartiergeld 10.040 Kr.

Die Erhöhung beträgt demnach:

- In 30 Dienstjahren: An Gehalt 4500 Kr.
- In 30 Dienstjahren: In Salzburg an Quartiergeld 2250 Kr.
- In 30 Dienstjahren: Auf der Strecke an Quartiergeld 1240 Kr.

Die durchschnittliche Erhöhung per Jahr beträgt:

- An Gehalt 150 Kr.
- An Quartiergeld in Salzburg 75 Kr.
- An Quartiergeld auf der Strecke 42 Kr.

Die erreichte Verbesserung beträgt demnach für die Unterbeamten der Gruppe I in Salzburg durchschnittlich an Gehalt und Quartiergeld zusammen 225 Kr. jährlich, für die gleichen Bediensteten auf der Strecke an Gehalt und Quartiergeld zusammen 192 Kr. jährlich.

Gruppe II: Stationsleiter III. Klasse, Bahnmeister II. Klasse, Oberkondukteure, Reservelokomotivführer, Schiffsmaschinenisten und Schiffsführer II. Klasse.

Für diese Kategorien wurde der Anfangsgehalt von 1100 Kr. auf 1200 Kr. und der Endgehalt von 1600 Kr. auf 2200 Kr. erhöht. Die Vorrückungsfristen sind in allen Gehaltsstufen mit drei Jahren festgesetzt. In den Gehaltsstufen von 1200 und 1300 Kr. beträgt die Vorrückungsfrist zwei Jahre.

Die Quartiergelder wurden für die in Salzburg stationierten Bediensteten in den einzelnen Gehaltsstufen um 50, 100 und 150 Kr. jährlich, für die auf der Strecke stationierten Bediensteten um 60, 70, 80, 100, 110, 120 und 150 Kr. jährlich erhöht.

Die Gesamtwirkung der erreichten Verbesserungen für die Bediensteten der Gruppe II der Unterbeamten an Gehalt, Vorrückung und Quartiergelderhöhung ist folgende:

Sie bezogen vor der Regulierung:

- In 30 Dienstjahren an Gehalt 45.100 Kr.
- In 30 Dienstjahren in Salzburg an Quartiergeld 8550 Kr.
- In 30 Dienstjahren auf der Strecke an Quartiergeld 7000 Kr.

Dieselben Bediensteten beziehen jetzt:

- In 30 Dienstjahren an Gehalt 53.900 Kr.
- In 30 Dienstjahren in Salzburg an Quartiergeld 12.400 Kr.
- In 30 Dienstjahren auf der Strecke an Quartiergeld 9680 Kr.

Die Erhöhung beträgt demnach:

- In 30 Dienstjahren an Gehalt 8800 Kr.
- In 30 Dienstjahren in Salzburg an Quartiergeld 3850 Kr.
- In 30 Dienstjahren auf der Strecke an Quartiergeld 2680 Kr.

Die durchschnittliche Erhöhung per Jahr beträgt:

- An Gehalt 294 Kr.
- An Quartiergeld in Salzburg 129 Kr.
- An Quartiergeld auf der Strecke 90 Kr.

Die erreichte Verbesserung beträgt demnach für die Unterbeamten der Gruppe II in Salzburg durchschnittlich an Gehalt und Quartiergeld zusammen 423 Kr. jährlich, für die gleichen Bediensteten auf der Strecke an Gehalt und Quartiergeld zusammen 384 Kr. jährlich.

B. Diener:

Gruppe I: Stations- und Bahnaufseher, Kanzleigehilfen, Kondukteure, Heizer, Steuermann, Reservemaschinist, Reserve-Schiffsführer, Werkmänner.

Für diese Kategorien wurde der Endgehalt von 1400 Kr. auf 1600 Kr. erhöht. In der Gehaltsstufe von 900 Kr. beträgt die Vorrückung zwei Jahre, in allen übrigen Gehaltsstufen drei Jahre.

Die Quartiergelder wurden für die in Salzburg stationierten Bediensteten dieser Kategorie um 100 und 150 Kr., für die auf der Strecke stationierten Bediensteten um 30, 40, 50, 80, 90, 100 und 150 Kr. jährlich in den einzelnen Gehaltsstufen erhöht.

Die Gesamtwirkung der erreichten Verbesserungen für die Gruppe I der Diener an Gehalt, Vorrückung und Quartiergeld ist folgende:

Sie bezogen vor der Regulierung:

- In 30 Dienstjahren an Gehalt 38.900 Kr.
- In 30 Dienstjahren in Salzburg an Quartiergeld 6550 Kr.
- In 30 Dienstjahren auf der Strecke an Quartiergeld 4650 Kr.

Dieselben Bediensteten beziehen jetzt:

- In 30 Dienstjahren an Gehalt 41.900 Kr.
- In 30 Dienstjahren in Salzburg an Quartiergeld 10.750 Kr.
- In 30 Dienstjahren auf der Strecke an Quartiergeld 8500 Kr.

Die Erhöhung beträgt demnach:

- In 30 Dienstjahren an Gehalt 3000 Kr.
- In 30 Dienstjahren in Salzburg an Quartiergeld 4200 Kr.
- In 30 Dienstjahren auf der Strecke an Quartiergeld 3860 Kr.

Die durchschnittliche Erhöhung per Jahr beträgt:

- An Gehalt 100 Kr.
- An Quartiergeld in Salzburg 140 Kr.
- An Quartiergeld auf der Strecke 129 Kr.

Die erreichte Verbesserung beträgt demnach für die Diener der Gruppe I in Salzburg durchschnittlich an Gehalt und Quartiergeld zusammen 240 Kr. jährlich, für die gleichen Bediensteten auf der Strecke an Gehalt und Quartiergeld zusammen 229 Kr. jährlich.

Gruppe II: Stationsdiener, Bahnrichter, Kanzleidiener, Verschieber, Bremser, Werkgehilfen.

Für die Bediensteten dieser Gruppe wurde der Endgehalt von 1300 auf 1400 Kr. erhöht. Die Vorrückungsfrist beträgt in den Gehaltsstufen von 800 und 900 Kr. zwei Jahre, in allen übrigen Gehaltsstufen drei Jahre.

Die Quartiergelder wurden für die in Salzburg stationierten Bediensteten dieser Gruppe um 100, 150 und 200 Kr. jährlich, für die auf der Strecke stationierten Bediensteten um 80, 120 und 160 Kr. jährlich in den einzelnen Gehaltsstufen erhöht.

Die Gesamtwirkung dieser Verbesserungen an Gehalt, Quartiergeld und Vorrückung im Jahresdurchschnitt ist folgende:

Sie bezogen vor der Regulierung:

- In 30 Dienstjahren an Gehalt 35.800 Kr.
- In 30 Dienstjahren in Salzburg an Quartiergeld 4650 Kr.
- In 30 Dienstjahren auf der Strecke an Quartiergeld 3720 Kr.

Dieselben Bediensteten beziehen jetzt:

- In 30 Dienstjahren an Gehalt 38.200 Kr.
- In 30 Dienstjahren in Salzburg an Quartiergeld 10.000 Kr.
- In 30 Dienstjahren auf der Strecke an Quartiergeld 8000 Kr.

Die Erhöhung beträgt demnach:

- In 30 Dienstjahren an Gehalt 2400 Kr.
- In 30 Dienstjahren in Salzburg an Quartiergeld 5350 Kr.
- In 30 Dienstjahren auf der Strecke an Quartiergeld 4280 Kr.

Die durchschnittliche Erhöhung per Jahr beträgt:

- An Gehalt 80 Kr.
- An Quartiergeld in Salzburg 179 Kr.
- An Quartiergeld auf der Strecke 143 Kr.

Die erreichte Verbesserung beträgt demnach für die Diener der Gruppe II in Salzburg an Gehalt und Quartiergeld zusammen durchschnittlich per Jahr 259 Kr., für die gleichen Bediensteten auf der Strecke an Gehalt und Quartiergeld zusammen durchschnittlich per Jahr 223 Kr. Wir gratulieren dem Personal der Salzammergut-Lokalbahn zu diesen Erfolgen. Hoffentlich wird das Personal auch fernerhin durch eine gute Organisation trachten, neue Erfolge zu erringen. Es war ein gewaltiger Schritt vorwärts, nun erst recht mit Vollampf und vereinter Kraft der neuen Zeit entgegen. A. M.

Die neuen Arbeitsordnungen.

Das Zugeständnis des Eisenbahnministeriums vom Jahre 1908, wonach alle jene Arbeiterkategorien, welche keine Arbeitsordnungen haben, solche bekommen sollen, wurde bekanntlich trotz mehrfacher Urzengen nicht erfüllt. Durch die jetzige Bewegung der Eisenbahner wurde das Eisenbahnministerium im August des Jahres 1911 wieder an das vor drei Jahren gegebene Versprechen gehalten, und das genannte Ministerium erklärte nun neuerlich, daß es nun ernstlich darangehe, dieses Zugeständnis endlich durchzuführen. Tatsächlich wurde nun der Zentralarbeiterschuß für den 15. Dezember 1911 zu einer Sitzung einberufen, um, wie es in der Einladung heißt, ein Gutachten über die Arbeitsordnungsentwürfe abzugeben. Obzwar die Zentralarbeiterschußmitglieder durchaus keine Optimisten sind, mußten sie sich doch sagen, daß, wenn man der Öffentlichkeit gegenüber von einem Betrag von über einer Million Kronen, die diese Arbeitsordnungen angeblich kosten sollen, spricht, in denselben doch etwas geboten werden müsse; denn die paar tausend Exemplare allein, welche hier bei den drei Gruppen: Bahnerhaltung, Materialmagazin und Stationsdienst, in Betracht kommen, können einen erheblichen Betrag ausmachen, wenn nicht etwas Neues, in Bezug auf Arbeitszeit und Entlohnung darin enthalten sein sollte. Sie hatten sich jedoch gründlich getäuscht, was schon daraus hervorgeht, daß die Tagung dieses Ausschusses bis zum 19. Dezember 1911, 10 Uhr abends dauerte.

Da man den Ausschußmitgliedern keine Entwürfe zugesandt hatte, mußten sich diese erst nach Empfangnahme derselben in der Sitzung an die genaue Prüfung des Inhalts machen, um dann entsprechende Änderungen beantragen zu können, was ja auch keine ganz leichte Aufgabe war, weil man ja mit der zur Verfügung stehenden Zeit rechnen mußte. Schon eine oberflächliche Uebersicht ergab, daß die Entwürfe in der gegebenen Fassung für die Arbeiter unannehmbar waren. Es mußte daher eine sehr gründliche Uebersicht stattfinden. Und daß die Uebersicht sehr gründlich war, geht nicht nur aus den Ausführungen des Vorsitzenden, Ministerialrates Börs, hervor, der die Sachlichkeit der Verhandlungen am Schluß der Sitzung betonte, sondern auch aus der Erklärung eines nichtnationalen Ausschußmitgliedes, also eines Gegners. Als er von den sozialdemokratischen Ausschußmitgliedern aufgefordert wurde, an den Beratungen außerhalb des Eisenbahnministeriums teilzunehmen, um möglichst einstimmige Anträge einbringen zu können, erlarte dieser: „Aus den bisherigen Beratungen habe ich ersehen, daß ihr nur im Interesse der Arbeiter handelt, ich schenke euch daher mein volles Vertrauen und gebe schon von vornherein meine volle Zustimmung zu euren Beschlüssen. Außerdem erkläre ich euch, daß meine Organisation sich auch gar nicht die Mühe geben würde, die ihr euch gebt.“

Die Sitzung selbst gestaltete sich zu einem großen Wortgefecht zwischen den Ausschußmitgliedern und dem Sachreferenten. Bei vielen Punkten mußten Änderungen beantragt werden, damit dieselben nur halbwegs annehmbar für die Arbeiter wurden. Den größten Wert legten die Ausschußmitglieder natürlich auf die Arbeitszeit und auf die Ueberstundenentlohnung. Es muß betont werden, daß das Elaborat hinter den Erwartungen weit zurückbleibt. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß das Eisenbahnministerium mit der Einführung der Arbeitsordnungen eigentlich etwas ersparen wollte, anstatt auszugeben. So wird den Arbeitern des Stationsdienstes und der Bahnerhaltung eine zehnstündige Arbeitszeit vorgeschrieben. Die Ueberstundenentlohnung wird mit 1-2 angegeben. Beides wird heute schon in vielen Stationen besser gehandhabt, so daß manche Arbeiter mit der Einführung der Arbeitsordnung noch eventuell Schaden erlitten hätten. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Ausschußmitglieder auf der endlichen Durchführung des neunstündigen Arbeitstages in allen Dienstzweigen sowie auch der anderthalbfachen Ueberstundenentlohnung, der zweifachen Entlohnung bei Nacht- und Sonntagsarbeit bestanden, weil dies ein gerechter Wunsch der Arbeiter ist, den sie auch auf das energichste verfochten haben. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, über die Sache zu schreiben, wenn die Arbeitsordnungen fertig sein werden und ersichtlich sein wird, wie weit man den Anträgen des Zentralarbeiterschußes Rechnung getragen hat. — Der Ausschuß verlangte auch die Aufnahme einer Bestimmung in die Arbeitsordnung, daß dort, wo bereits günstigere Verhältnisse bestehen, als sie die Arbeitsordnung vorschreibt, diese auch weiterhin bestehen bleiben. — Ferner wurde die Aufnahme einer Bestimmung verlangt, welche die volle Entlohnung bei Einrückungen zur Waffenübung verlangt, sowie die Bestimmung betreffend die Erholungsurlaube. Auf die Anfrage, wie die Urlaube auszuhandeln werden, erklärte der Vorsitzende, daß die Erholungsurlaube, welche 600.000 Kr. erfordern, im Jahre 1912 in dem Ausmaß, wie sie die St. E. G. bereits gewährte, nämlich nach dreijähriger Dienstzeit drei Tage, nach zehnjähriger Dienstzeit sechs Tage, in Kraft treten werden.

Durch die Einführung der Arbeitsordnungen bekommen nun die Oberbau-, Stations- und Magazin-Arbeiter eine Art Dienstvertrag in die Hände, in welchem ihre Pflichten gegenüber der Bahnerwaltung genau umschrieben sind. Kein Vorstand wird mehr willkürliche Anordnungen treffen können, sondern es wird so manches auch an die Zustimmung der Arbeiter geknüpft sein. Den Arbeitern sei jedoch gesagt, daß das wichtigste die Dr-

ganisation ist und bleiben muß. Steht hinter den Arbeitern nicht eine mächtige Organisation, dann wird ihnen die beste Arbeitsordnung nichts nützen, sie werden trotzdem den Vorständen mit Haut und Haaren ausgeliefert sein. Darum Arbeiter, wollt ihr in der Geschichte der Eisenbahnerbewegung auch fernerhin etwas mitreden, dann sorgt in erster Linie, daß jeder von euch als Mitglied der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation angehört.

Ein Arbeiterauschlußmitglied.

Eine schwere Schädigung des Lokomotivpersonales.

Die Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen als Kontrollbehörde des Eisenbahnministeriums hat folgenden Erlass herausgegeben:

Erlass des Eisenbahnministeriums vom 11. Dezember 1911, Z. 54664, an alle k. k. Direktionen und die k. k. Betriebsleitung Czernowitz, betreffend Kontrollmaßnahmen hinsichtlich Bestätigung der Verschub- und Dampfhalteinunden.

Gelegentlich vorgenommener Revision wurde seitens der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen in zahlreichen Fällen ein vollständig vorchriftswidriger, die Betriebsökonomie schwer schädigender Vorgang bei der Ausfertigung der Verschubstundenpässe (Verschubstipons) festgestellt. Bei den Reservelokomotiven wird den Lokomotivführern ohne Rücksicht auf die vorgekommenen längeren Unterbrechungen ohne weiteres die ganze Zeit als „Verschubdienstleistung“ bestätigt und ebenso wurden in einzelnen Fällen grobliche Mißbräuche bei der Leistungsbestätigung für Zuglokomotiven konstatiert.

Um hierin bis zur endgültigen Regelung der Verhältnisse des Verschubdienstes Wandel zu schaffen, ist es vor allem notwendig, der derzeit vielfach bestehenden Übung der Ausstellung von Verschubstundenpässen (Stipons), die über das Maß der tatsächlichen Leistung hinausgehen, wirksam zu begegnen.

Zu diesem Zwecke empfehlen sich die strengsten und energischsten Kontrollmaßnahmen und werden diesbezüglich der k. k. . . . die im Bunde III der Zirkularverordnungen und Erlasse enthaltenen Zirkulare Nummer 42, 43 und 44 beaufsichtiger Durchführung in Erinnerung gebracht.

Außerdem wäre zu verfügen, daß jeder Verschubleiter ein Dienstbuch zu führen hat, in dem für jede Lokomotive Beginn und Ende der Verschübe sowie die mehr als 15 Minuten dauernden und als Dampfhalten zu rechnenden Unterbrechungen derselben genauest an Ort und Stelle zu vermerken sind. Alle Zeitangaben hat der Verschubleiter dem Lokomotivführer mitzuteilen, wobei Reklamationen desselben über Zeitdifferenzen bis zu fünf Minuten unberücksichtigt bleiben, während bei größeren Differenzen der diensthabende Verkehrsbeamte zu entscheiden haben wird.

Die Ausfertigung der Verschubstundenpässe darf nur auf Grund der Zeitangaben der Dienstbücher erfolgen. Die korrekte Führung derselben ist von den Dienstvorständen (Stellvertretern) täglich, von den Verkehrscontrolloren so oft als möglich an Ort und Stelle zu kontrollieren.

Vorgefundene Ordnungswidrigkeiten sind im Wege von Ordnungsstrafen, eventuell bei besonders groblichen Mißbräuchen im Disziplinarwege zu ahnden. Die monatlich von den Stationen im Sinne des Zirkulars Nr. 43, Band III der Zirkularverordnungen und Erlasse vorzulegenden Verschubausweise sind bei der Abteilung für Verkehrsdiens unter Berücksichtigung der Wagenbewegung genau zu revidieren und jede von den Dienststellen nicht besonders und vollständig ausreichend begründete Mehrleistung auf ihre Ursachen zu verfolgen.

Hinsichtlich der Verschübe mit Zuglokomotiven ist dem Personal die strikte Beachtung der Bestimmung des § 17, Ziffer 10 des Gebührenregulativs, wonach für Verschüben mit solchen Lokomotiven eine Vergütung nur für eine mehr als 15 Minuten betragende Leistung gebührt, einzuschärfen.

Lokomotivführer, welche die getroffenen Verfügungen durch absichtliche Verzögerung der Verschüben unwirksam zu machen suchen, sind von den Verkehrsbeamten, beziehungsweise Dienstvorständen und Kontrollorganen zur Anzeige zu bringen und wird gegen dieselben energisch vorgegangen sein.

Die k. k. . . . wird eingeladen, das Erforderliche sofort zu veranlassen und der Angelegenheit ihre ungeteilte Aufmerksamkeit und nachdrücklichste Energie anzuwenden.

Insbondere werden die Verkehrscontrolloren und lokalen Dienstvorstände für die strikte Befolgung der erteilten Verfügungen sowie für die gesamte Gebarung beim Verschubdienste verantwortlich zu machen und wird gegen dieselben bei konstatiertem Vernachlässigen ihrer Kontrollpflichten unnachsichtlich vorgegangen sein.

Für den k. k. Eisenbahnminister:
Roth er.

Diese Verfügung hat für das den Verschubdienst verfassende Lokomotivpersonal bedeutende finanzielle Schädigungen nebst unausbleiblichen Schitanen und Streitigkeiten zur Folge. Sie zeugt von absoluter Verständnislosigkeit der praktischen Notwendigkeiten in der Abwicklung des Verschubdienstes und ist, so wie alle Verfügungen dieser Art, ein Produkt von Bureaukraten, die sich am grünen Tisch die Abwicklung des Eisenbahndienstes vorstellen. Sie liegt auch gar nicht im Interesse des Betriebes. Wir würden die letzten sein, die irgendeine Verfügung einer Kontrollbehörde bekämpfen würden, wenn sie geeignet ist, eine Schlamperei zu beseitigen oder Mißstände aufzudecken oder kurz, wenn sie im Interesse der Betriebsicherheit, der ökonomischen Gebarung u. s. w. gelegen ist. Disziplin und Ordnung muß sein, speziell auf der Eisenbahn, ohne die geht es nicht. Da sind wir eines Sinnes mit den Aufgaben der Generalinspektion.

Aber in diesem Fall handelt es sich nicht um die Beseitigung einer Schlamperei, die in der Verrechnungsart der Fahrgebühren des Lokomotivpersonals eingegriffen ist, es handelt sich nicht um eine unökonomische Gebarung, nicht um eine beabsichtigte Nichteinhaltung von Bestimmungen, sondern es handelt sich einfach um eine eiserne Notwendigkeit, die sich aus der Natur des Betriebes, aus der für den Verschubdienst gebräuchlichsten Praxis ergibt, es handelt sich um eine Sache, wie es so viele im Eisenbahndienst gibt, wo nicht der starre Buchstabe der Vorschrift, sondern die für den Dienst beste Handhabung der Vorschrift im Interesse des Betriebes gelegen ist.

Denselben Intentionen huldigte schon der Verfasser der neuen Fahrgebührenvorschriften vom Jahre 1908. Wer diese Vorschriften im neuen Gebührenregulativ zu lesen versteht, wer demnach ihr Wesen und ihren Sinn zu erfassen vermag, wird finden, daß der Verfasser förmlich mit Absicht, in Voraussetzung der praktischen Handhabung dieser Vorschrift die Lücke offen gelassen hat, daß zum Beispiel einem Führer, der turnusmäßig 12 Stunden verschiebt, naturgemäß die ganze Zeit mit den „Gebühren für die Verschubstunden“ zu entlohnen ist. Wer den Verschubdienst kennt, weiß, daß die glatte Abwicklung desselben nicht in

der wörtlichen Einhaltung der Vorschriften, sondern vielmehr in ihrer besten Handhabung liegt. Denn die Regelmäßigkeit des Verkehrs bedingt vor allem die klaglose Abwicklung des Verschubdienstes. Diese klaglose Abwicklung des Verschubdienstes kann aber nicht erzielt werden durch die strenge Einhaltung der Vorschriften, sondern dadurch, daß Verschub- und Lokomotivpersonal gemeinsam in möglichster Uebereinstimmung mit den papierenen Vorschriften, jedoch stets angemessen der Verkehrssituation und den Stationsanlagen den Dienst abwickeln. Diese in der Natur des Verschubdienstes bedingte und nie zu beseitigende Tatsache zog eben der Verfasser der Fahrgebührenvorschrift in Berücksichtigung und nur aus diesen Gründen, also gedrungen durch eine Naturnotwendigkeit, haben die Bediensteten und alle Organe der Staatsbahnverwaltung seit 1908 das gemacht, was die Generalinspektion nun nach drei Jahren zu rügen geruht. Wir halten die Generalinspektion nicht für so naiv, daß sie das nicht wüßte.

Die Generalinspektion braucht keine Angst zu haben. Das Lokomotivpersonal ist nicht so dumm, wie es die Generalinspektion zu taxieren beliebt, es wird keinen einzigen Bediensteten geben, der durch absichtliche Verzögerung der Verschübe diese Verfügung unwirksam zu machen versuchen wird. Im Gegenteil, das Personal ist laut Dienstverpflichtet, die bestehenden Vorschriften und Verfügungen genau und gewissenhaft einzuhalten und durchzuführen und an der nötigen Gewissenhaftigkeit bei der Durchführung dieser Verfügung der Generalinspektion wird es kein Bediensteter fehlen lassen. Wessen kann die Generalinspektion sicher sein. Das Personal hat gar keine Ursache, seine Freiheit, sein Leben, seine geraden Glieder auf eigenes Risiko, ohne jedwede Entschädigung, bloß aus Liebe zur Staatsbahnverwaltung größeren Gefahren auszusetzen, als durch die gezogenen Grenzen der bestehenden Vorschriften ihrer harren. Dazu braucht es keiner absichtlichen Verzögerung des Verschubdienstes, es genügt vollauf die Durchführung der bestehenden Vorschriften.

Und nun zu einer anderen Seite der Frage. Alle Instanzen der Staatsbahnverwaltung haben die von der Generalinspektion gerigte Verrechnungsart der Verschubgebühren des Lokomotivpersonals seit drei Jahren widerspruchslos akzeptiert und die mehr verrechneten Gebühren anstandslos ausbezahlt, mit Ausnahme einzelner Fälle, wo die Pausen eben derartige waren, daß hierfür Vergütungen nicht beansprucht wurden. Das beteiligte Personal hat sich also innerhalb dieses Zeitraumes einen gewissen finanziellen Anspruch erworben, der durch eine papierene Verfügung nicht einfach wegdekretiert werden kann. Am meisten betroffen werden von dieser Verfügung die jüngeren Bediensteten des Lokomotivpersonals und besonders die armen Heizer. Diesen schlecht entlohten Bediensteten wird ihr monatliches Einkommen um 6 bis 10 Kr. gekürzt werden. Das sind erworbene finanzielle Ansprüche, die sich die beteiligten Bediensteten widerspruchslos wegnehmen lassen sollen. Und gerade jetzt soll diese Schädigung erfolgen. Das sieht gerade so aus, daß man mit der einen Hand ein paar Kronen gibt, mit der anderen Hand aber ebensoviele, wenn nicht mehr, nimmt.

Das ist unmöglich, hier müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um diese neuerliche Verschlechterung abzuwehren. Wenn die Generalinspektion schon unter allen Umständen ihre unökonomischen Verfügungen aufrecht erhalten will, wir können sie daran nicht hindern. Sie wird die Früchte ihrer Tätigkeit schon sehen. Aber das Eisenbahnministerium hat die Pflicht, diese Verdienstreduzierung durch Gewährung anderer finanzieller Benefizien auszugleichen. Denn es ist seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß dem Personal Bezüge, und speziell solche finanzieller Natur, nicht weggenommen werden und wenn schon, sie auf andere Art wettzumachen. Dies um so mehr, als die Reduzierung zu einer Zeit erfolgte, wo jeder Heller im Haushalt der Bediensteten unentbehrlich ist und das Personal noch immer nach fühlbaren Verbesserungen lechzt. Die Organisation wird gewiß alles tun, dieses neueste Attentat auf eine ganze Kategorie gebührend abzuwehren. Aber gesagt muß auch werden, daß das Lokomotivpersonal in seiner Gänze alle Ursache hat, sich fester und enger in der Gesamtorganisation zusammenzuschließen, wenn dieselbe in der Lage sein soll, jederzeit erfolgreich in ihrem Interesse zu wirken. Der Generaldirektion raten wir allen Ernstes, mehr aus der Praxis des Eisenbahndienstes zu lernen; es wird ihrem Ansehen nur zuträglich sein. A. M.

Pensionsfonds der Südbahn für Unterbeamte und Diener.

Am 6. Dezember haben die in das Subkomitee gewählten Pensionsfondsausschlußmitglieder neuerdings dem vom Ausschlußmitglied Scherbaum schon vor drei Jahren eingebrachten Antrag auf Nachkauf der provisorischen Dienstjahre beraten und in der am 9. Dezember 1911 stattgefundenen Plenarsitzung wurde der Antrag angenommen und bis zum 1. Juli 1912 durchgeführt.

Das Maximum, was nachgekauft werden kann, beträgt fünf Jahre, das Minimum einen Monat.

Nachgekauft werden kann jede im gesellschaftlichen Dienst zurückgelegte Dienstzeit, ohne Unterschied in welcher Eigenschaft immer, wobei der Grundsatz zu gelten hat, daß von der nachzukaufenden Zeit als Arbeiter zwei Jahre vorher in Abzug gebracht werden.

Der verbleibende Rest kann bis zu fünf Jahren nachgekauft werden.

Wenn zum Beispiel ein Bediensteter vor seiner Aufnahme in den Pensionsfonds sieben Jahre als Arbeiter im gesellschaftlichen Dienst zurückgelegt hat, so kann sich derselbe fünf Jahre nachkaufen, hat ein solcher Bediensteter mehr als sieben Jahre als Arbeiter gedient, so kann sich ein solcher auch nicht mehr als fünf Jahre nachkaufen, weil eben fünf Jahre das Maximum der nachzukaufenden Zeit beträgt. Hat jemand vor seiner Aufnahme in der Fonds sechs Jahre vorher gedient, so kann er sich vier Jahre, bei fünf Jahren drei Jahre, bei vier Jahren zwei Jahre und bei dreijähriger vorhergegangener Dienstzeit als Arbeiter in welcher Eigenschaft immer, ein Jahr nachkaufen.

Als Grundlage zur Berechnung für die nachzukaufenden Beiträge wurde der erste von der Gesellschaft verliehene Jahresgehalt angenommen, von welchem

10 Prozent als Nachzahlung zu leisten sind; dafür entfallen die Zinsen und Zinseszinsen.

Geleistet kann die Nachzahlung entweder auf einmal oder in 60 aufeinanderfolgenden Monatsraten werden.

Alle Unterbeamten und Diener, welche am 1. Jänner 1912 noch im aktiven Dienst stehen, können Gebrauch davon machen.

Weil als der offizielle Einführungsstermin erst der 1. Juli 1912 gedacht ist, und bis zu diesem Zeitpunkt schon wieder eine Anzahl von Bediensteten durch eintretende Pensionierung ausgeschieden wird, so war es auch notwendig, für diese Bediensteten vorzuzorgen, damit selbe nicht zu Schaden kommen. Diesen vorher erwähnten Personen wird daher bei der Pensionsberechnung ihre provisorische Dienstzeit mit in Anrechnung gebracht, wenn selbe bei der Pensionierung darum ansuchen. Die hierfür zu leistenden Nachzahlungsbeiträge werden dann diesen Mitgliedern von der Pension in Abzug gebracht.

Der Nachkauf tritt daher sofort in Kraft, nicht wie die Verwaltung beantragt gehabt hat, erst nach zweijähriger weiterer Mitgliedschaft im Pensionsfonds.

Die Vertreter der Gesellschaft waren der Meinung, daß, wenn die nachgekauft Zeit sofort in Anrechnung gelangt, die alten Unterbeamten und Diener, welche durch den Nachkauf ihre 100 Prozent im Pensionsfonds erreichen, sogleich in Scharen dem Pensionsfonds zufließen und dadurch eine hohe finanzielle Belastung des Fonds herbeigeführt werden könnte.

Nach längerer Wechselrede wurde dieses Argument fallen gelassen und der Standpunkt der gewählten Ausschlußmitglieder, daß der Nachkauf sofort in Anwendung zu kommen habe, wenn Leute, aus welchen Ursachen immer, vor Ablauf der zwei Jahre in den Pensionsstand treten, angenommen.

Diese vorerwähnten Begünstigung werden mehr als 8000 Bedienstete teilhaftig werden; es war daher im Interesse dieser Bediensteten gelegen, diese Reform nicht mehr länger hinauszuschieben, respektive hinausschieben zu lassen.

Nach mehreren Urzügen wurde das erstmalig in der Subkomiteesitzung am 13. Juli darüber verhandelt. Eine Einigung wurde damals nicht erzielt, weil den gewählten Ausschlußmitgliedern einige von den Vertretern der Verwaltung, den Herren Oberinspektor Dr. Domenego und seinem Intimus Dr. Grabschid proponente, Anträge im Interesse der Provisionsfondsmitglieder als unannehmbar erschienen sind.

Das Ausschlußmitglied Scherbaum hatte verlangt, daß die nachzukaufenden Beiträge anstatt 10 nur 8 Prozent betragen sollen, daß man jedoch mindestens allen jenen Pensionsfondsmitgliedern, die seinerzeit im vorgerückten Alter erst definitiv angefaßt worden sind und aus diesem Grunde wegen Altersüberschreitung 2 Prozent vom ersten verliehenen Jahresgehalt nachzahlen müßten, ohne daß hierfür im Sinne des Statuts eine Anrechnung stattfand, diesen Bediensteten anstatt 10 nur 8 Prozent nachzahlen lassen solle und ferner, daß die provisorische Dienstzeit, welche von der nachzukaufenden Zeit in Abzug zu bringen ist, nicht zwei Jahre, sondern nur ein Jahr unberücksichtigt zu bleiben habe und schließlich, daß die Anrechnung der nachgekauften Zeit sofort geschehen solle, nicht aber erst nach weiterer zweijähriger aktiver Dienstzeit.

In der am 19. Juli 1911 stattgefundenen Plenarsitzung wurden diese vorerwähnten Anträge neuerlich eingehend vom Ausschlußmitglied Scherbaum begründet und auf den Generaldirektor Herrn Sektionschef von Weeber einzuwirken versucht, diese harten Bedingungen zu mildern, jedoch ohne Erfolg.

Die Herren als Vertreter der Gesellschaft wollten absolut kein Z-Tüpfelchen nachlassen.

Um mit den Vertretern der Organisation und den gewählten Personalkommissionsmitgliedern in dieser Sache Rücksprache pflegen zu können, wurde der Nachkauf vertagt mit dem Ersuchen, eine neuerliche Sitzung zu diesem Zwecke so bald als möglich einzuberufen.

Diese auf längstens einen Monat angelegte Frist zur neuerlichen Beratung, wurde bis zum Monat Dezember ausgedehnt, und wäre jetzt noch nicht auf die Tagesordnung gekommen, wenn dies nicht mit allem Nachdruck verlangt worden wäre.

Jetzt wissen die Mitglieder des Pensionsinstituts, warum der Antrag in der Zulassung von den gewählten Ausschlußmitgliedern abgelehnt worden ist.

Diese Haltung, zu welcher sich die gewählten Ausschlußmitglieder verpflichtet zu sein glaubten, um für ihre Wähler von der Verwaltung weitere Zugeständnisse zu erringen, wurde von den gegnerischen Vertretern der gelben Vereine und auch von der Südbahnverwaltung dazu benützt, die Ausschlußmitglieder, und insbesondere den Genossen Zugrevisor Scherbaum, bei den Mitgliedern anzuschwärzen und für die Nichtdurchführung des Nachkaufes verantwortlich zu machen.

Der Südbahner bringt in seiner Nr. 19 vom 10. Oktober 1911 einen Bericht über den Südbahnerstag in Klagenfurt, welcher am 1. Oktober stattfand.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete das Personalkommissionsmitglied Burgstaller über eine deputative Vorsprache bei der Generaldirektion, wobei auch über den Nachkauf gesprochen wurde.

Der Herr Burgstaller jagte nach diesem Bericht wörtlich folgendes: „Der Herr Sektionschef war sehr wohlwollend und sagte, jeder müsse zwei provisorische Jahre haben, das übrige könne jeder nachkaufen. Die von uns frei gewählten Ausschlußmitglieder haben sich gegen dieses Zugeständnis aufgelehnt und den Antrag, daß wir die der Verwaltung gedienten Jahre nachkaufen dürfen, abgelehnt. (Psuirufe.)“

Wir werden uns das für die Zukunft merken und mit dem Stimmzettel in der Hand den Beweis erbringen, daß wir nicht gewillt sind, uns von dieser Klasse von Menschen noch weiter frozeln zu lassen.

Dieser Bericht Burgstaller's machte die Runde in allen gegnerischen Blättern, die diese Notiz mit grinsendem Wohlbehagen über die gewählten Ausschlußmitglieder schnapften. Ein jeder rechtlich denkende Bedienstete kann nun ermessen, was diese wahren und schwarzen

Brüder für eine saubere Gesellschaft sind und welche Vernunft und Wahrheitsliebe diesen Leuten innewohnt.

Auch die Verwaltung ist nicht frei von der Schuld zu sprechen. Man hat diesen Tölpeln, welche als Deputation erschienen sind, einfach den wahren Grund, warum die gewählten Ausschussmitglieder den Antrag abgelehnt haben, verschwiegen, und diesen Maulaffen ist es gar nicht eingefallen, hierum zu fragen.

Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß diese Leute in ihrer kolossalen Beschränktheit die Antwort, die sie vom Generaldirektor erhielten, gar nicht richtig verstanden haben; ebenso ist der Gedanke nicht abzuweisen, daß man abfichtlich die Leute der gelben Organisation auf die gewählten Ausschussmitglieder hegen wollte, um letztere für ihre Halsstarrigkeit zu bestrafen, weil sie die von der Verwaltung proponierten Anträge nicht akzeptiert haben.

Alles was die organisierten Vertreter im Interesse ihrer Wähler tun und zu tun gezwungen sind, wird von diesen lügnersischen Südbahnverbänden in das Gegenteil zu verdrehen versucht.

Anfangs dieses Monats sind wieder ein paar solche Leute im Pensionsbureau bei Sr. Excellenz Dr. Domengio erschienen, mit dem Ersuchen, den Nachkauf diesesmal nicht auf die Tagesordnung zu setzen, sondern den neugewählten Pensionsauschussmitgliedern zur Erledigung zu überlassen.

Daß diese Schafsköpfe mit der neuerlichen Verlegung der Verwaltung nur einen Liebesdienst erwiesen hatten, kam denselben wahrscheinlich gar nicht in den Sinn. Durch die energische Einsprache des Ausschussmitgliedes Scherbaum wurden diese Vertreter abgewiesen und der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt, verhandelt und im eingangs erwähnten Sinne beschlossen.

Wenn auch nicht alle vom Ausschussmitglied Scherbaum beantragten Verbesserungen angenommen wurden, so wurde doch der nicht zu unterschätzende Erfolg erzielt, daß jetzt der Nachkauf sofort in Anrechnung gebracht wird bei eventuellem Ausscheiden, während die Bediensteten früher noch unbedingt zwei Jahre hatten im Aktiostand verbleiben müssen, um der Anrechnung teilhaftig zu werden. Die anderen Anträge konnten leider nicht durchgeführt werden, wiewohl nichts unversucht geblieben ist.

Um nicht eine neuerliche Verjährung herbeizuführen, und nachdem jetzt und in Zukunft ein weiteres Zugeständnis nicht zu erwarten war, welches klar und deutlich von den Vertretern der Gesellschaft ausgesprochen wurde, so war die Annahme dringend geboten, damit den Mitgliedern durch die Nichtdurchführung kein Schade erwächst.

Inland.

Nationalverbändlerische Aufrichtigkeit.

Der Beschluß des Abgeordnetenhauses, womit die Regierung aufgefordert wird, für die Durchführung der Forderungen der Eisenbahner 38 Millionen Kronen zu bewilligen, gibt der nationalverbändlerischen Grazer „Tagespost“ Anlaß zu folgender Klage:

„Die Regierung wollte ursprünglich 10 Millionen Kronen im Wege der Betriebsersparungen und Tarifierhöhungen für die Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahnangestellten aufwenden. Ausschuss und Abgeordnetenhause verlangten und beschlossen 38 Millionen Kronen. Die Regierung erklärte nach langwierigen Verhandlungen, über 21 Millionen Kronen nicht hinausgehen zu können und beharrt trotz des Beschlusses des Abgeordnetenhauses auf ihrem Standpunkt. Die Staatsbahnbediensteten haben also auf dem Papier 38 Millionen, in Wirklichkeit jedoch nur 21 Millionen Kronen erhalten, ohne daß sich jemand darum kümmern würde, daß man durch solche Beschlüsse und ihre Ausführungen mit der Zeit zu gänzlich unhaltbaren Zuständen gelangen muß.“

Die „Tagespost“ stellt also die Sache so dar, wie wenn das Abgeordnetenhause einen Fehler begangen hätte, als es sich mit den Forderungen der Staatsbahnbediensteten beschäftigte, sagt sie doch in einem gewissen Zusammenhang mit der Staatsbahnerfrage, daß die in den „Ausschussitzungen aufgewendete Zeit als eine verlorene betrachtet“ werden muß. Und doch wird selbst die „Tagespost“ zugestehen müssen, daß es bei den von der Regierung für die Verbesserungen der Staatsbahnerbezüge ursprünglich in Aussicht gestellten zehn Millionen geblieben wäre, daß sie ihr Angebot nie auf 21 Millionen erhöht hätte, wenn der Ausschuss nicht eingegriffen hätte. Daß diese 21 Millionen für die „Tagespost“ ein unänderliches Diktum sind, ist nicht weiter wunderbar und zeigt nur, in welch guten Händen eine Sache aufgehoben wäre, wenn man sie den Nationalverbändlern allein anvertrauen wollte. Aber die Sozialdemokraten werden schon rechtzeitig dafür sorgen, daß die Herren, die einmal A gesagt haben, auch B sagen müssen wenn sie nicht wollen von aller Welt als Schwindler betrachtet werden.

Zwanzig Millionen mehr für den Militarismus.

Die Unerzähllichkeit des Molochs gewinnt allmählich einen Zug ins Groteske. Noch ist der neue Wehrgesetzentwurf in keinem der beiden Parlamente zur Beratung gezogen und schon taucht wieder der vorausschwebende Schatten einer neuen Militärforderung auf, welche die im Reformentwurf vorgesehenen jährlichen Mehrkosten von 41 Millionen um die Kleinigkeit von zehn bis zwanzig Millionen jährlich steigern soll. Es handelt sich dabei um die „Lösung“ der sogenannten Unteroffiziersfrage. Die Heeresgewaltigen möchten nämlich nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit zirka 30.000 bis 40.000 längerdienende Unteroffiziere haben. Da es aber in Oesterreich bis jetzt so viele Leute nicht gibt, die entweder an den militärischen Freuden so viel Gefallen finden oder sich nicht getrauen, „im Zivill“ ihr Fortkommen zu finden, so hat das Kriegsministerium folgende Vorlage zur Lösung dieser Frage ausgearbeitet: Für länger dienende Unteroffiziere werden Abfertigungen festgesetzt, die nach der neuen Vorlage betreffen sollen: Nach dem vierten Dienstjahr 1000 Kr., nach dem sechsten 2500, nach dem siebenten 2750 und nach dem achten 3000 Kr. Weiter werden wie bei der Kriegsmarine

Stabsunteroffiziere geschaffen werden. Die Kosten der Reform dürften sich auf 15 bis 20 Millionen Kronen belaufen.

Natürlich ist das ein teurer Spaß und die Heeresverwaltung wird daher nicht anstehen, zur Verwirklichung dieses Gesetzes neue Kredite zu fordern, die über das Maß des auf fünf Jahre festgelegten Heeresfinanzprogramms weit hinausgehen. Anfänglich will sie sich mit zehn Millionen Kronen jährlich begnügen; diese Summe soll aber schon in drei bis vier Jahren auf zwanzig Millionen Kronen steigen. Wir brauchen wohl nicht eingehend zu erörtern, warum diese neuen Wünsche des Militarismus unerfüllt bleiben müssen. Die Bevölkerung hat selbst vom Standpunkt der Schlagfertigkeit des Heeres gar kein Interesse an der Erweiterung des Berufssoldnerturns und an der Vermehrung der Suppaken, die erfahrungsgemäß größtenteils nur träge Herumlungerer sind; die Bevölkerung hat im Gegenteil alles Interesse daran, die Zahl dieser Soldner alten Stils, dieser Ueberbleibsel aus der Haslingerzeit, zu verringern. Dazu kommt aber noch, daß diese zehn oder zwanzig Millionen sehr wenig geeignet sind, ihren Zweck zu erfüllen, weil die Abfertigungen, die man aus ihnen gewinnen kann, so geringfügig sind, daß sie wahrhaftig nicht viele Leute zum Längerdienen veranlassen können. Es ist daher kein Zweifel, daß die Militärverwaltung, wenn man ihr diese Summe bewilligt, in absehbarer Zeit ziemliche Millionen mehr für diesen Zweck fordern wird, und es ist natürlich besser, wenn man Millionen ausgeben, die naturgemäß neue Millionenausgaben gebären müssen, lieber gar nicht erst in die Welt setzt.

Das Parlament im Frühjahr.

Am 27. Februar soll das Abgeordnetenhause wieder einberufen werden. Bis dahin sollen einige Ausschüsse arbeiten; so ist der Sozialversicherungsausschuss für den 16. Jänner einberufen. Als ersten Punkt wird der Präsident Dr. Sylvester auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Verhandlung über die noch nicht erledigten Berichte des Teuerungsausschusses (Rattelle und Zwischhandel) stellen. Nach Abolvierung dieses Gegenstandes wird die erste Lesung der Wehrvorlage vorgenommen werden, die etwa eine Woche in Anspruch nehmen dürfte. Einer der folgenden Verhandlungsgegenstände wird dann die Novelle zum Wasserstrafgesetze sein. Die Verhandlung über den Staatsvoranschlag im Ausschuss soll möglichst abgekurzt werden, auch diesbezüglich werden die Parteiführer beraten und hierfür geeignete Vorschläge erstatten. Die Budgetberatung im Ausschuss soll so rasch erfolgen, daß noch vor Ostern auch das Plenum des Hauses es verabschieden kann.

Lokomotivbestellungen für die Staatsbahnen.

Außer den bereits bekannten Wagonanschaffungen per 1912 sind nunmehr auch die definitiven Lokomotivbestellungen der Staatsbahnverwaltung erfolgt, für welchen Zweck 19 Millionen Kronen zur Verfügung stehen. Zur Anschaffung gelangen 175 Lokomotiven. Rechnet man hierzu die Beschaffungskosten von rund 14,5 Millionen Kronen für die definitiv bestellten 1361 Wagen und die weiter aus dem außerordentlichen Kredit zu investierenden zwanzig Millionen für Güterwagen, bezüglich welcher die Schlussbriefe noch auszustellen sind, so ergibt sich, daß per 1912 ein Betrag von 53,5 Millionen Kronen für die Vermehrung des Fahrparks der k. k. Staatsbahnen zur Verwendung gelangt.

Finanzielles von der Buschtiehrader Eisenbahn.

Bei der Buschtiehrader Bahn wird, wie aus Prag gemeldet wird, für das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Plus des Reinertrages von rund 1/4 Millionen gerechnet, von welchen ein Teil den Reserven, ein Teil dem Pensionsfonds zugeführt werden dürfte. Die Aussichten für das nächste Jahr sind insofern günstig, als mit gesteigerten Kohlenverfrachtungen gerechnet wird und aller Voraussicht nach auch die Rübenkampagne keine so ungünstige sein dürfte wie in dem abgelaufenen Geschäftsjahr. Die regere Beschäftigung der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft wird der A-Linie um so mehr zugute kommen, als auch die Abteufung eines neuen Schachtes seitens dieser Gesellschaft Mehrverfrachtungen in Aussicht stellt. In eingeweihten Kreisen wird mit einer „bescheidenen“ Erhöhung der Dividende beider Linien gerechnet.

Ausland.

Neue Streiks in England.

Aus London wird dem Berliner „Vorwärts“ geschrieben: Die Ereignisse des Sommers scheinen sich in Großbritannien wiederholen zu wollen. Ein allgemeiner Bergarbeiterstreik ist nur noch eine Frage der Zeit; alle Tage erwartet man eine Aussperrung in der Textilindustrie; und jetzt fangen im Norden, in der Stadt Dundee, wieder die Streikunruhen an. Der Streik der Fuhrleute und Dockarbeiter in Dundee hat zu heftigen Szenen Anlaß gegeben, deren Ursache in dem Versuch zu erblicken ist, auswärtige Streikbrecher zu verwenden. Die Behörden der Stadt haben Militär verlangt, welches ihnen von der Regierung sofort bewilligt wurde. Augenblicklich liegen 300 Mann Infanterie mit scharf geladenen Gewehren in der Stadt. Die Streikleitung ist der Ansicht, daß die Entsendung des Militärs durch nichts gerechtfertigt werden kann. Sie telegraphierte nach Ankunft der Soldaten sofort an den Minister des Innern und an den Kriegsminister:

Die Anwesenheit des Militärs ist nur dazu angetan, Unruhen anzustiften. Das Streikkomitee garantiert vollständige Ordnung, wenn das Militär zurückgerufen wird.

Die Forderungen der Streikenden sind sehr mächtig. Die Fuhrleute verlangen einen Minimallohn von 23 Schilling die Woche und die Dockarbeiter die Erhöhung des Stundenlohnes von 5 auf 6 Pence. Die kleineren Geschäfte haben die Forderungen fast alle bewilligt, es sträuben sich nur die Eisenbahngesellschaften und

die für diese arbeitenden Fuhrunternehmer. Allmählich ist der Streik zu einem großen Kampfe ausgewachsen. Die Geschäfte in Dundee stehen still. In zahlreichen Fabriken, die keine Kohle oder sonstigen Rohstoffe bekommen können, sind die Arbeiter entlassen worden. Am empfindlichsten wird der Mangel an Kohle empfunden. Die Kohlenfuhrleute haben sich mit ihren Kollegen von den anderen Geschäftszweigen solidarisch erklärt. Die Straßenunruhen entstehen hauptsächlich während der Versuche, Kohlen mit Hilfe importierter Streikbrecher durch die Straßen zu transportieren. In den Zusammenstößen zwischen der Polizei und dem Volke hat es schon mehrere Verwundete gegeben.

Die Gewerkschaften fordern die Streikenden in allen Versammlungen auf, sich nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen. „Wir werden in einer vernünftigen Weise kämpfen“, sagte gestern der Sekretär der Fuhrleute. „Wenn ihr nur die Hände ruhen laßt, so braucht ihr die Zukunft nicht zu fürchten. Wir wollen keine Gewalttätigkeiten. Wir kämpfen nicht für einen auskömmlichen Lohn, sondern für die bloße Existenz. Es ist eine Schande, zu verlangen, daß Männer für 23 Schilling die Woche arbeiten sollen. Wir werden nicht eher zufrieden sein, bis daß die Fuhrleute 30 Schilling die Woche bei achtstündiger Arbeitszeit bekommen.“

Eisenbahnerfragen im oldenburgischen Landtag.

Der oldenburgische Landtag beschäftigte sich in einer Sitzung mit dem Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse. Bei dieser Gelegenheit kam es zu scharfen Auseinandersetzungen über die Löhne der Eisenbahnarbeiter und Fahrbeamten. Die Sozialdemokraten verlangten die Einstellung erhöhter Mittel für eine allgemeine Aufbesserung der Löhne und Gehälter der nicht etatsmäßig angestellten Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen. Nach längerer Beratung wurde zwar dieser Antrag abgelehnt. Aber schließlich wurde ein Antrag angenommen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob und inwieweit eine Aufbesserung der Löhne möglich ist. Der einstimmig angenommene Antrag ist lediglich eine Folge der positiven Tätigkeit der Sozialdemokraten im Landtag.

Ein weißer Rabe.

Bei dem kürzlich stattgefundenen Tarifabschluß zwischen der Firma Maggi-Werke in Singen a. S. (Schweiz) und deren Arbeitern äußerte sich der Leiter des weltbekannten Unternehmens, Herr Maggi, folgendermaßen: „Wir betrachten die Gewerkschaften als die Pioniere des Kulturfortschritts und sind um so mehr geneigt, ihre Bestrebungen zu unterstützen, als wir in ihnen das Mittel der Ordnung der sozialen Frage auf dem Wege der Evolution erblicken. Die Leitung des Maggi-Unternehmens steht nicht auf dem veralteten Standpunkt, absoluter Herr im eigenen Hause sein zu wollen. Wir haben von jeher in unseren Arbeitern und Beamten nicht Maschinen, sondern Mitarbeiter an der gemeinsamen Aufgabe erblickt und das Recht der Persönlichkeit an ihnen geachtet. Auch sind wir willens, den Einfluß der Arbeiterschaft auf den Fabrikbetrieb noch weiter zu stärken.“

Das Wachstum der amerikanischen Eisenbahnerorganisationen.

Von den amerikanischen Eisenbahnergewerkschaften gehören sechs mit zusammen 80.200 Mitgliedern dem amerikanischen Arbeiterbund an. Dieselben hatten folgende Mitgliederanzahl:

	1910	1911
Brotherhood of Railway Carmen (Werksstättenarbeiter)	22.800	26.900
Internat. Assoc. of Carworkers (Werksstättenarbeiter)	5.000	4.600
Brotherhood of Railway Clerks (Bureau-personal)	5.000	5.000
Intern. Brotherhood of Maintenance of Way Employees (Bahnerhaltungsarbeiter)	8.700	10.000
Switchmen's Union of North America (Weichenwärter)	8.000	8.700
Order of Railroad Telegraphers (Telegraphisten)	20.000	25.000
Zusammen	69.500	80.200

Die Mitgliederzunahme dieser sechs Verbände belief sich auf 10.700 oder 15 Prozent. Ein Mitgliederverlust trat nur bei einem der beiden Verbände der Werksstättenarbeiter ein, deren Verschmelzung angestrebt wird.

Bedeutend stärker sind die dem Arbeiterbund fernstehenden Eisenbahnerverbände, insbesondere die vier nachstehend benannten, deren Mitgliederzahl pro 1909 und 1910 bekannt ist. (Die Zahlen für 1911 fehlen noch.)

	1909	1910
Brotherhood of Locomotive Engineers (Lokomotivführer)	57.599	61.568
Brotherhood of Locomotive Firemen (Lokomotivheizer)	63.548	71.388
Order of Railway Conductors (Schaffner)	39.649	42.349
Brotherhood of Railroad Trainmen (Zugbegleiter)	102.718	113.871
Zusammen	263.514	289.176

Die Zunahme betrug 25.662 Mitglieder (oder rund 10 Prozent).

Unbekannt ist die Mitgliederzahl der International Brotherhood of Railroad Employees (146 Ortsgruppen), des Order of Railroad Station Agents (15 Ortsgruppen), der Brotherhood of Railroad Station Employees (15 Ortsgruppen) und der Brotherhood of Railway Signalmen of America (20 Ortsgruppen). Doch sind die eben angeführten Organisationen von nebenständlicher Bedeutung.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Freispruch trotz ungünstigen Gutachtens der Generalinspektion. Bei einer Verurteilung am 24. Juli 1911 auf der Strafe Dmüg-Celechovich wurde der Zugführer Wihelka überfahren und es mußte ihm der Fuß amputiert werden. Das Gutachten der Generalinspektion lautete dahin, daß an diesem Unfall der Beschieder Stoppel und der Oberkondukteur Nowat Schuld tragen. Der erstere deshalb, weil er zwei Wagen auf das Industriegleis abgehoben hatte und absollten ließ, und Nowat, weil er die Beschleunigung mangelhaft beaufsichtigte. Die beiden wurden des Vergehens nach § 337

St. O. angeklagt. Der Verteidiger Dr. Amboos trat dem Gutachten in energischer Weise entgegen, mit der Begründung, daß dasselbe, wie in den meisten Fällen, ohne gehörige Würdigung des konkreten Falles sich nur schulmeisterhaft an den toten Buchstaben der Instruktionen angeschlossen und völlig ignorierte, daß dieselben dem Bediensteten ausdrücklich gebieten, nicht nach dem Buchstaben, sondern nach dem Geiste und Sinne zu handeln. Hierdurch ist jeder Bedienstete nicht bloß ermächtigt, sondern geradezu verpflichtet, in jedem einzelnen Falle selbständig zu prüfen, wie er zum Besten des Dienstes zu handeln habe, und habe danach Verfügungen zu treffen, auch wenn sie gegen den Buchstaben der Instruktionen lauten, sofern sie nur dem Geiste des ordentlichen Dienstes entsprechen. Es wäre höchst unmoralisch und unwürdig, ja geradezu perfid, ihn auf der einen Seite zu verpflichten nach dem Geiste zu handeln, und auf der anderen Seite ihn wegen jeder Nichtübereinstimmung mit dem Buchstaben zu strafen. Der Verteidiger beantragte den Beweis durch Experten des ordentlichen Dienstes, ob die beiden im konkreten Falle vollkommen im Geiste eines ordentlichen Dienstes gehandelt haben.

Der Gerichtshof hat den Beweis zugelassen und bei der nächsten am 14. Dezember stattgefundenen Verhandlung haben die beiden Experten, die Herren Inspektoren Wisgrill und Mayer in ausführlichster Weise bestätigt, daß die Angeklagten im konkreten Falle korrekt zugunsten des ordentlichen Dienstes gehandelt haben. Auch das Abstoßen und Rollenlassen, wiewohl prinzipiell verboten, müsse auf seine Gefährlichkeit in jedem einzelnen Falle geprüft werden. Normal war Signalmann und Zugführer in einer Person. Hierdurch entstehen Pflichtkonflikte, da er als Signalmann seinen Platz nicht verlassen darf und als Zugführer die Verschiebung beaufsichtigen soll. Die Angeklagten haben die Möglichkeit einer Gefahr nicht voraussehen können, gegen dieselben sei nicht einmal das Disziplinarverfahren eingeleitet worden, sei seien an diesem Unfall schuldlos. Aus den vorerwähnten Gründen wurden beide freigesprochen.

Wir machen auf diesen Fall aufmerksam, weil schon die allgemeine Ueberzeugung eingetreten ist, daß die „bekannten Gutachten der Generalinspektion“ nicht immer, ja zumeist nicht auf der Höhe „des Geistes der Instruktionen“ stehen, dagegen aber viele Verurteilungen der besten Diener bei der ordentlichsten Dienstleistung erwirkt haben.

Anfall im Heizhaus Graz. Am 14. September 1911 gegen 3 Uhr morgens hatte der Lokomotivführer Franz Prevalnik in Graz den nach Köflach abgehenden Zug Nr. 653 zu übernehmen. Da die Zeit zur Fahrt aus dem Heizhaus gekommen war, suchte er nach dem Heizmeister, der ihm das Zeichen zur Ausfahrt zu geben und entweder selbst oder durch einen Gehilfen die Weiche vor ihm zu stellen hatte. Da er nun den Heizmeister nicht fand, fuhr er eigenmächtig auf den Bahnhof, wobei sein Heizer Ziffernig vor ihm die Weiche stellte. Kaum hatte Ziffernig die Weiche 172 für Prevalnik gestellt, damit dieser vom Geleise 26 auf Geleise 26a gelange, als plötzlich auf dem Geleise Prevalniks, das hinter der erwähnten Weiche eine scharfe Kurve macht, eine diesem durch eine 4 Meter hohe Kohlenhaube verdeckte Lokomotive, für die der Heizmeister die von Ziffernig umgestellte Weiche gestellt hatte, entgegenkam.

Die Führer der beiden, wiewohl sehr langsam fahrenden Lokomotiven erblickten einander so spät, daß ein Zusammenstoß gerade über der Weiche 172 stattfand, wobei beide Lokomotiven beschädigt wurden und der Heizer durch ein herabfallendes Kohlenstück verletzt wurde.

Lokomotivführer Prevalnik und Heizer Ziffernig hatten sich wegen eigenmächtigen Stellens der Weiche, Prevalnik überdies wegen eigenmächtiger Ausfahrt aus dem Heizhaus ob der Uebertretung nach § 432 St. O. vor dem Bezirksgericht Graz (Bezirksrichter Dr. Wolff) in der Hauptverhandlung am 22. Dezember 1911 zu verantworten.

Prevalnik war durch Dr. Faustik, Substitut des Dr. Leopold Rax aus Wien, Ziffernig durch Doktor Arnold Eisler in Graz verteidigt. Den beiden Angeklagten wurde insbesondere vorgehalten, daß Lokomotivführer Andre, mit dessen Lokomotive der Zusammenstoß erfolgt war, ordnungsmäßig nach eingeholter Erlaubnis des Heizmeisters und vorheriger Stellung der Fahrtrasse durch diesen ausgefahren war.

Die Verteidiger erbrachten jedoch den Nachweis, daß der Anfall des Heizmeisters ein sehr großer und dessen Gehilfe nur ein Vorbeiziger ist, und daß der Heizmeister zur maßgebenden Zeit durch einen Defekt der Drehscheibe in Anspruch genommen war. Das Heizhauspersonal mußte bestätigen, daß infolge Personalmangels sich seit langem der Brauch herausgebildet hatte, daß der Lokomotivführer, wenn der Heizmeister nicht zur Hand ist, zu seiner Abfahrtszeit selbständig abfähre und der Heizer vor ihm die Weiche stelle. Würde dies nicht so praktiziert, so entstünden die größten Verspätungen und der Verkehr könnte überhaupt nicht bewältigt werden. Der Sachverständige Inspektor Lorenz der k. k. Staatsbahnen gab an, daß das Vorgehen der Beschuldigten gegen die für den Heizhausstation Graz geltende lokale Dienstvorschrift verstoße, mußte aber der Verteidigung zubilligen, daß bei dem Personalmangel und der seit Erlassung der Dienstvorschrift entstandenen großen Vermehrung der Lokomotiven und Verstärkung des Verkehrs die Befolgung des Erlasses nicht durchführbar ist.

Der Richter ging daher in Gemäßheit der Anträge der Verteidiger mit einem Freispruch vor.

Streiflichter.

Eine Interpellation wegen Schädigung der Platzmeister und Wagenverkehrsinspizier der Staatsbahnverwaltung. Der Abgeordnete Tomisch hat an den Eisenbahnminister eine Interpellation wegen der beabsichtigten Schädigung von Platzmeistern und Wagenverkehrsinspizier der Direktion für die Linien der St. E. O. im Range, Gehalt und in der Vorrückung gerichtet. Der Tatbestand, der zu der Frage Anlaß gibt, wird in der Interpellation geschildert:

Eine größere Anzahl lange dienender Platzmeister und Wagenverkehrsinspizier der Direktion für die Linien der St. E. O. erhielt vor einigen Tagen folgenden Revers von ihren Dienstvorständen mit dem Auftrag zugeföhrt, ihn sofort zu unterfertigen und abzugeben, in dem sie sich verpflichten, auf jede weitere Vorrückung als Unterbeamte verzichtend, dauernd Diener zu bleiben:

Erklärung

Der Gefertigte (Unterbeamter N. N.) gibt im Sinne des Erlasses des k. k. Eisenbahnministeriums vom 26. Juni 1906, Zahl 61.002/4 ex 1906, beziehungsweise vom 30. August 1911, Zahl 37.720/13, die Erklärung ab, daß er seine Verwendung als (Diener) antreibt, daß er auf das Recht der Zuerkennung des für seine Verwendung als (Unterbeamter) in Betracht kommenden Vorrückungsfristen sowie auf das Recht der dauernden Verwendung auf einem seiner Bedienstetenkategorie entsprechenden Dienstposten verzichtet, und daß er davon Kenntnis habe, daß ihm für den Fall seiner Verwendung als (Diener) seine Zugehörigkeit zur Unterbeamtenkategorie gewahrt bleibt, daß

1. Variante: er jedoch einer weiteren Vorrückung nicht mehr teilhaftig werden kann, da er den Endgehalt eines (Diener) bereits erreicht hat.

2. Variante: jedoch seine Vorrückungsfristen nicht nach seiner Eigenschaft als, sondern nach jener, in welcher er tatsächlich verwendet wird, bestimmt werden, was er für sich als rechtsverbindlich anerkennt.

am 1911.

Unterschrift:

Eine Begründung für diese Zumutung wurde den beteiligten Bediensteten nicht bekanntgegeben.

Dieser Vorgang ist ein Gewaltakt, den nur gewissenloseste Unternehmerrutalität zeitigen kann. Abgesehen davon, daß gar kein Anlaß dazu vorliegt, in rüstigem Mannesalter stehende Bedienstete, denen auf Grund der Bestimmungen der Dienstpragmatik der Staatsbahnen der Verbleib in der Bedienstetenkategorie, welcher sie angehören, die dauernde Verwendung auf einem der Bedienstetenkategorie entsprechenden Dienstposten und die Unberücksichtigung der ihnen nach Maßgabe der Dienstklasse, beziehungsweise Gehaltskategorie, in welcher sie stehen, gebührenden oder zuerkannter ständigen Bezüge gewährleistet ist, von ihren bisherigen Dienstposten in der Unterbeamtenkategorie abzuziehen und sie in eine Verwendungskategorie der Dienergruppe zu überstellen, muß es einfach als eine Erpressung bezeichnet werden, wenn von diesen Bediensteten noch verlangt wird, daß sie mit ihrer Unterschrift bestätigen, daß sie diese Schädigung selbst anstreben. Der Tatbestand der Erpressung ist gegeben, weil die in Betracht kommenden Bediensteten in untergeordnetem Verhältnis zu jenen Personen stehen, die diesen Bediensteten die Reversse mit dem Auftrag übergaben, sie zu unterfertigen und abzulesen.

Diese Verfügung kann und darf nicht aufrecht bleiben, sie muß im Interesse der Rechtsicherheit, im Interesse des ungestörten Betriebes sofort annulliert werden. Wenn diese Verfügung aufrecht bleibt, hat jeder Bedienstete damit zu rechnen, daß es jedem Vorgesetzten jederzeit möglich ist, die dem Personal durch die Dienstpragmatik gewährleisteten Rechte vorzuenthalten. Die Dienstpragmatik ist für jeden einzelnen Bediensteten der Arbeitsvertrag, dem sich auch die Organe der Staatsbahnverwaltung unterzuordnen haben. Geschieht das Gegenteil, wie dieser Fall zeigt, so liegt die Verletzung des Arbeitsvertrages vor. In diesem Falle ist dies schon durch die im Revers zitierten Erlasse des Eisenbahnministeriums geschehen, und dazu kommt das erpresserische Verlangen des Vorgesetzten, die geschädigten Bediensteten sollen erklären, daß sie die Verletzung des Arbeitsvertrages verlangt haben.

Die Gefertigten fragen hiermit den Herrn Eisenbahnminister:

Hat der Herr Eisenbahnminister Kenntnis davon, daß die im obenstehenden Revers zitierten Erlasse Verfügungen des Eisenbahnministeriums sind?

Ist der Herr Eisenbahnminister bereit, sofort zu verfügen, daß diese Erlasse zurückgezogen und die maßgebenden Organe der k. k. Direktion für die Linien der St. E. O. angewiesen werden, die ausgegebenen Reversse ungebraucht einzuziehen?

Die Wahlen in den Pensionsfondsausschuss für Unterbeamte und Diener der Südbahn für die Funktionsperiode 1912/14. Die von der Gewerkschaft aufgestellten Kandidaten wurden mit einer kolossalen Stimmenmajorität gewählt. Die von den vereinigten Südbahnverbänden, Deutschnationalen und Christlichsozialen empfohlenen Kandidaten blieben mit einer lächerlichen Stimmenanzahl in der Minorität. Das Wahlergebnis ist folgendes:

Verkehrsdirektion. Abgegebene Stimmzettel 4832, davon als ungültig erklärt 82, somit gültige Stimmen 4752, leere Stimmzettel 400; zusammen 4352 Stimmen. Hiebon entfielen auf das Ausschussmitglied: 1. Heinrich Scherbaum, Zugrevisor, Wien-Betriebsinspektorat, 3352 Stimmen. Erfahrmänner: 2. Heinrich Ergert, Konduktorzugsführer in Maßleinsdorf, 3303 Stimmen; 3. Karl Schromm, Telegraphenmeister in Weidling, 3168 Stimmen. Die Südbahnverbände z. erhielten: 4. Ferdinand Scherzer, Oberkondukteur in Wien, 653 Stimmen; 5. Silvester Tabcar, Verschieber in Maßleinsdorf, 637 Stimmen; 6. Eduard Stampfl, Kanzleiexpedient, 630 Stimmen.

Maschinendirektion: Eingelangte Stimmzettel 1358, ungültig 45, gültige Stimmen 1313, hiebon leer 70; verbleiben 1243 Stimmen. Hiebon entfielen auf das Ausschussmitglied 1. Franz Radler, Lokomotivführer in Wien, 1215 Stimmen. Erfahrmänner: 2. Karl Grandl, Wagenaufseher in Wien, 1109 Stimmen; 3. Josef Diebler, Lokomotivführer in Wien, 1100 Stimmen.

Vaudirektion: Eingelangte Stimmzettel 1721, als ungültig erklärt 37, gültige Stimmen 1684, hiebon leer 211; zusammen 1473 Stimmen. Hiebon entfielen auf das Ausschussmitglied 1. Franz Herzog, Wächter in Wien (Inzersdorf), 1183 Stimmen. Erfahrmänner: 2. Alois Egger, Bahnrichter, Wien, 908 Stimmen; 3. Ferdinand Herzog, Zentralweichenmeister in Weidling, 819 Stimmen. Die Gegenkandidaten erhielten: Josef Spader, Kanzleiexpedient, 168 Stimmen; Franz Urban, Kanzleidiener, 165 Stimmen; Anton Schareker, Bahnrichter, 50 Stimmen. Uebrige Dienstwege: Eingelangte Stimmzettel 228, ungültig 4, gültig 224, leer 34; verbleiben 190 Stimmen. Hiebon entfielen auf das Ausschussmitglied 1. Thomas Swoboda, Drucker in Wien, 95 Stimmen. Erfahrmänner: 2. Karl Oberleitner, Kanzleidiener in Wien, 84 Stimmen; 3. Karl Dietzsch, Drucker in Wien, 71 Stimmen. Von den Gegenkandidaten erhielten: Richard Beer, Kanzleiexpedient, 53 Stimmen; Alois Schirnböck, Kanzleiexpedient, 49 Stimmen; Johann Bezdeka, Amtsdienner, 39 Stimmen.

Die Pensionsfondsmittglieder werden ersucht, sich in allen Fällen, in welchen sie eine Aufklärung oder Intervention wünschen, sich immer nur an das gewählte Ausschussmitglied der eigenen Wahlguppe zu wenden.

Als Ausschussmitglieder fungieren für die Mitglieder der Verkehrsdirektion: Robert Scherbaum, Zugrevisor in Wien; für die Mitglieder der Maschinendirektion: Franz Radler, Lokomotivführer in Wien; für die Mitglieder der Vaudirektion: Franz Herzog, Wächter in der Haltestelle Inzersdorf; für die Mitglieder der übrigen Dienstwege Thomas Swoboda, Drucker in Wien.

Die Erfahrmänner treten erst dann der Reihenfolge nach in Funktion, wenn das Ausschussmitglied durch Verziehung, Pensionierung oder Tod ausscheidet.

Wahlerfolg der sozialdemokratischen Eisenbahner in der Bukovina. Aus Czernowitz berichtet man uns: Bei den eben beendeten Wahlen für den Provisionsfonds der Staatsbahnen machten die christlichsozialen Verkehrsverbände große Anstrengungen, den Sozialdemokraten im Betriebsleitungsbezirk Czernowitz eine Niederlage zu bereiten. Der Ausfall der Wahlen hat den Gegnern der Sozialdemokratie trotz allen lumpigen Terrors, trotz der Stimmzetteluntererschlagungen z. und trotz des Geschreies in den Herikalen und polnischnationalen Blättern, daß die Ortsgruppe des Verkehrsverbandes in Czernowitz sechshundert Mitglieder hat und sich in stetem Wachsen befindet, eine tüchtige Niederlage gebracht. In diesem Betriebsleitungsbezirk wurden für die sozialdemokratischen Kandidaten 1215 bis 1216 Stimmen, für die christlichsozialen Verkehrsverbände aber bloß 457 Stimmen abgegeben. Dafür werden in den letzten Tagen die Bahnerhaltungsarbeiter von den christlichsozialen Bahnmessern möglichst schlecht behandelt.

Die Remunerationen bei der k. k. Nordwestbahndirektion. In der jetzt abnormal teuren Zeit, in der sich speziell die Familienväter keinen Rat wissen, wie sie die ihren durchbringen sollen, rechnete so mancher der Armen, der seinen schweren Dienst in der besonders arbeitsreichen Herbstzeit zur besten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten versehen, er werde einige Kronen als Lohn der Anerkennung erhalten. Leider war es wieder eine ganze Menge, die sich sehr irrte. So zum Beispiel bekam in der Station Wien von neun Blocksignalbedienern und zwei Wagenführern nicht ein einziger eine Remuneration. Es können doch nicht alle elf Leute übersehen worden sein. Daß man bei Bediensteten mit so elend kleinen Gehältern ihren schweren Dienst gar nicht berücksichtigt — ist doch fast. Ein jeder kleine Geschäftsmann gibt seinen Leuten eine Weihnachts- oder Neujahrsummernation — nur eine k. k. Direktion läßt Verdienst und Notlage unberücksichtigt.

Korrespondenzen.

Wien II (Franz Josefsbahn). Wenn schon lange nicht über das Heizhaus Wien II gesprochen wurde, so hat das seinen Grund darin, weil man abwarten wollte, ob der Herr Oberinspektor Scholtz nicht aus eigenem die schon lange unhabbaren Zustände bei dieser Heizhausleitung einmal verbessern wird. Es hat sich aber gezeigt, daß die Vernunft bei diesem Herrn noch nicht Eingang gefunden hat, denn sonst wäre es nicht möglich, daß er immer nur dem Grundfaß hulbigt: „Gerechtigkeit braucht nicht die Grundlage eines Heizhausleiters zu sein.“

Ein Beweis, für welche Autorität sich der Herr Oberinspektor hält, sei folgendes: Wie bekannt, wurde vom hohen Eisenbahnministerium gemeinsam mit der Personalkommission für die Lokomotivführer der Ranglisten vom 1. Oktober 1908 endgültig festgesetzt. Nun sollte man glauben, daß Bestimmungen, welche von dem Eisenbahnministerium herauskommen, auch die Heizhausleiter verpflichten, sich genauestens darnach zu halten. Doch der Herr Oberinspektor sagt: „Was kümmert mich das Eisenbahnministerium und dessen Bestimmungen, Herr bin ich in meinem Heizhaus und lasse mir daher keine Vorschriften machen“, und sofort wirft er die Bestimmungen beiseite und macht sich einen eigenen Ranglist. Er kann die schöne, gute, alte Zeit nicht vergessen, wo der Dienst durch die Heizhausfläche gegangen ist. Wir wollen nicht annehmen, daß das Eisenbahnministerium es so ruhig hinnehmen wird, daß ein untergeordneter Heizhausleiter das Eisenbahnministerium in Gegenwart des Personals so herunterzehen kann. Wie können die Bediensteten die Bestimmungen des Eisenbahnministeriums ernst nehmen, wenn damit Schindluder getrieben wird.

Wenn der Herr Oberinspektor schon reformieren will, so machen wir einige Vorschläge, und er kann versichert sein, daß er nur Dank und Achtung vom ganzen Personal ernten wird. Ein großes Uebel in Wien II ist das Kohlenessen. Namentlich in der Nacht muß das Personal 3 bis 4 Stunden, sogar die ganze Nacht, bei der Kohle stehen. Um das kümmert sich die Heizhausleitung nicht, denn sie schläft. Ein anderes Uebel ist die Dienstverteilung. Der Turnus wird nur gemacht, um nicht eingehalten zu werden und der löblichen Direktion und der Generalinspektion die Augen auszumischen.

Es ist unglücklich, daß am Tage der höchsten Eisenbahnbehörden solche russische Zustände möglich sind. Weiter wäre es die höchste Zeit, die Maschinen zu reformieren. Sie selber, Herr Oberinspektor, müssen zugeben, daß es seit Jahren nicht soviel Liegenbleiber gegeben hat, als in der letzten Zeit. Das kommt daher, weil Sie, Herr Oberinspektor, entweder nicht die Fähigkeit besitzen, den Ursachen nachzugehen, oder weil Sie in der Sucht nur recht viel Lantienem zu machen, mit den wenigen Maschinen nur drauflos fahren lassen, unbekümmert, ob die Reparaturen behoben werden oder nicht. Wenn bis heute noch nicht mehr liegen geblieben sind und größere Unglücksfälle sich nicht ereignet haben, so haben Sie es nur dem Lokomotivpersonal zu verdanken. Wenn aber einer trotz aller Anstrengung liegen bleibt und die Ursache im Rapportbuch bekanntgibt, dann kommen Sie, Herr Oberinspektor und schreiben Ihre geistreichen Bemerkungen darunter. Sie wissen gar nicht, wie lächerlich Sie sich machen, weil Sie damit nur zeigen, welche Fähigkeiten Sie in Wirklichkeit besitzen. Können Sie sich, Herr Oberinspektor, erinnern, wie Ihnen seinerzeit der Herr Hofrat Rhittel die Anerkennung über das Personal ausgesprochen hat, der gewiß kein Personalfreund war, wie werden Sie da nicht wenig stolz gewesen sein und wie haben Sie das dem ausgegebenden und schlecht bezahlten Personal gebant? Sie, Herr Oberinspektor, wissen es aus eigener Erfahrung, wie schlecht es ist, wenn man an Geldmangel leidet und Sie haben sich um die Verdienste des Personals nicht gekümmert. Der Verdienst ist fortwährend im Sinken begriffen. Wegen andere Heizhäuser ist Wien II immer im Rückstand.

Zum Schluß empfehlen wir dem Herrn Oberinspektor, mit der Reformierung gefälligst bei sich selbst anzufangen. Es muß als eine Schande bezeichnet werden, daß es Vorgesetzte gibt, die glauben, je höher sie im Range sind, desto weniger Bildung brauchen sie zu besitzen. Jeder Mensch weiß, wenn er gegrußt wird, daß es die Höflichkeit fordert zu danken, doch die Höflichkeit und der Herr Oberinspektor sind zwei unajgbare Begriffe. Es fällt uns nicht ein, Ihnen Belehungen zu erteilen, denn in Ihrer Beschaffenheit würden Sie selbst bei einem Meihulmalter nicht imstande sein, das Gefagte zu begreifen. Wir möchten daher das hohe Eisenbahnministerium bitten, wenn es Ordnung und Ruhe unter dem Personal Wien II haben will, dem Herrn Oberinspektor den nach seinen Kenntnissen gebührenden Platz zu geben.

An die Herren Maschinenmeister wollen wir auch einige Worte richten. Wir wissen, daß es unter einem Heizhausleiter, der alle fünf Minuten seine Ansicht ändert und der, wenn es manchmal schief geht, die Maschinenmeister im Stiche läßt, weil er sich selbst nicht auskennt, sehr schwerer Dienst zu machen ist. Aber sie mögen doch nicht verzeihen, daß sie aus dem Lokomotivstand hervorgegangen sind und ihr Dienst sich leichter machen läßt, wenn sie höflich sind und Recht für Recht gelten lassen. Den Herrn Karat müssen wir aufmerksam machen, daß er sich seine Prozeduren gegenüber dem Lokomotivpersonal abgemessen möge, wenn nicht, so müßten wir ihn in seiner wahren Gestalt beleuchten.

Einzig. (Dumheit oder Bosheit?) Der Oberkondukteur Kügel spricht herum, und daß er aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten ist und daß die Sozialdemokraten von

ihm keinen Kreuzer mehr bekommen, weil er in einer christlich-sozialen Versammlung war, in die auch zwei sozialdemokratische Redner gekommen sind und weil sich die Redner beider Parteien während der Versammlung alles mögliche hingelegt haben, nach der Versammlung hätten sich aber die Sozialdemokraten mit den christlichsozialen Rednern ganz gut unterhalten. Diese Versammlung war schon vor drei Jahren und jetzt haniert erst Klügel damit herum. Daß er wegen ihr aus der sozialdemokratischen Partei ausgestreut ist, ist uns früher nie zu Ohren gekommen. Der wahre Sachverhalt ist folgender: Am 19. Mai 1908 hat der Verkehrsband im Hotel „zur Stadt Wien“ eine Zugbegleiterversammlung mit der Tagesordnung einberufen: „Die Lage der Zugbegleiter und deren Forderungen“. Zwei Sozialdemokraten, welche dazumal der Personalkommission angehörten, fühlten sich infolge ihres Mandats in der Personalkommission verpflichtet, in diese Versammlung zu gehen, um eventuelle Wünsche entgegenzunehmen oder gewünschte Anstöße zu geben. Die Debatte hat sich sehr sachlich abgewickelt. Selbstverständlich sind auch Meinungsverschiedenheiten vorgekommen. Nach der Versammlung haben sich die beiden Sozialdemokraten von ihren Kollegen empfohlen und die Versammlung gleich verlassen, so daß von einem Unterhalten keine Rede sein kann. Bei dieser Versammlung war auch Klügel anwesend, was allen aufgefallen ist, weil er träger und auch leiser nie in einer Versammlung gesehen wurde. Wenn Klügel darum in die Versammlung ging, um dort ein Schauspiel zu erleben, so kam er freiwillig nicht aus jener Rechnung. Wenn er glaubt, in einer Versammlung von Dienstkollegen müssen sich die politischen Gegner die Köpfe blutig schlagen, so zeigt das von seinem geringen Anstandesgefühl. Eine Gemeinheit ist es, wenn Klügel jetzt herumjuchzt, er sei wegen dieser Versammlung aus der sozialdemokratischen Partei ausgestreut. Klügel war nie Sozialdemokrat und hat auch die Bestrebungen derselben nie unterstützt. Sagte er doch bei der Reichsratswahl, seine Stimme bekommt nur der Kandidat, der ihm dafür eine Fuhr Ziegel bringt. Wir registrieren das aus dem Grunde, um die anderen Parteien aufmerksam zu machen, wo eine billige Stimme zu kaufen wäre.

Glan. Schmäde dich mit fremden Federn, dachten sich die Führer des Reichsbundes deutscher Eisenbahner und überreichten dem Herrn Stationsvorstand Langgloß zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum einen eleganten Schreibstisch. Es wäre absolut nichts gegen diese „Spende“ einzuwenden, wenn diese „einzelnen Herren“ das Präsent aus Eigenem bezahlt hätten, so aber spielten sie die freigebigen Kavaliere, und dem gesamten Personal, ob Diener oder Arbeiter, wurde bei der Auszahlung am 1. Dezember für den Schreibstisch per Mann 1 Kr. abgezogen. Die „Spende“ verließen sich gar so weit, den Leuten zur Einschüchterung vorzuhalten: wer nichts gibt, wird vorgezerrt! Es wurde auch ein genaues Verzeichnis über jene angelegt, die ihre obneides in Gelden lebende Familie zu den Weihnächten nicht noch um 1 Kr. bringen wollten. Den Mitgliedern des Reichsbundes wurden am 1. Dezember statt der obligaten Krone als Mitgliedsbeitrag ohne Verjährung 2 Kr. abgezogen; Herr Kröner stand mit dem „Gehaltszettelverteiler“ ununterbrochen auf der Lauer, damit jeder, auch derjenige, der nicht Mitglied des Reichsbundes ist, die Krone zum Schreibstisch hergibt. Zum tiefsten Leidwesen mußten diese Herren aber sehen, daß viele trotz der Drohung mit dem „Vormerker“ nichts gaben. Trotzdem ist aber anzunehmen, daß ein schöner Ueberfluß mit dem Abfammeln erzielt wurde. Daß der Herr Vorstand in seiner Freude nicht zu übermütig werde, versehen ihn dieselben nationalen Herren gleichzeitig einen Dämpfer im „Deutschen Eisenbahner“.

Graz. Vom Bahnerhaltungsdienst. Unsere Techniker auf den Eisenbahnen sind wirklich Mordsterke. Etwas auszufalkulieren, wodurch die Bediensteten eine Erleichterung in ihrem Dienstverhältnis herbeigeführt würde, ist für sie entweder ein spanisches Dorf oder eine bewußte Bosheit, um die Leute zu schikanieren. Ein Beispiel von der Südbahnhauptlinie in der Sektion Graz (Südbahn) wird genügen, um eine solche Diensteszuweisung zu demonstrieren. Ein Wächter, der auf Posten 373 zwischen Lebring und Wildon wohnt, muß zwischen Werndorf und Puntigam (also fast in Graz) tagtäglich (mit Ausnahme jeder vierten Nacht) Nachtdienst machen. Er muß also, um auf seinen Dienstposten zu gelangen, von der Strecke zwischen Lebring und Wildon nach Abfahrendorf gehen und umgekehrt nach Vollendung des Dienstes. Ein anderer Wächter, der in Kalsdorf (also auf jener Strecke, wo der Wächter vom Posten 373 Dienst macht) auf Posten 361 wohnt, macht seinen Dienst auf der Strecke bis Lebring. Ist das nicht hinreißend, wenn jener Wächter, der in Kalsdorf wohnt, seinen Dienst auf der Strecke bis Lebring macht und jener, der in Lebring wohnt, den Dienst auf der Strecke in Kalsdorf macht? — Ein anderer Wächter, der auf Posten 366, 363 und 369 Nachtdienst macht, muß wegen seines weiten Weges um 4 Uhr früh auf und büßt daher bei jeder Dienstreise zwei Stunden von seiner Ruhezeit ein.

Wird eine solche Diensteszuweisung aus Unkenntnis gemacht, dann ist das tief traurig; geschieht sie aber, um den armen Teufeln den Dienst zu erschweren, dann ist es ein unverzeihlicher Gewaltakt, der nicht genug verurteilt werden kann. Unter solchen Umständen kann die Südbahn wohl kaum auf ein zufriedenes Personal rechnen, wenn es von den Unterabteilungen in so unqualifizierbarer Weise haranguiert wird.

Mährisch-Odra-Oberfurt. In unserem Heizhaus haben wir einen ehemaligen Seefadetten als angehenden Ingenieur; der in der Meinung ist, daß die Lokomotivführer dalmatinische Rekruten sind. Kürzlich sollte ein Lokomotivführer als Substitut nach Szatowa versetzt werden. Der Führer erklärte, daß er aus Gesundheitsrücksichten den Dienst in Szatowa nicht antreten könne. Auf diese im ruhigen Ton gegebene Antwort brause der Seefadett gewaltig und kommandierte: „Hände aus den Taschen!“ Der Führer hatte kein Verständnis für den militärischen Drill und wurde deswegen von Herrn Černitz, so heißt der begabte Mann, beim Heizhausleiter wegen Nichtbefolgung eines Befehles denunziert. Der Heizhausleiter, Herr Inspektor Schwarz, ließ den Lokomotivführer rufen und erwiderte sich über den genauen Sachverhalt. Dem Führer wurde der Rat erteilt, er solle sich bei seiner vorgesetzten Dienststelle beschweren. Da nun jeder Lokomotivführer genau weiß, was er von dem Resultat einer diesbezüglichen Beschwerde zu erwarten hat, so verzichtet jeder gern auf ein derartig salomonisches Urteil. Wenn auch der Beschwerdeweg nicht betreten wurde, so wird sich das Lokomotivpersonal im Heizhaus Mährisch-Odra-Oberfurt eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen. Dies dem Herrn Stadetten einweisen zur Richtschnur.

Wilflesdorf. Am 20. Oktober stürzte bei Zug 323 ein Reisender ab, wobei er sich verletzte. Der Verletzte wurde vom Personal in das Konduktörzimmer getragen, wo ihm auch die erste Hilfe bis zur Ankunft des Bahnarztes geleistet wurde. Unbegreiflich bei diesem Vorfall war uns das Verhalten des Vorstandes Herrn Wgrta. Als Herr Wgrta bemerkte, daß sich ein Kondukteur bemühte, den Verletzten von Blut und Schmutz zu reinigen, verbot er dem Kondukteur sowie auch dem ebenfalls zur Hilfe bereiteten Assistenten jede weitere Verrichtung. Zu welchem Zweck wird dann eigentlich das Personal über „Die erste Hilfe bei Unglücksfällen“ geschult und geprüft, wenn es im Bedarfsfall auf Befehl des Vorgesetzten jede, auch die geringste Hilfeleistung unterlassen muß? Schon aus rein menschlichen Motiven hätte der Vorstand das Personal in diesem Samariterwerk unterstützen sollen. In dienstlicher Eigenschaft hat Herr Wgrta die Pflicht, alles Zweckdienliche zur ersten Hilfeleistung der

Verunglückten zu veranlassen. In diesem Fall ist das Vorgehen des Herrn Wgrta als Vorstand und Leiter einer größeren Station vollständig unbegreiflich und wäre ein aufertourliches Avancement und Versetzung zur Direktion nur wünschenswert.

Wolfsberg. Der Kondukteur J. Predlich verteilt unter den Bediensteten Beitrittsverpflichtungen, um Mitglieder für eine „Zahlstelle des Verkehrsbandes“ zu finden. Nachdem die meisten Eisenbahner bereits über das segensreiche Wirken des Verkehrsbandes und seiner Hintermänner genau informiert sind, so erhielt Predlich die ausgegebenen Beitrittsverpflichtungen unausgefüllt retour. Herr Predlich ist somit Leiter einer Zahlstelle ohne Mitglieder. Leider ist uns nicht bekannt, ob die Pfarversköhin die Beitrittsverpflichtung ausgefüllt hat. Wir wünschen Herrn Predlich das Beste.

Tetschen. (Oesterreichische Nordwestbahn.) Von dort wird uns geschrieben: Der Bahnmeister Vejoda und der Gebäudemester Felli behandeln und beschimpfen die Arbeiter, daß es ein Skandal ist. Der Bahnmeister beschimpft die Arbeiter: „Esel, Affen, Gimpel“ u. s. w. Der Gebäudemester schikaniert die Leute derart, daß die meisten Arbeiter gleich am ersten Tag vom Brückenbau davonlaufen. Und gerade diese beiden Herren täten besser, wenn sie ihr dienliches Verhalten den Untergebenen gegenüber so einrichten würden, daß die Doffentlichkeit sehr, aber sehr wenig von der Existenz dieser beiden Klumpen erfahren möchte. Den Oberbauarbeitern können wir nur den Beitritt zur Organisation empfehlen, da diese, wie uns die jahrelange Erfahrung gelehrt, schon viele derartige Unzuföhmlichkeiten auf der De. N. W. behoben hat.

Brünn I. (Unser Fahrbegünstigungsrecht.) Jedermann erinnert sich noch des Sturmes der durch unsere Reihen ging, als das k. k. Eisenbahnministerium daran schritt, die dem Personal verbliebenen kümmerlichen Reste des Fahrbegünstigungsrechtes abermals einzuschränken. Damals scheiterte die Durchführung dieser Maßnahmen an dem einmütigen Widerstand der Bediensteten. Man blies zum Rückzug, den man damals noch in Ehren anzutreten vermochte. Das Personal durfte hoffen, daß es fürderhin im ungeschmälernten Besitz seines Fahrbegünstigungsrechtes verbleiben werde. Wie eitel Hoffnungen sein können, das zu beweisen, blieb unserer Stationsleitung vorbehalten.

War es dem allgemaltigen k. k. Eisenbahnministerium nicht gelungen, unser Besitzrecht noch weiter einzuschränken, warum sollte es dem Herrn Inspektor Müller nicht gelingen? Alles geht, wenn man nur den ernststen Willen dazu besitzt! Und ernst muß sein Wille sein: denn sonst hätte er längst von seiner Praxis abgelassen, da ja wiederholt, bald von diesem, bald von jenem Bediensteten, ja sogar von Beamten auf die Unzulässigkeit des Vorgehens der Stationsleitung hingewiesen ward. Auf welche Norm stützt sich eigentlich unsere Stationsleitung, wenn sie den um einen Freifahrtsschein einschreitenden Bediensteten bei gleichzeitiger Gewährung eines Urlaubes die Ausfolgung des Freifahrtsscheines verweigert? Welche Bestimmung bezieht es eigentlich, um einen Freifahrtsschein bittlich gewordenen Bediensteten den Bescheid zu erteilen, „er möge sich eine Personalkarte lösen, wozu wäre die Legitimation da“. In welchem Erlaß wird es von dem Stationsvorstand eigentlich gefordert, einem Bediensteten, welcher den ihm zuteilenden Monatsruhetag zu dem Besuch seiner Eltern benutzen will, dahin zu beschließen, daß für „so wiederholte Fahrten“ Freifahrtsscheine nicht ausgefolgt werden dürfen, vielmehr Regiestarten auf Grund der Legitimationen zu lösen sind? Was ist etwa ein derartiger geheimer Erlaß? Unmöglich! Sonst hätten unsere Kollegen der anderen Stationen — und der Herr Vorstand braucht nicht einmal in die Ferne zu schweifen, die Nordbahnstation liegt ja so nahe da — uns gegenüber nicht den Vorteil voraus, wann immer und ohne Feinden besonderen Wohlwollens einen Freifahrtsschein ausgefolgt zu erhalten, ein Vorteil, der übrigens den uns bekannten, das Fahrbegünstigungsrecht regelnden Bestimmungen, nicht bloß dem Sinn, sondern auch dem Wortlaut nach entspricht! Es sei weiters die Frage gestattet: wie oft kauft sich der Herr Vorstand Personalkarten? Verziert er sich auch auf die uns unbekannteste Vorschrift, der zufolge für wiederholte oder für längere Fahrten die Benutzung von Freifahrtsscheinen (temporären und permanenten) nicht gestattet sei?

Es ist klar, daß durch das willkürliche Vorgehen des Stationsvorstandes eines der eminenten Rechte der Bediensteten unserer Station tangiert wird; ebenso selbstverständlich ist es, daß das Personal mit Recht fordern darf, ungeschmälerter im Besitz der ihm vom Ministerium gewährten Rechte zu bleiben. Diese Forderung wird das Personal mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen wissen.

Pflicht der Personalkommissionsmitglieder wird es sein, unsere Beschwerde zur Kenntnis zu nehmen.

Graz, Südbahn. Wie die Verladefcheinschreiber der Station Graz (Südbahn) behandelt werden, verdient öffentlich kritisiert zu werden, weil offen gestanden werden muß, daß die löbliche Verkehrsdirection gegenüber dem Personal nicht so schäbig vorgehen würde, wenn dieselbe von der Stationsleitung auch richtig unterrichtet und dieselbe ihre Pflicht tun würde. In der Station Graz (Südbahn) befinden sich 38 Verladefcheinschreiber, welche teils in den Kantzeien, teils bei der Güterverladung in den Magazinen und teils als Substituten beschäftigt sind. Die Grazer Stationsleitung weiß, es schon jahrelang ganz genau, daß von diesen Bediensteten eine erhöhte Leistung gefordert werden muß, um den Anforderungen, welche zur Abwicklung des Dienstes nötig sind, gerecht zu werden. Ganz besonders werden diese Schreibkräfte infolge der langen Dienstzeit, welche von früh 7 Uhr bis 9 und 10 Uhr abends und umgekehrt von 1/2 6 und 1/2 8 Uhr früh bis 7 und 8 Uhr abends dauert, ausgenutzt. Die Stationsleitung ist auch überzeugt, daß man diese Arbeiten, die Verladefcheinschreiber versehen, von den Arbeitern ohne weiteres nicht verlangen kann, trotzdem wurden diese Schreiber in den Arbeiterlisten als solche von der Stationsleitung geführt und der Verkehrsdirection nicht bekanntgegeben, damit dieselben bei eventueller Stabilisierung in erster Linie zu berücksichtigen gewesen wären. Sogar im Jahre 1907 wurde eine Reihe von Stations- und Magazinpersonal der Verkehrsdirection seitens der Stationsleitung zur Stabilisierung in Vorschlag gebracht, was auch von der Verwaltung berücksichtigt wurde. Leider auch bei dieser Eingabe wurde auf die geduldig wartenden und zu allen Diensten verwendbaren Verladefcheinschreibern von allen Abteilungsvorständen samt dem Herrn Stationsvorstand ganz und gar vergessen, so daß die Verkehrsdirection glauben mußte, die Station Graz (Südbahn) hat keine Verladefcheinschreiber! Die meiste Schuld daran, daß dieser Kategorie heute ein jedes Vorwärtskommen so erschwert ist, trägt lediglich nur die Stationsleitung, weil selbe bei Neuansetzung der Kategorie Magazinbediener mußte, daß von den Verladefcheinschreibern die gleiche, wenn schon nicht eine Mehrdienstleistung verlangt wird, als von den erstgenannten und trotzdem verschmeigt sie alle die Schreiber, um nur bei der löblichen Verkehrsdirection Liebling zu bleiben. Auch wußte die Stationsleitung, daß vorwiegend bisnun aus der Verladefcheinschreiberkategorie andere Kategorien hervorgegangen sind, wie Magazins- und Stationsaufseher, Kanzleierpedienten, welche letztere zu Beamten ernannt werden. Nunmehr haben die Verladefcheinschreiber den Anspruch auf eine überaus lange Dienstleistung, fordern jedoch auch die

Rechte, welche diesen Kategorien zustehen, dann antwortet man ihnen: für euch ist nur die Arbeit maßgebend, nicht aber der Anspruch für diese Arbeit.

Versammlungsberichte.

Pragerhof. Am 13. Dezember referierte hier in einer gut besuchten Versammlung Genosse Biedin über „Die Zeuerung und die Forderungen der Eisenbahner“.

Leoben. Die Ortsgruppe hielt am 19. Dezember eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Genosse Sternath sprach über die Zustände der Regierung und das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Genosse Pircher berichtete über die Einföhrung der Hinterbliebenenunterstützung. Beide Redner ernteten reichen Beifall.

Huzmarkt. Den 17. Dezember fand in Frauendorf eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Pirler über die Lohnbewegung der Eisenbahner referierte.

Proßnitz. Den 15. Dezember fand hier eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Koranda über die Forderungen des Eisenbahnpersonals referierte.

Aus den Organisationen.

Szendorf. (Lokalveränderung.) Das Vereinslokal befindet sich ab 1. Jänner im Gasthause des Herrn Franz Haindl, XII. Gegendorferstraße 130, Ede Rosenhügelstraße. Die Mitglieder werden ersucht, die Versammlungen und Vereinsabende zahlreicher zu besuchen und eventuelle Rückstände der Monatsbeiträge zu begleichen. Bibliotheksbücher sind beifüg Revijion zurückzugeben.

Gänserndorf. Bei der am 8. Dezember abgehaltenen Generalversammlung wurde Genosse Galle zum Obmann gewählt. Genosse Weider brachte ein mit Beifall aufgenommenes Referat über die Hinterbliebenenunterstützung.

Oderfurt. Am 14. Dezember veranstaltete die Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung, in welcher Genosse Gilg über die Hinterbliebenenunterstützung referierte.

Am 15. Dezember fand hier eine Werkstättenversammlung statt, die massenhaft besucht war. Genosse Weider berichtete über die Forderungen der Werkstättenarbeiter und über die Vorschläge bei der k. k. Nordbahndirection.

Verschiedenes.

Unterparole.

Wechsel tut den Menschen haben,
Sättigung wird leicht fatal,
Hunger, den die andern haben,
Würzt am besten mir das Mahl.

Alles ist auf Gottes Erde
Ja vortrefflich eingeteilt,
Daß der eine fröhlich werde,
Niemt sich's, daß der andere heult.

Freßt Kaldaunen, faule Fische,
Trocken Brot und sonst noch was,
Ich verweil' tieg zu Lische,
Sawing' die Gabel, heb' das Glas.

Kömt' ich wohl im Vollen schwelgen,
Gottlichem Gebor gemäß,
Wenn samt seinen schmutzigen Wälgeln
Satt sich auch der Pöbel fräß?

Kömt' ich wohl den Unterhintern
In dem prallen Hofensaß
Unvermindert überwintern,
Wenn nicht hungerte das Paß?

Franz.

Die Kirche hat einen guten Wagen.... Die Nachfolger des Magareners, der nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte, versehen vortrefflich, den Wert irdischer Güter zu schätzen. Und wenn sie auch predigen, daß es leichter sei, das ein Kamel durch ein Nadelöhr zu gehen, ehe denn ein Reicher in den Himmel komme, so ist doch offenbar den Frommen geistlicher wie weltlicher Couleur die irdische Glückseligkeit angenehmer, als der trostliche Wechsel auf eine ungewisse Zukunft. Wie die Kirche und ihre Fürsten die Anhäufung von Schätzen, die Wotten und Kost zerstreuen, so ihrer Lebensaufgabe machen, erweist wieder einmal eine Statistik, die sich auf die katholische Kirche in Oesterreich bezieht. Darnach hat sich das Kirchengeldvermögen von 5985 Millionen Kronen im Jahre 1880 auf über eine Milliarde Kronen im Jahre 1909 vermehrt. Wohlgemert ist das nur das offizielle Vermögen der katholischen Kirche in Oesterreich. Die großen Kirchenfürsten haben daneben noch ein riesiges Privatvermögen, sind Großagrarien vom reinsten Wasser. So bezieht der Bischof von Olmütz ein jährliches Einkommen von etwa vier Millionen Kronen, sein Grundbesitz beträgt 50.000 Sektar an Feldern, Wiesen und Wäldern. Auch der Bischof von Prag gehört mit „nur“ 40.000 Sektar Grundeigentum immer noch zur notleidenden Landwirtschaft.

Ewig wahr bleibt das Wort des Altmeisters Goethe: „Die Kirche allein, meine lieben Frauen, kann ungerechtes Gut verdammen!“

Literatur

Handelspolitik und Sozialdemokratie. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen von Karl Kautsky. Zweite umgearbeitete Auflage. Preis 1 Mk., gebunden Mk. 1.50. Vereinsausgabe 60 Pf. Die erste Auflage dieser Schrift ist seit längerer Zeit vergriffen.

Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis gebunden 2 Mk.

Handlungsgehilfen, technische Angestellte und Reichstagswahl. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 15 Pf. Eine Broschüre, die den Privatangestellten zeigt, daß ihre Interessen wie die aller Arbeitenden nur durch die Sozialdemokratie wahrgenommen werden. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Eine Antwort von K. Kautsky. Zweite umgearbeitete Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Diese Schrift erschien erstmalig im Jahre 1903 als Antwort auf eine Broschüre eines Herrn S. Bürger, die von freisinniger Seite in großen Massen zur Agitation gegen die Sozialdemokratie verbreitet wurde.

Die Marokkofrise vor dem Reichstag. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Die englische Gefahr und das deutsche Volk. Von Eduard Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis: Vereinsausgabe 30 Pf.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 12. Heft des 80. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Noch lange nicht genug! — Die Strafrechtswissenschaft gegen die Arbeiterklasse. Von Siegfried Weinberg. — Die Viehzucht in den landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetrieben. Von Jakob Witzel. — Zur Statistik der Reichstagswahlen. Von G. — Literarische Rundschau: N. Matthieu. Die Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis zum modernen Kulturproblem. Paul Kampffmeyer. Weltanschauung und Sozialdemokratie. Dr. F. Liffchitz. Was ist Anarchismus? Von G. Erdstein. — Zeitschriftenchau.

Zeitschriften der „Neuen Zeit“ Nr. 46: Pariser Museen. Von John Schitowski. Der Klassenkampf auf der Bühne. Von Julie Romm. — Bücherchau: Otto Bauer, Geschichte Oesterreichs. W. E. Biermann, Karl Georg Winkelblech (Karl Marx). August E. Mayer, El Greco. Parceval Gibbon. Was Frau Grobelaar erzählt. Karl Petersen, Sonnenblende. Cervantes, Don Quixotte.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preis von Mk. 3.25 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Mitteilungen der Zentrale.

Zentralauschussung am 18. Dezember 1911. Gemeinsame Sitzung mit den gewählten Vorstandsmitgliedern der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt zwecks Beratung über die vorliegenden Offerte für Anstellungen in der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt. — Diskussion über die seitens des Eisenbahnministeriums geplanten Beschränkungen der Fahrtbegünstigungen und Fassung eines diesbezüglichen Beschlusses.

Bekanntmachung der Administration.

Zur Erstellung der Statistik für das Jahr 1911 wurden bereits an sämtliche Ortsgruppen, respektive Zahlstellenleitungen Formulare zugeföhrt, in welchen der Mitgliederstand nach Kategorien und, wo mehrere Bahnen in Betracht kommen, auch nach Bahnen aufzuführen sein wird. Die verstaatlichte De. N. W. V., St. E. G., Nordbahn und B. N. W. sind, so wie bisher, getrennt anzuföhren.

Dieser statistische Vogen ist spätestens bis zum 10. Jänner 1912 an die Zentrale einzuföhren.

Sprechsaal. Offene Anfragen.

An die k. k. Nordwestbahndirektion in Wien.

Die Oberbauarbeiter der Station Trautenau, Sektion I, erlauben sich an eine hohe Direktion die Anfrage zu stellen, warum dieselben in den Wintermonaten bis 5 Uhr abends auf die Lohnauszahlung warten müssen, nachdem um 4 Uhr Arbeitschluss ist? Um Abhilfe wird gebeten.

An die k. k. Staatsbahndirektion für die Linien der Staatseisenbahngesellschaft in Wien.

Der Stationsvorstand Richter von Wolkersdorf läßt den Bediensteten die Kohle anstatt nach Gewichte nach Maß abfassen, wobei die Bediensteten oft verkürzt werden. Ist damit die löbliche Direktion einverstanden und ist sie bereit, dies abzustellen?

An die k. k. Nordwestbahndirektion in Wien.

Ist es einer löblichen Direktion bekannt, daß in der k. k. Bahnerhaltungssektion die Oberbauarbeiter in der Strecke Floridsdorf-Langengraben schlechter behandelt werden als in den übrigen Strecken? Nicht nur, daß sie der Bahnmeister Mida bei jedem Anlaß auf das äußerste ausnützt, müssen sie an Sonn- und Feiertagen um eine halbe, beziehungsweise um eine ganze Stunde länger arbeiten, ohne mehr Entlohnung zu erhalten. Alle Interventionen beim Bahnmeister und beim Bahnerhaltungsvorstand blieben seit drei Monaten ohne Erfolg, weshalb die Bitte an die Direktion gerichtet wird, hier gleiches Maß für alle Oberbauarbeiter einzuföhren.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Steinbrunn. Die Generalversammlung findet am 7. Jänner statt. Da über die Einführung der Hinterbliebenenunterstützung beraten wird, so ist vollständiges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Weiskirchlich. Es diene den Genossen zur Kenntnis, daß Sonntag den 7. Jänner 1912, Punkt 7 Uhr abends, im Vereinslokal die Monatsversammlung abgehalten wird, in welcher Genosse Grünzner über die Forderungen der Eisenbahner sprechen wird. Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Genossen, pünktlich und bestimmt zu erscheinen und die Frau mitzubringen.

Ortsgruppe Mistel. Die Generalversammlung wird am 15. Jänner, um 8 Uhr abends, in der Prohninger Bierhalle in Mistel abgehalten. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Komotau. Die Generalversammlung findet am 14. Jänner, um 1/2 Uhr nachmittags, im Gasthaus des Herrn Franz Dill in Oberdorf statt. Da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, so ist es Pflicht aller dienstfreien Mitglieder, die Versammlung zu besuchen.

Ortsgruppe Böhmisches-Leipa. Jene Mitglieder, welche dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, werden aufgefordert, die im „Eisenbahner“ befindlichen Beitrittserklärungen auszuföhren und umgehend an den Hauptkassier abzugeben. Gleichzeitig werden jene Mitglieder, die sich mit den Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, ersucht, ehestens nachzuzahlen, da sonst Schritte nach den Statuten vorgegangen wird.

Ortsgruppe Gmünd. Die Generalversammlung wird Sonntag den 14. Jänner, um 1 Uhr nachmittags, in den Lokalen des Herrn Karl Haid in Unter-Bieland abgehalten. Sämtliche Mitglieder werden aufgefordert, zu dieser wichtigen Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Ortsgruppe Krems a. d. Donau. Die Generalversammlung findet am 6. Jänner, um 9 Uhr vormittags, in Hubers Gartenhof statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden sämtliche dienstfreie Kollegen ersucht, bestimmt und pünktlich zu dieser Versammlung zu kommen.

Ortsgruppe Trautenau. Es wird den geehrten Mitgliedern zur Kenntnis gebracht, daß die dritte Quartalsversammlung am 6. Jänner 1912, nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus „zum Deutschen Reich“ am Kreuzplatz stattfindet. Dafür entfällt am 1. Jänner 1912 die Monatsversammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Ortsgruppe Schrettenstein. Die Mitglieder werden ersucht, die Interimslisten und Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Kassier abzugeben. Zugleich wird auf die reichhaltige Bibliothek aufmerksam gemacht, die wiederum eine weitere Ergänzung von 150 Bänden erhalten hat. Bibliotheksausgabe jeden Mittwoch von 7 bis 9 Uhr abends im Vereinsheim.

Ortsgruppe Knaden-Brunnersdorf. Es wird den Mitgliedern hiermit zur gefälligen Kenntnis gebracht, daß am 7. Jänner 1912, um 1/3 Uhr nachmittags, im Gasthaus „Zur Linde“ in Brunnersdorf die Generalversammlung stattfindet. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlung ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Ortsgruppe Teplitz. Die Monatsversammlung mit Vortrag findet am 7. Jänner, um 8 Uhr abends, statt. Sämtliche dienstfreien Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung zu kommen und die Mitgliedsbücher behufs Abstempelung mitzubringen.

Ortsgruppe Oberlentendorf. Die Generalversammlung wird am 7. Jänner um 2 Uhr nachmittags im Vereinslokal abgehalten. Die Mitglieder wollen sich zahlreich beteiligen.

Ortsgruppe Rudig. Die Generalversammlung wird am 7. Jänner um 4 Uhr nachmittags im Vereinslokal „Morgenstern“ abgehalten. Da über die Einführung der Hinterbliebenenunterstützung verhandelt wird, so ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Hainfeld. Die Generalversammlung findet am 14. Jänner um 4 Uhr nachmittags im Pechmeiers Gasthaus in Hainfeld statt. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Jägerndorf. Die Ortsgruppe hält am 6. Jänner um halb 2 Uhr nachmittags im Arbeiterheim die Generalversammlung mit Vortrag ab. Da wichtige Fragen zu behandeln sind, so wird Massenbesuch erwartet.

Ortsgruppe Marburg II. Dienstag den 9. Jänner um 8 Uhr abends, findet in Brochs Gasthaus die Generalversammlung statt. Referent Genosse Rudolf Müller. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Zahlstelle Töppeles. Am 6. Jänner um 9 Uhr vormittags, hält die Zahlstelle in Heinrichs Gasthaus in Töppeles die ordentliche Generalversammlung ab. Sämtliche dienstfreien Kollegen sind freundlich eingeladen. Gäste willkommen. Ferner werden jene Mitglieder, welche dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, ersucht, die Beitrittserklärung auszuföhren und an den Kassier der Zahlstelle abzugeben. Die referierenden Mitglieder werden auf den § 9 der Statuten aufmerksam gemacht.

Ortsgruppe Krems a. d. Donau. Die Mitglieder werden aufgefordert ihre Interimslisten und Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Hauptkassier abzugeben. Jene Mitglieder, die dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, wollen die Beitrittserklärung genau ausfüllen und bis längstens 30. Jänner 1912 an Genossen Dürauer einbringen.

Ortsgruppe Mährisch-Schönberg. Die Ortsgruppe hält Sonntag den 7. Jänner, um 1/2 Uhr nachmittags, im Arbeiterheim, Bismarckstraße 20, ihre Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung ab. Nach Schluß der Generalversammlung gemütliche Unterhaltung. Musik der Eisenbahnerkapelle. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Inhalt der Nummer 36 vom 20. Dezember 1911.

Artikel: Die Aktion für die Eisenbahner im Parlament. Die Konferenz des Aktionskomitees. Große Massenfundgebungen der Wiener Eisenbahner. Klassenkampf und Tageskampf II. Lehrreiche Erscheinungen. Der Pionier der Professionisten. Ein typisches Beispiel. Die Manipulantenfrage bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen.

Inland: Eine Million Staatsschulden auf einen Tag. Nur kein argentinisches Fleisch. Die Feuerung und die Nationalverbände. Zur Frage der Verstaatlichung der Aufzug- und Buchtiehrader Eisenbahn. Wie deutsch-nationale Arbeiterorganisationen entstehen. Vom Schicksal der österreichischen Eisenbahnen. Die Schwindelpolitik des Nationalverbandes. Das ist der Nationalverband, stimmt an das Lied der Nieder!

Ausland: Politische Verfolgungen von reichsdeutschen Eisenbahnern. Von der ungarischen Staatsbahnkorruption. Die Berliner Metallarbeiterausperrung beendet. Englische Pinfektions. Beilegung der englischen Eisenbahnerbewegung. Gewerkschaftskämpfe in Amerika. Eisenbahnerbewegungen im Ausland. Die Steigerung der amerikanischen Eisenbahnerlöhne im Jahre 1910-11.

Aus dem Gerichts-saal: Entschädigungsklage eines verunglückten Eisenbahners. Vom Schiedsgericht der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt. Falkenau an der Eger. Der Ausgang der Ehrenbeleidigungsklage des früheren Obmannes des Professionistenvereines gegen den Kassier dieses Vereines.

Streiflichter: Mit was für Geisteskraft Eisenbahner gefüttert werden. Wie sich ein Nationalverbänder gegen Eisenbahner benimmt. Eine deutsch-nationale Wahlmiederlage. Die Zustände auf der k. k. Nordbahn, Wien-Westbahnhof. Ein Dienstbefehl der Betriebsleitung Czernowit. Eisenbahnunfall auf der Nordwestbahn.

Korrespondenzen: Rudig, Gratwein, Graz, Falkenau-Hillemühl, Kolbnig-Penf, Saalfelden, Bettau, Ahlitz, Falkenau a. d. E., Jnsbruck II, Mariental, Bischofshofen. **Versammlungsberichte:** Jägerndorf, Wien-Penzing, Friedland, Olmütz, Krems, Wisleinsdorf, Marburg II.

Aus den Organisationen: Czernowit, Marburg II, Jnsbruck II, Wenz-Bisef, Auffer. **Eisenbahnhygiene:** Schlafwagen und Tuberkulose.

Technisches: Eine epochemachende Erfindung auf dem Gebiete des Eisenbahnsystems. Eine bedeutsame Neuerung im Eisenbahnsicherungsdienst.

Verschiedenes: Das Lied vom Drohnenkönig. **Literatur:** Neues Buch der Jugend. In freien Stunden.

Beitrittserklärung: **Mitteilungen der Zentrale:** Zentralauschussung. **Eisenbahnerkalender und Kalendaraulejarski.**

Bekanntmachung der Administration. **Sprechsaal:** Wächter und Blocksignaldienner des Direktionsbezirktes Jnsbruck. Vertrauensmänner der Wiener Bahnerhaltungsarbeiter.

Offene Anfragen: An die Verkehrsdirktion der Südbahn. **Freie Eisenbahnerversammlungen:** Bahnrichterversammlung Rifen.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein: Reumitren. Meidling Ober-Gerspit. Attnang. Wiener-Neustadt. Brüx. Saalfelden. Michael. Amstetten. Marburg I. Prohnik. Hauptzollamt. Bischofshofen. Mallniz. Turnau. Salzburg II.

Briefkasten der Redaktion.
W. N. St. Weit an der Glau. Sie rufen am 1. Jänner 1912 vor, da Sie zu jenen Dienern gehören, die vor 1909 angestellt worden sind und bis zu dem Zeitpunkte die 1100 Kr. noch nicht erreicht hatten. — An mehrere Einsender. Da der Raum der vorliegenden Nummer des „Eisenbahner“ vorwiegend zur Besprechung und Veröffentlichung der Angelegenheiten verwendet werden mußte, konnte diesmal eine Reihe von Einsendungen nicht untergebracht werden. — Brunnersdorf. Der Landbriefträger ist zur Zustellung der Postfächer verpflichtet. — G. S., Gühberg. Es würde sich in Angelegenheit Ihres Vaters empfehlen, ein Besuch an die Staatsbahndirektion Prag zu machen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.	Inserate	Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.
---	-----------------	---

Viel Glück zum Neuen Jahr!
wünscht seinen geehrten Kunden
M. EISENHAMMER
Inhaber der prot. Firma
Fünfhäuser Möbelniederlage
WIEN
XV. Bezirk, Mariahilferstrasse 142.

Männerkrank-
heiten und Nervenschwäche“ von Spezialarzt Dr. Humler. Neuheit! Leichter Ratgeber und Beweiser zur Beseitigung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarkserkrankung, Geschlechtsnervenzerstörung, Folgen nervenrunder Leiden, Kräfte und aller sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches von geradem, unerschütterlichem gesundheitlichem Nutzen. Der Gesunde lernt sich vor Krankheit und Sichtung zu schützen, der bereits Leidende aber lernt den sichersten Weg zu seiner Heilung kennen. Viele interessante, belehrende Abbildungen. Für Kr. 1.00 in Briefmarken franko von Dr. med. Humler, Genf 881 (Schweiz).

Eidewolle
Dieses vorzügliche nicht einlaufende Strickgarn liefert auch an Private zollfrei
Wollgarnspinnerei
Heinrich Köster
Rendsburg 20, Eider.
Katalog gratis. Muster franko.

Sauerkraut
100 Kilogramm 18 K, Gurken etc. etc. offeriert
Anton K. Linek in Znaim.

Uhren
(in eigener Werkstätte reguliert und repariert, daher streng verlässlich und genau funktionierend.)
Gold-, Silber- u. optische Waren
in neuen, sorgfältig gewählten Modellen erhalten Sie unter weitestgehenden Garantien gegen
mässige Teilzahlungen im Teilzahlungshause
Max Eckstein
handelsgerichtl. protok. Uhrmacher
Wien I, Wildpretmarkt 5
I. Stock (im eigenen Hause). 14
Verlangen Sie meine reich illustrierte Preisliste.

Erklärung.
Der Gefertigte, Josef Zormann, Kondukteur in Wöllan, erklärt, daß die gegen Franz List jun., Sohn des Franz List, Oberkondukteurs in Wöllan, erhobenen Beschuldigungen seinerseits auf unrichtigen Informationen beruhen, und bittet wegen der von ihm erstatteten Anzeige um Entschuldigung.
E. Zormann, Dezember 1911.
Josef Zormann.

Ein herzliches Prosit Neujahr!
unserem alten treuen Mitglied Genossen Josef Windhamer anlässlich seiner Versetzung nach Bestendorf. Wäge selber dort ebenfalls so fest und entschlossen allezeit für die Interessen unserer Organisation eintreten.
Wärzuzschlag, Dezember 1911.
Ludwig Beer,
Lokomotivführer samt Frau.

Achtung! Eisenbahner, Kollegen!
Genosse Wilhelm Greyleder gibt bekannt, daß er seinen Eigenbauwien in Perchtoldsdorf bei Wien, Walzengasse 5, vom 24. Dezember 1911 bis 8. Jänner 1912 dortselbst zum Ausschank bringt.
Wilhelm Greyleder.

Lebendes Geflügel
liefert unter Garantie lebender Vorkauf franko jeder Bahnstation und zwar
12 Stück große fette **Niesen-Gänse** Str. 25.—
6 „ „ **Niesen-Gänse** „ 28.—
12 „ „ **Suppenhühner** „ 23.—
franko per Nachnahme J. Mager, Szalat, Oesterreich.

Ihre Gesundheit, erhalten Sie, Ihre Schwäche und Schmerzen verschwinden, Ihre Augen, Nerven, Muskeln, Sehnen werden kräftig. Ihr Schlaf gesund, Ihr allgemeines Wohlbefinden stellt sich wieder ein, wenn Sie den echten **Feller's Fluid m. d. M. „Eisfluid“** benützen. **Probedukend 5 Kronen franko. Erzeuger nur Apotheker E. B. Feller in Stubica, Esaplak Nr. 191 (Kroatien).**

Ohne Anzahlung gegen Monatsraten

Illustr. Preiskataloge gratis und franko.

Uhren Gold-, Silber- und Alpakasilberwaren
Grammophone
Theater- u. Reisebrillen

Auf Verlangen: Auswahlsendungen.

nur erstklassige

Adolf Jirka, Uhrmacher und Juwelier, Krumau a. d. Moldau.

Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf!

Von Verlangern eleganteste Bergenzüge von K 14,-, Mitter von K 10,-, Bodenröcke, Bettdecken von K 8,50, Wolldecken von K 4,- aufwärts, von feiner Herren-, Damen- und Kinderwäsche, fertige Bettwäsche, weiß oder farbig, nur K 5,-, Leintücher K 1,50, schwere Bettzeuge, Damastgrübel, Bettuch, Seinen, Chiffone, Angine, per Ernt nur K 9,50, Handtücher, Tischtücher, Vorhänge K 3,-. **Garantirt nur gebrauchte Ware, alles erkanntlich billig.** Einzige in Wien nur bei **Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.**

Tuch Kleiderhandlung, per Anzug K 3,-, Provinzverband reell per Nachnahme.

MÖBEL

Anruf an die Herren Eisenbahner!

Wiens beste und billigste Einkaufsquelle ist die Eisenbahnerkreise altbekannt, o langjährig bestehende o

Fünfhäuser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142

Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142

(neben der Löwendrogerie Schawerda)

politierte Zimmererleistungen à Nr. 130, 150, 170, 210 u. 240. Küchenleistungen von Nr. 34 aufwärts. - Komplette Schlaf- und Speisezimmer von Nr. 240. - Moderne Kücheneinrichtungen, arm, weis, grün, à Nr. 70. - Patentbetten von Nr. 9- und Matrassen, dreiteilig von Nr. 12- aufwärts. - Ein eine Gegenstände billigst in großer Auswahl. Kleiner Preisvertrieb für die Provinz gratis. Großer Web-Katalog gegen 60 Heller Briefmarken franko.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswahl.

Sutuhrt in allen Bahnhöfen und Bezirken Wiens kostenfrei.

Warnung! Um meine J. E. Kunden vor Schaden durch Fälschung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma **Fünfhäuser Möbelniederlage**, da eine Konkurrenz mein Datumnummer als Preis misbraucht, um meine p. h. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die getriebene Tafeln vor dem Geschäftsort.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke **„Eisenbahnerdepot“** in Lebensgröße in meinem Schaufenster sehen.

Werner Herr!

Erlaube mir Ihnen mitzutheilen, daß die Möbel, welche am 23. v. M. hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre solide und reelle Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Ludwig Stadler
Büchlermeister in Zaafelden.

Die „Patent-Korkkappe“

ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.

K. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken

Wilhelm Beck & Söhne

Zentrale: Wien, VIII. Langegasse Nr. 1.
Fabrik: Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Wem daran liegt

mit dreijähriger schriftlicher Garantie eine moderne Sprechmaschine mit oder ohne Trichter ohne Anzahlung

nur unter Zahlung der ersten Monatsrate zu erhalten, ebenso auch Platten allein ohne Apparat zu selben Bedingungen, wende sich an die einzige Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs

Leop. Kimpink

Wien VII, Kaiserstrasse Nr. 65.

Billigste Fabrikassapreise ohne Konkurrenz. Reparaturen sachmännisch billigst. Kein Gassenläden. Vorführung ohne Kaufzwang in der Fabrik. - Katalog 100 gratis.

Beste billigste Bezugsquelle!

Bettfedern, Daunenn

JOSEF BLAHUT
DESCHENITZ

1 Kilo neue, graue, geschlossene Bettfedern K 2,-, bessere K 2,40, halbweisse K 2,80, weiße K 3,-, bessere K 3,40, Herrschaftsweisse, schnee-weiß K 3,80, Daunenn, grau K 6,-, 7,- und 8,-, Daunenn, weiß K 10,-, Brustbaum K 12,-, Kaiserbaum K 14,-, von 5 Kilo an franko.

Fertige Betten

aus dichtfähigem roten, blauen, gelbem oder weißem Ranking, 1 Zuchent, 120 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Kopfkissen, jede 80 cm lang, 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grauen, dauerhaften Federn, K 16,-, Halbdaunen K 20,-, Daunenn K 24,-, Zuchent allein K 12,-, 14,- und 16,-, Kopfkissen allein K 3,-, 3,50, fester K 4,-, Zuchent, 120 x 140 cm, K 15,-, 18,- und 20,-, Kopfkissen, 80 x 70 cm, K 4,50, 5,- und 5,50, Unterbett, 120 x 116 cm, K 13,-, 15,- und 18,-, Mittelbetten, Bettdecke, Leintücher, Matrassen, Stoppdecken, Plattenbetten u. l. w. billigst, verbindert per Nachnahme. Verpackung gratis, von K 10,- an franko

Josef Blahut, Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).

Nichtpassendes ungetauscht oder Geld retour. Bestellen Sie die ausführliche, illustrierte Preisliste gratis und franko.

Nebenerwerb oder Existenz

sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch Verkauf grossartiger Haushaltungsgegenstände, Missonverdienst zugesichert. Näheres gratis. Anfragen mittelst Postkarte unter „Nr. 28“ an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 9. 25

Billige Bettfedern und Daunenn

JOSEF BLAHUT
DESCHENITZ

1 Kilo neue, graue, geschlossene K 2,-, bessere K 2,40, halbweisse prima K 2,80, weiße prima daunenweisse K 3,-, hochprima K 3,40, 3,80, Daunenn, grau K 6,-, 7,-, weiße prima K 10,-, Brustbaum K 12,-, von 5 Kilo an franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfähigem, roten, blauem, gelbem oder weißem Intett (Ranking), 1 Zuchent, ca. 120 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Kopfkissen, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen, grauen, dauerhaften und dauerhaften Bettfedern K 16,-, Halbdaunen K 20,-, Daunenn K 24,-, Zuchent allein K 12,-, 14,-, 16,-, Einzelne Kopfkissen K 3,-, 3,50, 4,-, Zuchent, 200 x 140 cm, groß, K 13,-, 15,-, 18,-, 20,-, Kopfkissen, 90 x 70 cm, groß, K 4,50, 5,-, 5,50, Unterbette aus bestem Bettgras, 180 x 116 cm, groß, K 13,-, und K 15,-, verbindert gegen Nachnahme oder Vorauszahlung

Mag Berger in Deschenitz Nr. 423a, Böhmerwald.

kein Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld zurückkehrt wird. Reichhaltige illust. Preisliste aller Bettwaren gratis. 15

Schriften über **Bruch, Kropf, Prostatahypertrophie, Blutdarmentzündung, Hämorrhoiden, Darmlaischen, Gallenstein** und der wünschenswertesten werden auf Wunsch vom Sanatorium Dr. Jallin in Villen einzeln gratis zugesandt. 19

Registrierte Schutzmarke Eisenbahn-Kondukteur.

Bitte Herr!

Erlaube mir Ihnen mitzutheilen, daß die Möbel, welche am 23. v. M. hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre solide und reelle Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Ludwig Stadler
Büchlermeister in Zaafelden.

Beste böhmische Bezugsquelle!

Billige Bettfedern!

1 kg gute, alte, geschlossene 2 K, besser K 2,40, halbweisse K 2,80, weiße K 3,-, bessere K 3,40, Herrschaftsweisse, schnee-weiß K 3,80, Daunenn, grau K 6,-, 7,- und 8,-, Daunenn, weiß K 10,-, Brustbaum K 12,-, von 5 kg franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfähigem roten, blauen, gelbem oder weißem Ranking, 1 Zuchent, 120 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Kopfkissen, jede 80 cm lang, 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grauen, dauerhaften, saumigen Bettfedern 16 K, Halbdaunen 20 K, Daunenn 24 K, Einzelne Zuchente 10 K, 12 K, 14 K, 16 K, Kopfkissen 3 K, 3 K 1/2, 4 K, Zuchente, 200 cm lang, 140 cm breit, 13 K, 14 K, 16 K, 18 K, 20 K, Unterbette aus bestem, gefülltem Gras, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K an franko. Um auch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour.

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.

Reichhaltige Preisliste gratis und franko.

Die neue Adresse

unseres Druckereibetriebes bitten wir genau zu beachten:

Telephon 2364
3545

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“
Svoboda & Co.

V. Rechte Wienzeile 97

(früher V. Wienstrass 89a)

Gutbezahlte Stellung

finden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunterrichtswerte „System Karnak-Dachfeld“ zu ihrer Weiterbildung bedienen. Gründliche Ausbildung zum **Monteur, Maschinenbau, Werkzeugmaschinenbau, Maschinenkonstrukteur, Ingenieur, Formner und Gießermeister, Gießertechniker, Baufachmann und Installateur, Lokomotivführer und -führer, Eisenbahntechniker, Elektrotechniker, Elektrifizierung, Ausführliche Prospekte und eine 62 Seiten starke Broschüre „Karnak-Dachfeld“ werden auf Verlangen jedermann kostenlos zugesandt von**

Schallehn & Wollbrück, Wien XV/1.

„OLLA“ Hygien. Spezialitäten

Beste existierende Marke. Per Dutz. K 4,-, 6,-, 8,-, 10,-. Frauenschutz, jahrelang verwendbar, K 3,-, 4,-, 6,-, 10,-. Neuheit für Herren, dauernd zu gebrauchen, Stück K 2,-. - Versand diskret. - Illustr. Preisliste gratis (Verschlossen 20 Heller).

J. Gruner, „OLLA“-Depot

Wien V/2, Schönbrunnerstrasse 141E.

Jeder Besteller, der sich auf dieses Blatt beruft, erhält ein Geschenk gratis.

Konkurrenzlos!

Wir liefern unsere erstklassigen, den echten Smyrna täuschend ähnliche prachtvolle Wandteppiche von vorzüglicher Qualität und unbegrenzter Haltbarkeit direkt an die Konsumenten.

K 5-50

Wandteppiche in reizenden persischen und Figurendessins, 100cm breit, 200cm lang K 5-50. Papageien, flüchtendes Hochwild, Löwe, Schwan, Rehfamilie, Fuchs, Hund etc.

Salonteppiche

aus dicker Plüschchenenille, seidengleich, in herrlichen persischen, Sezessions- und Blumenmustern, Grandfarben rot und grün.

140 cm breit, 200 cm lang K 8-	207 cm breit, 300 cm lang K 15-
160 „ „ „ 11-	250 „ „ „ 23-
180 „ „ „ 14-	300 „ „ „ 28-
	350 „ „ „ 34-

Bettvorleger aus gleichem Material K 1,80 per Stück.

Lambrequis (Fensterschützer) aus extrastarkem Double-Smyrnachenillegewebe, 125 cm hoch, 140 cm breit, mit Bordüre u. Frauen od. pers. Muster K 5-60 p. Stück.

Preise und Qualität ohne Konkurrenz.

Versand per Nachnahme. Bei Nichtkonvention Umtausch od. Geld retour.

Waren-Versandhaus Gustav Stern

vormals Produktiv- u. Handels-Gesellschaft in Goding Nr. 5 (Mähren).
Bei Bestellungen von über 10 Kronen wird eine elegante Zigaretten-tasche gratis beigegeben.

Billige Bettfedern

5 Kilo neue geschlossene K 9,60 bessere K 12,-, weiße daunenweisse geschlossene K 18,-, K 24,-, schnee-weiß baunennweiße geschlossene K 30,-, K 38,-, K 42,-.

FERTIG GEFÜLLTE BETTEN

aus rotem Bettlief, gefüllt 1 Dutzent oder 1 Unterbett 130 cm lang, 116 cm breit K 10,-, K 12,-, K 15,- und K 18,-. 8 Meter lang, 140 cm breit K 18,-, K 15,-, K 18,-, K 21,-, 1 Stoffkissen 80 cm lang, 58 cm breit K 3,-, K 3,50, und K 4,-, 80 cm lang, 70 cm breit K 4,50 und K 5,50. Anfertigung auch nach jeder beliebigen Maßangabe 3-teilige Paar-Matrassen auf 1 Bett à K 27,- bessere K 33,-. Versand franko per Nachnahme von K 10,- aufwärts. Umtausch und Rücknahme gegen Vorauszahlung gestattet. **Wendell Gabel, Lobes Nr. 170 bei Wien, Wöhen.** 12

Kollegen! Eisenbahner!

Die beste Verzinsung eurer Ersparnisse erzielt ihr bei eurem eigenen Geldinstitut „Flugrad“, Wien, IV., Kleine Neugasse 8.

Das Eisenbahner-Versicherungs-, Spar- und Vorschussinstitut

„Flugrad“

übernimmt Spareinlagen auf Einlagebüchel in jeder Höhe und verzinst dieselben mit

4 1/2 Prozent

vom Tage der Einlage bis zum Tage der Behebung.

Kollegen! Eisenbahner! Durch Anlage eurer Ersparnisse beim „Flugrad“ erreicht ihr ausser der guten Verzinsung den idealen Zweck gegenseitiger Hilfe: die eingezahlten Gelder werden für Darlehen an bedürftige Eisenbahner verwendet.

Vertrauensmänner werden gesucht.

AUF RATEN! 27 WEIHNACHTEN 1911.

Wienquantitäten von Goldbetten und Prachtuhren verkauft ich in ganz Oesterreich-Lungarn ohne Preisermäßigung! Bessere Uhren für 14 K eine erstklassige, echte Silberreparatur für drei Silberbeden, nach, praktisch, genau! Und eine Lebenslange Goldsetze, modern, Panzerfassung, 1. t. maniert, 60 Gramm schwer, für 140 K zu den günstigsten Bedingungen nur 4 K monatlich. Ihr tonie Setze auch für Damen. Die sofortige Zulassung erfolgt überallhin gegen Vorauszahlung oder Nachnahme des ersten Beitrages von 14 K.

GOLDWARENHAUS LECHNER, LUNDBURG NR. 304.

Hammerbrot

Schutzmarke

1/8 Kilo schwerer 1/8 Kilo schwerer

Wer Hammerbrot noch nicht konsumiert, soll zu seinem eigenen Vorteil damit einen Versuch machen. Hammerbrot ist derzeit nicht nur das schwerste und daher billigste Brot Wiens. Auch die schmackerhafte Qualität des Hammerbrot, seine leichte Verdaulichkeit und hygienisch einwandfreie Fabrikation durch einen der Parteikontrolle unterstehenden Mutterbetrieb sind Vorzüge, die kein anderes Brot besitzt. Da es bei der herrschenden Teuerung für den Konsumenten wichtig ist, mit den kleinsten Aufwand von Geld ein nahrhaftes und gesundes, dabei aber doch billiges und wohlgeschmecktes Brot zu erhalten und Hammerbrot diese Bedingungen erfüllt, empfiehlt sich dessen fröhlicher Gebrauch wohl von selbst.

PREISE VON HAMMERBROT:

Grosser Laib (gemischt oder schwarz) 46 Heller
Kleiner Laib (gemischt oder schwarz) 36 Heller
Wecken . . . (gemischt oder schwarz) 46 Heller
Erdäpfelmilchbrot 48 Heller

In den Verkaufsstellen ausserhalb Wiens erhöhen sich obige Preise um die Frachtkosten.

Hammerbrotwerke u. Dampfmühle

SKARET, HANUSCH & Co. SCHWECHAT BEI WIEN

Verkaufsbureau: Wien, II. Zirkusgasse 21, Telephon 23240

Herausgeber Josef Tomschik. - Verantwortlicher Redakteur Franz Pill.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Svoboda & Co. Wien, V., Rechte Wienzeile 97.